

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 11. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Deutscher Reichs- und Provinzialdruckerei, monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., jährlich 11,10 Mk., einschließlich des Postgebührens. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Beleg- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intenrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Plumpe Fälschung!

(Schluß.)

Der „Kreuz-Ztg.“ ist unsere Annäherung ihrer unerhörten Fälschungen derart auf die Kerben gefallen, daß sie noch kein Wort der Erwiderung gefunden hat. Das wäre ja immerhin begreiflich; höchst sonderbar aber ist es, daß sich die Zentrums-Presse gleichfalls noch nicht zu einer Aufklärung ihrer Leser über das Wesen der vom Herrenhaus beschlossenen Maximierung aufzuzwingen vermocht hat! Und doch wäre das äußerst wichtig, da ja doch das Zentrum die Ablehnung der Herrenhausbeschlüsse seinen Wählern begreiflich zu machen hat! Wie sollen denn die Zentrums-Wähler die Tragweite der Herrenhausbeschlüsse verstehen, wenn sie die Zentrums-Presse nicht über das Wesen dieser Beschlüsse belehrt! Bisher aber hat die ultramontane Presse einzig die Frage der Drittelungsbezirke in den Vordergrund geschoben, während sie die doch ebenso wichtige Frage der fast völligen Wiederbeseitigung der Maximierung vollständig unbeachtet gelassen hat. Warum verschweigt denn eigentlich die Zentrums-Presse diese unerhörte Verschlechterung ihren Lesern so geistlich? Warum erweckt sie bei ihnen sogar, wie unlängst die „Märkische Volkszeitung“, gleich der „Kreuz-Zeitung“ die grundsätzliche Vorstellung, als ob durch die von dem Herrenhaus beschlossene Art der Maximierung die Herrenhausbeschlüsse gar noch verbessert worden seien? Oder wäre wirklich das Zentrum, um ja den Nationalliberalen auf alle Fälle den Rang abzulaufen, bereit, sich noch auf weitere Verschlechterungen des Wechselbalges einzulassen! Selbst wenn das der Fall wäre, sollten die Zentrumsblätter bedenken, daß ihnen die Totschweigekarte nichts nützt; denn wenn sie noch so ängstlich die Tragweite der vom Herrenhaus gefassten Beschlüsse ihren Lesern vorzuenthalten suchen, wird einfach die sozialdemokratische Presse, werden sozialdemokratische Flugblätter für die Aufklärung der Zentrums-Wähler sorgen!

Doch um wieder auf die Fälschungen der „Kreuz-Zeitung“ zurückzukommen. Das konservative Hauptorgan gibt mehrere Tabellen wieder, die beweisen sollen, in welchem Maße durch die vom Herrenhaus beschlossene Maximierung der Einfluß der größten Steuerzahler auf die Wahlen abgeschwächt werde. Wir sind leider nicht in der Lage, diese Zahlen nachprüfen zu können, da die Statistik über die preussischen Landtagswahlen für 1908 ein derartiges Zahlenmaterial nicht enthält. Da aber alle übrigen Zahlen der „Kreuz-Zeitung“ vollständig falsch sind, — wir kommen vielleicht noch auf Einzelheiten zurück, sobald die „Kreuz-Zeitung“ selbst wieder die Sprache gefunden haben wird — steht die unbedingte Zuverlässigkeit auch dieser Tabelle sehr in Frage. Immerhin sind die Berechnungen der „Kreuz-Zeitung“ so interessant, daß wir sie mit dem nötigen Vorbehalt wiedergeben wollen. Nach der „Kreuz-Zeitung“ stellt sich die Einkommensgliederung der drei Städte Charlottenburg, Hannover und Danzig, das heißt einer der reichsten Großstädte, einer Mittelstadt und einer der ärmsten Großstädte folgendermaßen:

	Charlottenburg	Hannover	Danzig
Einkommensgruppen bis 3000 M.			
Zensitenzahl . . .	56 564	44 883	17 617
In Hundertteilen der Gesamtheit	79 v. H.	83 v. H.	82,9 v. H.
Steuersumme . . .	884 300 M.	768 000 M.	313 170 M.
In Hundertteilen der Gesamtheit	11 v. H.	24 v. H.	27 v. H.
Einkommensgruppen von 3000 M. bis 9500 M.			
Zensitenzahl . . .	9880	7392	3156
In Hundertteilen der Gesamtheit	13,7 v. H.	13,7 v. H.	14 v. H.
Steuersumme . . .	1 249 700 M.	884 000 M.	363 600 M.
In Hundertteilen der Gesamtheit	16 v. H.	23 v. H.	32 v. H.
Einkommensgruppen von 9500 M. bis 30 000 M.			
Zensitenzahl . . .	3349	1471	563
In Hundertteilen der Gesamtheit	5,2 v. H.	2,7 v. H.	2,6 v. H.
Steuersumme . . .	1 883 700 M.	682 000 M.	256 350 M.
In Hundertteilen der Gesamtheit	23 v. H.	22 v. H.	23 v. H.
Einkommensgruppen über 30 000 M.			
Zensitenzahl . . .	1473	326	97
In Hundertteilen der Gesamtheit	2,1 v. H.	0,6 v. H.	0,5 v. H.
Steuersumme . . .	3 905 000 M.	855 000 M.	188 000 M.
In Hundertteilen der Gesamtheit	50 v. H.	28 v. H.	18 v. H.

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt an, daß sich gemäß dieser Einkommensgliederung auch der Einfluß der einzelnen Zensitengruppen auf die Wahl bemisst. Das dürfte im großen und ganzen auch zutreffen, obgleich die angegebene Steuersumme nicht die Gesamtsteuersumme darstellt, sondern nur den Staatseinkommensteuerbeitrag. Jedenfalls stellt sich das Verhältnis gerade für die unteren Einkommensgruppen eher ungünstiger als günstiger, da nach der amtlichen Statistik für die preussischen Landtagswahlen von 1908, der sogenannten „Wahlrechtsstatistik“, die in den letzten Monaten so oft erwähnt wurde, die Staatseinkommensteuer gerade für die dritte Klasse einen prozentual größeren Anteil der Gesamtsteuersumme ausmacht, als für die zweite und erste Klasse.

Was nun ergibt sich nach der „Kreuz-Zeitung“ aus dieser Tabelle? Die „völlig ausschlaggebende Stellung

des Mittelstandes“! Ein Blick auf die Tabelle selbst beweist allerdings, daß in Charlottenburg die Zensiten mit einem Einkommen bis zu 9500 Mark zusammen nur 27 Prozent Einfluß auszuüben vermögen, also im Durchschnitt nicht einmal die dritte Klasse beherrschen, daß dagegen die Einkommen über 9500 M., insgesamt nur 7,3 Proz. der Zensiten, die erste und zweite Klasse vollständig beherrschen! Und nicht viel besser steht es in Hannover, wo die Zensiten mit einem Einkommen bis zu 9500 M. kaum über die Hälfte des gesamten Einkommensteuerbeitrages aufbringen. Aber die „Kreuz-Zeitung“ weiß sich dadurch zu helfen, daß sie schleunigst einen neuen Begriff des „Mittelstandes“ erfindet! Bisher rechnete man zum Mittelstand Personen mit einem Einkommen bis zu 9000 M., im höchsten Falle bis zu 9000 M.; die „Kreuz-Zeitung“ jedoch rangiert auch alle Zensiten mit 9500 M. bis 30 500 M. unter den „Mittelstand“! Durch einen solchen Trick vermag sie freilich höchstens Heiterkeit zu erregen, nicht aber die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß gerade nach ihrer eigenen Berechnung allein die Personen mit mehr als 30 500 Mark Einkommen nicht nur die erste Klasse völlig beherrschen, sondern zusammen mit den Zensiten mit 9500 bis 30 500 M. Einkommen auch noch die zweite Klasse! Die „Kreuz-Zeitung“ beweist also selbst, daß im allgemeinen in den Städten nicht nur die Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. als Wähler dritter Klasse vollständig rechtlos sind, sondern daß auch noch zahlreiche Wähler der Einkommensgruppe von 3000 bis 9500 M. vollständig einfluß- und machtlos sind gegenüber dem Votum der Wähler mit einem großen Geldsack!

Natürlich hat die „Kreuzzeitung“ die Tabelle nicht zu diesem Zwecke veröffentlicht. Sie hat das vielmehr getan, um auf Grund der angeblichen Konsequenzen des von ihr gefälschten Herrenhausbeschlusses ein höheres Wahlrecht für die proletarischen und Mittelstandswähler herauszukalkulieren. So hatte sie von den 3 905 000 M. Steuern der höchstbesteuerten Zensitengruppe in Charlottenburg ganze 1 1/2 Millionen Mark in Abzug gebracht, die angeblich infolge der Maximierung in Fortfall kämen. Diese Rechnung möchte stimmen, falls wirklich nur 1 500 M. Staatseinkommensteuer in Anrechnung kommen sollten. Da nun aber in Wirklichkeit nach dem Herrenhausbeschluss für Charlottenburg als Großstadt 6000 M. Staatseinkommensteuer in Anrechnung gelangen, der Durchschnitt pro Kopf der 1473 Zensiten aber noch nicht 2700 M. Staatseinkommensteuer ergibt, ist es uns wirklich schleierhaft, wie die „Kreuzzeitung“ einen solchen Ausfall zu berechnen vermag!

Gerade die Tabelle der „Kreuzzeitung“ beweist, wie skandalös die Klassendrittelnach der Steuerleistung wirkt, in wie ungeheurer Weise sie die große Masse der Wähler der Stadt einer Handvoll von Geldprophezen preisgibt! Wenn es trotzdem dem Proletariat in einigen großstädtischen Wahlkreisen gelungen ist, ein paar Mandate zu erobern, so war dies nur möglich infolge der Steuerdrittelnach nach Urwahlbezirken, durch die die Härten einer Drittelung über die ganze Gemeinde, wie sie die obige Tabelle voraussetzt, stellenweise gemildert worden sind. Bekanntlich hat aber nun das Herrenhaus nicht nur die fast totale Wiederaufhebung der Maximierung beschlossen, sondern auch für die Großstädte die Drittelung über Bezirke von 20 000 Personen, während die Urwahlbezirke bisher nur 1750 Personen im Höchstsfall umfaßten. Diese Drittelung in so großen Bezirken bewirkt eine Annäherung an den Zustand, wie er bei einer Drittelung über die ganze Gemeinde eintreten würde, von der die Tabelle der „Kreuzzeitung“ ein so abschreckendes Bild gibt! Eine Drittelung nach dem Beschluß des Herrenhauses wäre also die totale Entrechtung nicht nur aller Wähler mit einem Einkommen bis zu 3000 M. — selbst in Danzig wäre ja kein einziger dieser Wähler in die zweite Klasse gekommen —, sondern auch zahlreicher Wähler mit einem Einkommen von 4000 und 5000 M., die dann entweder ebenfalls in der dritten Klasse zu wählen hätten, oder aber von den höheren Einkommensstufen in der zweiten Klasse mit Leichtigkeit überstimmt würden!

So verwerfliche Absichten auch der perfiden Fälschung der „Kreuzzeitung“ zu Grunde gelegen haben mögen, so berechtigten Dank können wir ihr schließlich doch dafür abstaten, daß sie gerade durch ihre Artikel und ihre tabellarischen Beispiele den allerdings unbeabsichtigten Beweis dafür erbracht hat, welch unerhörte Despotie des Geldsacks durch die Beschlüsse des Herrenhauses herbeigeführt werden würde! Fänden die Herrenhausbeschlüsse im Abgeordnetenhaus die Sanktion einer Mehrheit, so bedeutete das geradezu eine ungeheuerliche Verschärfung der jetzigen Volkseinkommensteuer!

Ob das Zentrum jetzt wenigstens die ungeheuerlichen Konsequenzen der Herrenhausbeschlüsse seinen Lesern mitteilen wird?

Durchpeitschung des Kaligeseetzes.

Kali ist ein ganz besonderer Stoff. Es ist der einzige Warenverbrauchsartikel, und nahezu ein Produktionsmittel, kein Artikel des direkten Konsums, der völlig oder doch nahezu ein Monopolartikel des Deutschen Reiches ist. Nur in Deutschland sind bisher Kalisalzbergwerke von irgendwelcher Bedeutung erschlossen worden.

Der Monopolcharakter dieses für die Landwirtschaft so außerordentlich wertvollen Produkts entfesselte natürlich die Ausbeutungsgier der Bergwerksbesitzer und der Besitzer erschließungsfähiger Lager auf das höchste. Die Uebel, die daraus resultierten, machten ein gesetzliches Eingreifen notwendig. Darüber waren alle Parteien einig. Aber nur nicht darüber, wie denn eingegriffen werden sollte.

Die Regierung trat mit einem Gesetzentwurf hervor, der eine Zwangsvereinigung der Werke zur Grundlage hatte. In der Kommission machte die Sozialdemokratie den Vorschlag der Verstaatlichung der Werke, mit dem sie allein blieb. Es fand sich aber eine Mehrheit für den Zentrumsvorschlag, die Produktion durch Kontingentierung der Förderung der Werke zu regeln. Die Sozialdemokratie ging nun darauf aus, für den Fall der Annahme der Kontingentierung den Arbeitern Schutz gegen Lohnbrud zu schaffen. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge wurden auch da leider abgelehnt, aber es gelangten denn doch mit Weisheit der Sozialdemokratie Bestimmungen zur Annahme, die dadurch den Arbeitern eine gewisse Sicherheit gewähren, daß die Werksbesitzer für den Fall der Lohnherabsetzung unter eine bisher erreichte Höhe mit Nachteilen bei der Kontingentierung bedroht werden.

Um diese Fragen handelte es sich nun in der Debatte der zweiten Lesung. In der Generaldebatte stellte Genosse EmmeI fest, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen dem Gesetz ihre Zustimmung geben könne, wenn irgendwelche Abschwächungen der Arbeiterschutzbestimmungen in dem Gesetz vorgenommen würden. Als Gegner des Gesetzes traten nur die Freisinnigen auf, die von der Durchbrechung des Grundgesetzes der freien Konkurrenz das größte Unheil befürchteten.

Die Verhandlungen dehnten sich bis 10 Uhr abends aus. Nachdem das Gesetz in zweiter Lesung durch beraten war, wurde es in der dritten Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Polen en bloc angenommen.

Darauf verlagte der Reichstag seine Verhandlungen bis Dienstag, den 8. November.

Der sozialistische Wahltag in Frankreich.

Paris, 9. Mai. (Fig. Ver.) 29 Mandate hatte die geeinigte Partei aus dem ersten Wahlgang heimgebracht. Gestern sind 46 dazugekommen. 75 Mann stark kehrt die sozialistische Fraktion in die Deputiertenkammer zurück, die sie mit 55 verlassen hat. Das ist ein Erfolg, der — sagen wir es offen heraus — auch von optimistischen Beurteilern nicht erwartet worden ist. Die Genugtuung über diesen schönen Ausgang, die sicher in der ganzen Internationale mit empfunden werden wird, schließt indes nicht aus, die Umstände, unter denen er zustande gekommen ist, kritisch zu betrachten.

Doch geben wir zunächst die Liste der gestern Gewählten wieder.

Wiedergewählt wurden folgende Genossen: Lhivrier, Mille (Dep. Allier), Nicolas (Aube), Bouisson (Vouges du Rhône), Vedouce (Saut-Garonne), Dufour (Indre), Delafay, Chesquière (Nord), Charrelon (Rhône), Ducarange (Saône-et-Loire), Chaubière, Groussier, Meslier, Ratoux, Rouanet, Beber, Walter (Seine), Jaurès (Larne).

Neugewählt sind die Genossen: Ringnier (Aisne), Charles Dumas, Redakteur des guesdistischen Wochenblattes „Socialisme“ (Allier), Sixte Dulain (Vouges du Rhône), Em. Dumas, Rauger (Cher), Bonhey-Alex, der bis 1906 Deputierter war (Côte d'Or), Goude, Marinebeamter (Zentralfrankreich), Cahin (Nord), Ellen Preboist (Saut-Garonne), Camille Gironde, Rolfe, Reboul (Sénaux), Brenier, Mistral, Raffin-Dugens (Sère), Tarbouriech, einer der Agrartheoretiker der Partei (Zura), Dubled (Nord), Myrens, Briquet (Pas-de-Calais), Manus (Rhône), Aubrist, Colly, Lauche, Labaud, Thomas, Redakteur der „Humanité“ und Gründer der reformistischen „Revue Syndicaliste“ (Seine), Hoste (Seine-et-Marne), Sabin (Larne), Fourment (Var).

Der Liste der 28 Neugewählten steht eine Verlustliste gegenüber, die 8 Namen aufweist, von denen einige aus der Beschlacht der französischen und internationalen Arbeiterbewegung wohlbelannt sind. Unterlegen sind: Allémane, Brouffe, Dubois (Seine), Allard (Var), Durre, Molin (Nord), Alexandre Blanc (Var), Constant (Montluçon).

Gegen wir nun zur Untersuchung des Wahlergebnisses über, so fällt vor allem das Verhältnis ins Auge, worin die Zahl der Stichwahlsiege (46) zu der Zahl der im ersten Wahlgang errungenen Siege (29) steht. In einem Lande mit entwickeltem Klassenkampf und mit einer ihm entsprechenden scharfen Ausprägung der politischen Parteien wäre ein solches Verhältnis nicht leicht denkbar. In der Tat zeigt eine ins Detail gehende Untersuchung auch für Frankreich, daß die Ausschichten auf Stichwählerfolge dort am geringsten sind, wo die moderne industrielle Entwicklung am weitesten vorgeschritten ist. Im Nord-departement hat die Partei, trotzdem gerade dort die beste Organisation besteht, gestern zwei Mandate verloren und nur eines gewonnen. Obgleich das radikalsozialistische Komitee die Unterstützung des im ersten Wahlgang von Lille gegen den clerikalen Vandame kämpfenden Genossen Saint-Benoit empfohlen hatte, wurde der Clerikale gewählt. Von den 3717

radikalen Stimmen kamen ihm über 1000 zugute, 500 ver- schanden von der Wülfäche. Die sozialistischen Arbeiter dieses Departements dagegen haben die Radikalen überall herausgehauen.

Auch im Seine-Departement ließ das radikale Klein- bürgerium die Sozialisten im Stich. Bezeichnend dafür ist die Wahl im zweiten Bezirk des 18. Arrondissements, wo Rouanet nur mit 8768 gegen 8188 nationalistische Stimmen durchkam. Im ersten Wahlgang hatte er 8284, der Nationalist 5020, zwei Radikale 2618 und 1724 Stimmen er- halten. Die Radikalen haben also zum größten Teil für den Nationalisten gestimmt. Dieser Bezirk, der im alten Revo- lutionsviertel Montmartre liegt, zeigt übrigens auch die Wirksamkeit der antiparlamentarischen Phrase in manchen Schichten des Pariser Proletariats. Von 26 926 Wählern gingen nur 17 231 zur Urne und ein zur Schädi- gung Rouanets aufgestellter anarchistischer Kandidat bekam 488 Stimmen. Wenn Rouanet trotz der anarchistischen Hege gewählt wurde, ist der Durchfall Allemanes zweifellos ihre Leistung, denn Allemane ist nur um sieben Stimmen hinter seinem radikalen Gegner zurückgeblieben. Die Anarchisten fügen so den So- zialisten doppelt Schaden zu, indem sie durch die Demagogie einerseits Arbeiter von der Erfüllung ihrer politischen Pflicht ablenken, andererseits durch die lächer- lichen Propaganda für Sabotage und „Bürger Drowning“ auch ehrlich demokratische Kleinbürger kopfscheu machen.

Die Erfolge in der Provinz und namentlich in den ländlichen Wahlkreisen sind sicher zum Teil darauf zurück- zuführen, daß die Massen der radikalen Wähler für den von Clemenceau eröffneten und von Briand fortgeführten Kurs noch kein Verständnis haben. Die demokratische Tradition wirkt noch fort und die von der Pariser Sensations- presse genährte Panik wegen der anarcho-hervorstichlichen Handwörterereien findet da keinen Boden. Doch hätte es keinen Sinn zu leugnen, daß stellenweise lokale Mängel- streitigkeiten, wie sie besonders im Süden üppig blühen, den Sozialisten zu Hilfe gekommen sind, und es soll auch zu- gegeben werden, daß in manchen Wahlkreisen Merikale Wähler aus Haß gegen die freimaurerischen Radikalen für sie gestimmt haben. Mancher der gestern eroberten Wahl- kreise wird weit schwerer zu behaupten sein, als er ge- wonnen wurde. So ist im ersten Wahlkreis von Mais (Nord), der 20 264 Wähler hat, Gen. Cachin gewählt worden, der vor 14 Tagen — 2916 Stimmen erhalten hatte. Der frühere Deputierte war der „unabhängige Sozialist“ Devèze, der im ersten Wahlgang 5020 Stimmen bekam. Ein radikaler Kandidat erhielt 4574. Der Radikale trat zurück und im zweiten Wahlgang stieg Cachin auf 6944, Devèze nur auf 6929. — In Arles brachte der erste Wahl- gang dem früheren Deputierten Henri Michel, einem führenden Radikalsozialisten 6556, dem Genossen Sixte Quentin 4910, einem anderen Radikalsozialisten 4188 Stimmen. Gestern stieg Sixte Quentin mit 10 040 Stimmen, Henri Michel ging auf 5951 zurück. In Saillat im Tarn hatte der erste Wahlgang folgendes Resultat: Kovarel (Radikaler) 3987, Marchandau (Radikaler) 3762, Cabailh (Konservervater) 3594, Sabin (Soz.) 3774. Im zweiten Wahlgang wurde Sabin mit 6963 Stimmen gewählt. Kovarel bekam 4778, Cabailh 3691. — Andererseits ist zu bemerken, daß in demselben Departement Jaurès, dessen Wahl das radikale Komitee empfohlen hatte, von 5878 nur auf 6445, sein Merikaler Gegner von 3245 auf 5843 Stimmen gestiegen ist. Der zurückgetretene Radikale hatte 2870 Stimmen erhalten. Allerdings waren genug waschechte Merikale darunter.

Mißglückt ist — zur großen Gut der kapitalistischen Presse die bürgerliche Konzentration in Vrest. Im ersten Wahlgang hatte Genosse Goude 7360 Stimmen, ein progressistischer und zwei radikale Kandidaten zusammen 9900 Stimmen. Nun wurde ein neuer Kandidat aus Tageslicht gezogen, der alle bürgerlichen Stimmen vereinigen sollte und sich so ungefähr auf das antilokalistische Programm der demokratischen Allianz berief. Trotz heftigster Agitation gingen aber nicht alle radikalen Wähler mit. Goude siegte mit 9120 über 8485 Stimmen.

Die offizielle Statistik sucht natürlich das Resultat der Wahlen in die Regierung so günstig wie möglich hinzustellen. Daß sich unter der Bezeichnung „Radikale“ alle möglichen Leute zusammengefunden haben, kommt diesen Kunststücken zugute. Eines ist indes unseugbar, selbst nach ihrer Auf- stellung, nämlich, daß die Radikalen und die „unab- hängigen Sozialisten“ für sich allein die Mehrheit nicht mehr haben. Allerdings mußten auch im vorigen Parlament die Regierungen stets die Hilfe der „republikanischen Linken“ in Anspruch nehmen, die schließlich, da ein Teil der Radikalsozialisten ver- sagte — neben den „unabhängigen“ Rameleuten die eigent- liche Garde der sozialreaktionären Gewaltregierungen wurde. Jetzt ist, da Radikale und Unabhängige (nach der offiziellen Statistik) 21 Mandate verloren haben, ihre parla- mentarische Bedeutung noch gewachsen und es bedarf nur der dauernden oppositionellen Stellung des radikal-sozialistischen Flügels um Pelletan, um die „radikale“ Regierung auf die Gnade der Progressisten anzuweisen. Briand möchte wohl auch diesen Weg gehen, aber die Frage ist, ob die Mehrheit der Radikalen ihm nach der gestrigen Kundgebung der Volks- meinung folgen wird.

Die Wahl in Vrest.

Paris, 10. Mai. Aus Vrest wird gemeldet, daß infolge der Wahl des revolutionären Goude zum Deputierten die Spannung zwischen der Marinebehörde und den Arsenalarbeitern akuter ist. Die Präfectur wird von Militär bewacht. Zur Vermeidung von Aufregungen wurden Maßnahmen getroffen.

In Montpeller veranstaltete die bei Eröffnung des General- rates anwesende Menge so lärmende Kundgebungen gegen die Wieder- wahl des Progressisten Leroy-Beaulieu, daß die Sitzung nicht abgehalten werden konnte.

Die Diäten.

Paris, 10. Mai. Sofort beim Zusammentritt der Kammer werden zahlreiche neugewählte Deputierte beantragen, die Bezüge der Deputierten von 15 000 wieder auf 6000 Frank zu er- mäßigen, was voraussichtlich zu lebhaften Debatten führen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Mai 1910.

Landtagsferien.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute in fast acht- stündiger Sitzung die erste Lesung der Sekundärbahn- vorlage. Der einzig erscheinende Moment in der eben Debatte war, als Abg. Hoffmann dem Dr. Wendt, der betonte, daß

er nun schon 24 Jahre lang vergeblich die Wünsche seines Wahl- kreises hier vortrage, zurief: „Dann können Sie ja im nächsten Jahre Ihr Jubiläum feiern“. Die üblich, fand die Debatte ihren Abschluß mit der Erklärung des Vertreters des Eisenbahnministers, daß die Verwaltung alle vorgetragenen Wünsche „wohlwollend prüfen“ werde. Nachdem ging die Berlage an die Budget- kommission.

Die nächste Sitzung findet nach Pfingsten am 24. Mai statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein sozialdemokratischer Initiativvortrag über das Vorkriegsgesetz und die Behandlung ausländischer Polizeigagenten.

Wirrwarr im nationalliberalen Lager.

Wie wir schon gestern annehmen, verspürt die national- liberale Parteileitung wenig Neigung, der Aufforderung der Jungliberalen zu folgen und einen nationalliberalen Parteitag zur Beschlußfassung über die vom Herrenhaus verhängte Wahl- rechtsvorlage einzuberufen. Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht folgendes Berliner Telegramm:

„Die von hiesigen linksliberalen Blättern mit dem Ausdrud vollster Zustimmung veröffentlichte Erklärung des Organs des Reichs- verbandes der nationalliberalen Jugend, der „Jungliberalen Blätter“, die zur Entscheidung über die Haltung der nationalliberalen Fraktion die Verurteilung eines Vertretertages befürworten, findet in den Kreisen der nationalliberalen Fraktion des Abgeordneten- hauses keineswegs die gleiche Billigung. Dem Ver- langen auf Einberufung eines preussischen Vertretertages der Nationalliberalen wird entgegengehalten, daß eine solche Maß- nahme inmitten des parlamentarischen Kampfes nur Verwirrung und Hemmung hervorrufen und die Lage erschweren würde, statt sie zu erleichtern. In einer Frage, bei der es sich nicht nur um grundsätzliche Stellungnahme handle, sondern auch um parteitaktische Erwägungen, sei von der Einberufung eines allgemeinen Vertretertages nichts Nützliches zu erwarten, und es sei daher anzunehmen, daß die nationalliberale Fraktion, wenn die Frage an sie herantrat, sich durch- aus ablehnend verhalten werde.“

Die Behauptung, es kämen nicht nur Grundzüge in Betracht, sondern auch parteitaktische Erwägungen, ist charakte- ristisch für die in der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses herrschenden Strömung. Schließlich werden die großen Kapazitäten des Nationalliberalismus doch wohl zu der tiefen Einsicht kommen, daß aus „parteitaktischen“ Gründen, nämlich um das Zentrum zu Äheln, die national- liberalen Landtagsabgeordneten unbedingt für die Vorlage stimmen müssen. Vorläufig allerdings herrscht im national- liberalen Lager noch bunter Wirrwarr. Die jungliberalen Blätter schreiben „Unannehmbar!“ — worauf die vom rechten Flügel mit den weisen Bemerkungen antworten, die nationalliberale Partei dürfe sich nicht aus- schalten lassen, oder auch, die Politik des Alles oder Nichts sei verkehrt.

Eine geradezu lächerliche Farce!

Amerikanischer Protest gegen das Reichskriegsgesetz.

Nach einem Kabletelegramm des „Proh-Teleg.“ aus Washington hat der amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. David Jayne Hill, vom Staatsdepartement Anweisung erhalten, bei der deutschen Re- gierung dahin vorstellig zu werden, daß die vom Reichstag geplante Monopolisierung der Kali-Industrie gegen die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gerichtet sei.

Eine Lektion für die Berliner Polizei.

Vor dem Kriegsgericht in Tiflis hat am 9. Mai die Verhandlung gegen den Geisteskranken Semen Aricha- koff Trepetrofow stattgefunden, den das Berliner Polizeipräsidium heimlich der russischen Polizei in die Hände geliefert hatte. Wir erfahren darüber folgendes:

Das Kriegsgericht hatte unter der Einwirkung des vom Deutschen Vormundschaftsgericht eingesetzten Pflegers in letzter Stunde mehrere russische Kerle als Gutachter zuge- zogen, und nach langer Verhandlung erklärte es den Ange- klagten für krank und beschloß, ihn nochmals in einer Kran- kenanstalt beobachten und behandeln zu lassen. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß es den Ein- wirkungen der europäischen Presse, den Martrusen unserer Genossen im Parlament und in der Stadtverordnetenver- sammlung und den Bemühungen des Pflegers gelungen ist, wenigstens in diesem Falle vorläufig einen Justizmord zu verhindern und gleichzeitig das skandalöse Verfahren unserer Polizei, soweit möglich, wieder gutzumachen. Unzählige Fälle bleiben freilich übrig, wo russische Kriegsgerichte Schwerverkranke hingerichtet oder ins Buchhaus geschickt haben.

Aber das russische Kriegsgericht hat im Falle Trepetrofow der Berliner Polizei noch eine besondere Unstands- lektion erteilt. Das Polizeipräsidium hat den Geistes- kranken nach Rußland abgehoben, indem es gegen die Pfle- gerschaftsanordnung des Berliner Vormundschaftsrichters nicht nur selbst dem Pfleger die Wegschaffung des Kranken ver- heimlichte, sondern sogar die Städtische Irrenanstalt geseh- und reglementwidrig zur Verheimlichung der Abschiebung veranlaßte. Auch der Staatsanwalt des Kriegsgerichts, General Affanajowitsch, scheint sich dieses unglau- blichen Verhaltens der Polizei zu schämen: Er hat sich beeilt, dem Pfleger, unserm Genossen Dr. Oskar Cohn, durch ein Telegramm von dem Beschlusse des Kriegsgerichts Kenntnis zu geben.

Das Ende der Triolengeschichte.

Die Rechtsanwälte Kimpel und Wiedewede versenden im Auf- trage der Familie des früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schack ein Gutachten Berliner und Hamburger Irrenärzte über den Geisteszustand Schacks zu jener Zeit, als er seine Triolen- Briefe geschrieben hat. Die Begutachter kommen zu dem Ergebnis, daß die dem Abgeordneten Schack seinerzeit zur Last gelegten Schreibereien in einem Zustand vorüber- gehender krankhafter Störungen der Bewußtseinsfähigkeit be- gangen sind, und daß Herr Schack für den Inhalt der von ihm ge- schriebenen Briefe weder rechtlich noch moralisch verantwortlich ge- macht werden kann. Der damals bei Schack vorhanden gewesene Krankheitszustand ist dem Gutachten zufolge auf langdauernde be- russische Ueberanstrengung im Dienst des von ihm geleiteten Ver- bandes zurückzuführen und weiterhin eine Folge der mit den Reichstagsarbeiten verbundenen Gemütsbewegungen und Ueber- anstrengungen.

Die Wahlpolitik des Hansabundes.

Der „Lokal-Anzeiger“ brachte die Nachricht, der Direktor des Hansabundes Oberbürgermeister A. D. Knobloch habe in Weimar mitgeteilt, daß der Hansabund angefaßt des Wahlergebnisses in Dlego-Lyde-Johannesburg seine bisherige Politik ändern werde. Demgegenüber stellt der Hansabund offiziell fest,

daß Herr Knobloch von einer Aenderung der Politik des Hansabundes mit keiner Silbe gesprochen hat. Er hat viel- mehr lediglich mitgeteilt, daß es infolge unangesehener Be- merkungen gelungen sei, eine große Reihe von Reichstagskandidaten der verschiedensten politischen Richtungen aus den Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie zu gewinnen, die der Hansabund den politischen Parteien benennen werde. Auf diesem Wege werde es, wie der Ausfall der Wahl in Dlego-Lyde-Johannesburg beweise, gelingen, die Kandidaten des Bundes der Landwirte auch aus der sichtbar stärksten Wahlkreise zu befehlen.

Eine recht schlaue Taktik! Der Hansabund sieht also davon ab, eigene Kandidaten aufzustellen. Er sucht sich vielmehr eine Anzahl Leute aus, die Lust haben, zu kandidieren und sich auf sein Pro- gramm verpflichten. Diese empfiehlt er dann den ihm nahestehenden Parteien zur Aufstellung als ihre Kandidaten — natürlich mit dem Anerbieten, ganz oder zum Teil die Kosten der Wahlagitiation zu übernehmen. So hält er sich in der Reserve und setzt doch in manchen Fällen die Wahl von Leuten durch, die seine Interessen vertreten.

Schoen und Hammann.

Gegen den Pressegeheimrat Hammann will, wie die „Märk. Volksztg.“ zu berichten weiß, Staatssekretär v. Schoen das Disziplinarverfahren einleiten. Der Staatssekretär soll Beweise in der Hand haben, daß in der Marokkofrage die Presseabteilung ihn vollkommen im Stich ließ.

Zentrumdemagogie.

Das Zentrum fährt fort, im Rheinland und in Westfalen sonntägliche „Bekennerversammlungen“ der katholischen Arbeiter zu veranstalten, um diese von der Beschäftigung mit politischen Fragen abzulenken. Auch in Herne fand vor kurzem eine derartige Ver- sammlung statt, zu der durch Flugblätter eingeladen wurde. In solchem Flugblatt heißt es:

„Katholische Arbeiter! Ungeheure Volksmassen sind von schlechten Menschen aufgefaßt gegen uns katholische Arbeiter und gegen unseren Gottes-, Christus- und Kirchenglauben. Diebe — Ehebrecher — Trunkenbolde werden nicht so ange- feindet wie ein kath. Arbeiter. Jeder Schelm hält sich für klug und groß, wenn er uns mit Rot betruhen, uns verleum- den kann. — Sind wir katholischen Arbeiter denn dümmere und schlechter als die Angreifer? Wenn wir noch länger schweigen und stillhalten, werden die Feinde noch übermächtiger. Es ist Zeit zur Gegenwehr! Heraus mit dem Rammesmut! Ein heiliger Born hat uns ergriffen.“

Die Rammesmuten und Unzuchtspiegel sind die geheimen Macher der Feindschaft gegen uns. Das Gesetz Christi steht diesen Menschen im Wege und verdammt ihr Treiben. Dieses fürchten sie mehr als das Knirschen der Volksmassen und das Drohen der Minister. Daher der Haß und der Ruf: Fort mit Christus aus der Industrie, aus dem Handel, aus der Familie, aus der Schule, aus dem Menschenleben.“

Die Reichstagswahlwahl in Jauer-Landeshaus- Vollenhain.

Der Kampf um das Mandat des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Dr. Hermes ist in voller Heftigkeit entbrannt. Die Kandidaten der in Frage kommenden Parteien: Sozialdemokratie, Freisinnige, Konservervater und Zentrum sind nominiert. Die Na- tionalliberalen treten gleich im ersten Wahlgang für den Frei- sinnigen ein. Die drei bürgerlichen Parteien halten überall Ver- sammlungen ab und „widerlegen“ dort, wo sie keinen Gegner finden — freie Diskussion ist ausgeschlossen — die sozialdemokratischen „Irrelehren“.

Trotzdem für unsere Genossen die Möglichkeit, in Versam- mlungen zu den Wählern zu sprechen, nur in beschränktem Maße vorhanden ist, sind sie eifrig an der Arbeit. Einer früheren Flug- blattverbreitung über den ganzen Kreis folgten am Sonntag zwölf Versammlungen, die trotz des strömenden Regens verhältnismäßig gut besucht und vom rechten Geiste besetzt waren. Am zweiten Pfingstfeiertag findet wiederum eine allgemeine Flugblattverbreitung statt, der weitere Versammlungen folgen sollen.

Auch ein „Demonstrationszug“.

In Ohlau sandten Tabakarbeiter eine Deputation an den Magistrat, um diesen zur schnelleren Erledigung der eingereichten Unterstühungsbesuche arbeitsloser Tabakarbeiter zu eruchen. Diese Deputation begleitete der Gauleiter der Tabakarbeiter, Genosse Clemens-Breslau. Die Polizei machte daraus einen „Demon- strationszug“ und schickte Clemens als „Führer“ ein Strafmandat über 20 M. Das Schöffengericht bestätigte den Strafbefehl.

Ein Massenprozeß gegen Wahlrechtsdemonstranten

wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht Magdeburg ver- handelt. Angeklagt waren 26 Genossen, die bei der Wahlrechts- demonstratio am 6. März durch Hochrufe auf das freie Wahlrecht und durch Plurirufe großen Unfug verübt haben sollen. Drei der Angeklagten, die Genossen Jordan, Köster und Reichs- anwalt Landsberg sollen einen nicht genehmigten Um- zug veranstaltet haben. Das Gericht sprach diese drei letzten Angeklagten frei und nahm die übrigen 23 in Geldstrafen von je 10 Mark.

Ein bayerisches Güterzertrümmerungsgesetz.

München, 7. Mai. Einem in der Kammer der Abgeordneten vielfach geduldeten Wünsche entgegenkommend, hat die Regierung ein Gesetzen- wurf über die Güterzertrümmerung vorgelegt, der heute in der Plenarverhandlung erledigt wurde.

Der Hauptzweck dieses Gesetzeswurfs ist der Schutz der Bau- schein vor kleinen und größeren geschlossenen Bauerngütern, wie sie im linksrheinischen Bayern selten, im rechtsrheinischen dagegen sehr häufig vorkommen. Der Schutz soll gewährt werden gegen die gewerbemäßigen Güterzertrümmerer, die nach allgemeiner Auffassung die Gewerbe nicht immer nach ganz sauberen geschäftlichen Grund- sätzen ausüben und dabei ein kolossales Geld verdienen. Einig war man darin, daß man die Güterzertrümmerung nicht grund- sätzlich hindern wollte; einig war man auch darin, daß die Güter- zertrümmerung volkswirtschaftlich noch lange nicht so schädlich sei, als der Aukauf und die Aufforstung ganzer Bauernanwesen, ja ganzer Dorfgemeinschaften durch die reichen Fideicommiss- besitzer.

Man wollte durch das Gesetz lediglich Bestimmungen treffen, einmal um eine Ueberschneidung und eine Ueberschneidung der Bayern unmöglich zu machen und zum andern, um womöglich den aus einer Zertrümmerung zu erzielenden Gewinn der Allgemeinheit zuzuführen. Zu dem Zweck gewährt das Gesetz beim Ver- kauf geschlossener Bauerngüter an gewerbemäßige Güterzertrüm- merer ein Vorkaufsrecht, und zwar in erster Linie der Gemeinde, in deren Bezirk die Grundstücke liegen, und in zweiter Linie dem am Orte bestehenden gemeinnützigen landwirtschaftlichen Darlehns- kassenverein. Die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechtes be- trägt drei Wochen. Weiter gewährt das Gesetz ein Rücktritts- recht. Der Verkäufer eines Bauerngutes erhält das Recht, inner- halb einer Woche nach dem Abschluß des Vertrages von diesem zurückzutreten. Ein Rücktrittsrecht erhält aber auch der Käufer von Grundstücken, die aus einer solchen Zertrümmerung herrühren. Er kann innerhalb dreier Tage den Kauf als ungültig erklären. Wei- terhin ist bestimmt, daß der Güterzertrümmerer verpflichtet ist, ein zu veräußerndes Grundstück vor der notariellen Beurkundung ab- marken zu lassen.

Als geschlossen bewirtschaftete Grundstücke bezeichnet das Ge- setz landwirtschaftliche Anwesen oder Grundstücke von mindestens

5 Sektor Flächeninhalt. Das Gesetz wurde von dem Hause fast einstimmig angenommen.

Die bayerischen Beamten und der Bierkrieg.

Das bayerische Finanzministerium hat durch einen geheimen Erlaß angeordnet, daß die Beamten sich in Falle eines Bierkrieges an einer Agitation gegen die Bierpreisbörderung nicht beteiligen dürfen. Wer gegen die Verfügung handelt, soll den Behörden namhaft gemacht werden.

Keine Mitarbeiterschaft Webers an der „Diskussion“.

In der Partei, wie in der bürgerlichen Presse wird unter der Ueberschrift „Diskussion zum Wahlrecht“ auf eine Reihe Kränkungen Bezug genommen, die in der Monatschrift „Diskussion“ veröffentlicht wurden. Unter den Veröffentlichungen befindet sich auch eine Meinungsäußerung des Webers.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, sei konstatiert, daß der betreffende Artikel, der unter dem Namen Webers erscheint, eine Reichstagsrede Webers aus dem Jahre 1895 ist. Es handelt sich also nicht um eine Mitarbeiterschaft. Weber hat dem Herausgeber gegenüber ausdrücklich erklärt, daß er es ablehnen müsse, als Mitarbeiter der „Diskussion“ angesehen zu werden.

Sonner Vorurufen vor Gericht.

Vor dem Landgericht Bonn wurde am Dienstag die Verurteilung der beiden Vorurufen Graf Bind zu Finkenstein und von Quistorp gegen das Schöffengerichtsurteil vom 9. April verhandelt, das beide wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruches, den sie im Wunde mit mehreren als Einjährigen dienenden Knechtsbrüdern in der Wohnung des Einjährigen-Unterschieders Feith begingen, mit je vierzehn Tagen Gefängnis bestrafte. Die Verhandlung, die über die bekannte Affäre Neues nicht zu Tage förderte, endete mit der Herabsetzung des Strafmaßes auf eine Woche Gefängnis, das gesetzliche Mindestmaß.

Oesterreich.

Die Geschäftsordnungsreform.

Wien, 10. Mai. Abgeordnetenhause. In der Debatte über die Geschäftsordnungsreform erklärte der Abgeordnete Weismann, auch die christlich-sozialen Parteien seien gegen die brutale Behandlung einer Motion durch die andere. Es gehe aber nicht an, daß keine Parteien die großen beherzichten und dadurch das Mehrheitsprinzip über den Haufen geworfen werde. Er konstatierte, daß nunmehr eine friedlichere Stimmung unter den Parteien bestehe, und appellierte an alle, die provisorische Geschäftsordnung in eine definitive umzuwandeln. Eugen Lewicki sprach sich namens der Ruthenen gegen die Geschäftsordnung aus. Abgeordneter Glombinski trat namens des Polenklubs im allgemeinen Interesse des Parlamentarismus für das Zustandekommen einer definitiven Geschäftsordnungsreform ein. Der Abgeordnete Kramarz erklärte, die Tschechen seien für eine Geschäftsordnungsreform, jedoch bilde die Regierungsvorlage nicht die geeignete Grundlage hierfür.

Italien.

Das Vertrauensvotum der Sozialisten.

Aus Rom wird uns geschrieben: In dem übergroßen und beispiellosen Vertrauensvotum, das Luzzatti am Vorabend des 1. Mai dabongetragen hat, finden sich die Stimmen der sozialistischen Fraktion vermengt mit denen der ganzen übrigen Kammer, von den Radikalen zu den Liberalen und den Konservativen. Nur die Republikaner und der außer der Fraktion stehende Sozialist Cicotti stimmten dagegen. Dieser merkwürdige Fall eines von Sozialisten gewährten Vertrauensvotums, dessen praktische Auswirkung bei der Größe der ministeriellen Mehrheit in die Augen springt, wird voraussichtlich die italienische Partei längere Zeit beschäftigen und zu zahlreichen Diskussionen Anlaß geben.

Wenn diesem Verhalten unserer Fraktion, das im Widerspruch steht zu einem vor wenigen Monaten in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand angenommenen Votum, überhaupt eine opportunistische Erwägung zugrunde liegt, so kann es nur die sein, den beiden radikalen Ministern einen moralischen Rückschlag zu bieten. Man fürchtet offenbar, daß sie ohne diesen Rückschlag von der konservativen Mehrheit des Kabinetts überwältigt und fortgerissen werden möchten.

Ist dies der einzige Opportunismusgrund, den man der Fraktion als mildernden Umstand zubilligen kann, von prinzipiellen wollen wie erst gar nicht reden, so muß man sich fragen, warum denn den Radikalen nicht der Rückschlag ihrer eigenen Fraktion genügen konnte. Seit wann müssen sich die Sozialisten als konservative Wegegänger betrachten? Wie hätten es begehren können, daß die Parteifraktion für Luzzatti stimmte, wenn es sich darum gehandelt hätte, dem Ministerium die Chancen zu sichern, ein Experiment mit radikalem Einschlag zu machen. Aber diese Chancen waren dem Kabinett ja schon überreichlich gewährleistet durch eine ganz ungeheurer große Mehrheit. Das bescheidene Blumenslor gedroener Prinzipien wurde unter dem reichen Blumenflor der Sozialisten und Radikalen gar nicht beachtet und gar nicht nach dem Wert geschätzt, den es nun einmal unglücklicher- oder glücklicherweise in den Händen der Parteigenossen noch heute repräsentiert. Wozu also das unnötige Opfer?

Will man schon einmal das Programm selbst prüfen, so findet man es auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes nicht reichlicher als das von Sonnino. War die Wahlreform, die so vorsichtig versprochen wurde und erst im November überhaupt zur Sprache kommen soll, das Opfer wert? Man bedenke, daß es sich hier nicht um einen praktischen Druck, sondern nur um ideelle Zustimmung handeln konnte. Uns scheint, daß diese Zustimmung wohl dem allgemeinen Wahlrecht, nicht aber dem verfallenen, das Luzzatti vorschlägt, spendend werden konnte. Jeder erwachsene Mann, der lesen und schreiben kann, soll das Wahlrecht haben, aber lesen und schreiben können in Substantien kaum die Hälfte der Erwachsenen, und die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß die lokalen Eliten die Volksschulbildung absichtlich und bewußt hintanhalteten, um nicht die Zahl der proletarischen Wähler zu vergrößern. Diesem System legt auch das erweiterte Wahlrecht Luzzattis nicht die Art an die Wurzel.

Der „Avanti“ begründete die Haltung der Fraktion, indem er zunächst die Berechtigung, ein Vertrauensvotum zu geben, mit den üblichen und bekannten Argumentationen versieht. In der gegebenen Situation sei die Wahlreform für das Votum ausschlaggebend gewesen. Wenn die Radikalen ihrerseits auch für das Kabinett gestimmt hätten, so hätten sie dadurch nur einen neuen Beweis ihrer politischen Feigheit geliefert. Außerdem hätten sie die per se Nebenabsicht verfolgt, durch ihre Haltung die Sozialisten abzustößen und so die alte radikale-politische Mehrheit wieder zu fügen. Die Sozialisten hätten dieses Spiel durchschaut und durch ihr Votum vereitelt.

Diese Erklärung des „Avanti“ wird kaum dazu dienen, die Verwirrtheit zu beheben und den Eindruck der Haltlosigkeit zu mindern, den die Haltung der Fraktion in den Massen hervorgerufen hat. Nicht ums Programm, das als Ganzes kein Opfer wert ist, nicht ums Wahlrecht, das prinzipiell umfassender gefordert werden muß und praktisch der sozialistischen Stimmen nicht be-

durfte, nur um einer Handvoll Radikalen den Einfluß auf das Kabinett freitig zu machen — diese Begründung eines parlamentarisch überflüssigen Votums scheint uns ein recht kümmerlicher Notbehelf. Die Republikaner brauchen nicht zum Kleinen und Kleinsten herabzusteigen, um ihr Votum zu begründen. Sollte das italienische Kabinett nicht ihr konsequentes und durchsichtiges Verhalten seiner eigenen Klassenstellung besser entsprechend finden als die unerklärliche Haltung der sozialistischen Fraktion, die für ein „konservativ-radikales“ Kabinett stimmt, das seiner Stimmen gar nicht bedarf?

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 10. Mai. Nach amtlichen türkischen Nachrichten stießen die in der Richtung auf Egnoliva abgezogenen Truppen mit den kuffändischen bei Dubalovo zusammen. Die Kuffändischen wurden vertrieben und 18 Mann gefangen genommen.

Die Kretenser für den Anschluß an Griechenland.

Kanea, 9. Mai. Die Nationalversammlung wurde heute im Namen des Königs der Hellenen durch den Präsidenten der provisorischen Regierung Scouloudis eröffnet. Bei Renennung des Königs von Griechenland drangen die christlichen Mitglieder der Versammlung und die Zuschauer in stürmische Weisfälle und Hochrufe auf die Vereinigung Kretas mit Griechenland aus, während die mohammedanischen Mitglieder einen schriftlichen Protest einbrachten. Nachdem sodann der Präsident der Nationalversammlung Michelidakis die Versammlung aufgefordert hatte, durch ihren Eid auf den König der Hellenen ihren früheren Beschluß über die Einverleibung Kretas von neuem zu bekräftigen, erfolgte unter neuen stürmischen Weisfallstundgebungen die Eidesleistung.

Der Protest der Jungtürken.

Saloniki, 10. Mai. Das Komitee für Einheit und Fortschritt fordert die Bevölkerung zur Teilnahme an einem Monstermeeting auf, das am Donnerstag als Protest gegen den Namen des Königs der Hellenen seitens der kreischen Abgeordneten geleisteten Eidschwur veranstaltet werden soll. In allen größeren Provinzialstädten sind gleichfalls Protestmeetings organisiert.

Gestern sind weitere vier Militärschiffe nach Albanien abgegangen worden, und heute ist wieder ein Bataillon Mediziner eingetroffen.

Aus der Partei.

Sum Internationalen Konvent in Kopenhagen.

Delegierte am 8. Mai eine Konferenz der Wahlkreises Mannheim den Genossen Dr. Frank. Von der Badischen Landesorganisation werden zwei Delegierte in Kopenhagen erscheinen, und zwar neben Dr. Frank Genosse Kohl-Karlruhe.

Reichstagskandidaturen.

Für den Wahlkreis Werra (S. sächsischer) wurde Genosse Rühl-Hals als Kandidat nominiert. Genosse Frähdorf, der den Wahlkreis von 1903 bis 1907 vertrat (zurzeit ist das Mandat im Besitz der Antisemiten), mußte von der Kandidatur zurücktreten, da er inzwischen in den sächsischen Landtag gewählt wurde und Doppelmandate nach Beschluß der sächsischen Landesorganisation vermieden werden sollen.

Im Wahlkreis Plauen-Oelsitz (S. sächsischer) wurde Genosse Jädel-Berlin, Sekretär des Textilarbeiterverbandes, als Kandidat aufgestellt. Genosse Alwin Gerich, der diesen Kreis in den Jahren 1894—1898 und 1903—1906 im Reichstags vertrat, ist seiner angegriffenen Gesundheit wegen von der Kandidatur zurückgetreten. Bei der letzten Wahl wurde in diesem Kreise der Freisinnige Gantzer mit Hilfe der Konservativen und Nationalliberalen gewählt.

Für Ludwigsburg-Schwabmünchen-Wertingen wurde dem Augsburgerdeputierten Genossen Kollwagen die Kandidatur übertragen.

Noch ein Raddbyprozess.

Der Bochumer Staatsanwalt hatte in dem Prozeßbericht des „Bochumer Volksblatt“ über den Raddbyprozess der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Verleumdung der Verwaltung der Zeche Raddob entdeckt. In dem Bericht war irrtümlicherweise die im Termin verlesene Aussage des berunglückten Zeugen Thomas falsch wiedergegeben. Da die Sache mittlerweile verjährt war, so konnte Genosse Steinamp, der damalige Verantwortliche des „Volksblatts“, den Verfasser nennen. Der Staatsanwalt war aber damit nicht zufrieden. Er schickte sämtlichen Redakteuren sowie dem Redakteur des „Volksblatts“ zwei Tage vorher eine Ladung zum Termin. Nur infolge Entgegenkommens des Gerichts war es möglich, die Zeitung am Tage des Prozesses herauszugeben. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwalts, der auf Freisprechung lautete, an.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der Unternehmer hat immer Schaden.

Diesen irrigen Grundsatze eignete sich das hiesige Gewerbegericht in einem gestern verhandelten Prozeß an.

Die Berliner Maschinen-Fabrikantenfabrik Adolph Schwarz u. Co. klagte gegen den Sattler M. auf 12 M. Schadenersatz. Diesem Prozeß war ein Vorprozeß des Beklagten gegen die Klägerin auf Zahlung von 12 M. Vorn vorausgegangen.

Der Anlaß zu beiden Prozessen ist folgender: Bei der Klägerin hatten die Sattler Lohnforderungen gestellt. Die Klägerin lehnte Verhandlungen ab und entließ 49 Sattler. Auf ihre Inzerate in den schlesischen Zeitungen bewarb sich unter nur wenigen anderen auch der Beklagte. Es kam darauf ein Engagement zum 4. April zustande. Während der ersten Tage erfuhr der Beklagte, daß die Klägerin ihre bisherigen Arbeiter wegen der Lohnunterschieden ausgespart hatte. Er verließ deshalb am dritten Tage ebenfalls den Betrieb, obwohl eine vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart war. Da die Klägerin als Inhaberin eines Fabrikbetriebes nicht auf Grund des § 124 b der Gewerbeordnung klagen kann, sondern den ihr durch den Kontraktbruch des Klägers erwachsenen Schaden nachweisen muß, schätzte sie denselben auf 12 M. Näher zu substantiieren vermochte sie aber denselben nicht.

Der Beklagte ließ demgegenüber durch seinen Vertreter, den Vorsitzenden des Sattler- und Vorleser-Verbandes Weinschuld, einwenden, daß der Klägerin gar kein Schaden entstanden sein könne, da ja die Klägerin zu dem bei ihr zwecks Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen vorstellig gewordenen Ortsvorstenden des Arbeiterverbandes geküfert habe, daß ihr der Streit sehr gelegen käme, da sie dadurch einmal Gelegenheit nehmen könne, die vorhandenen Lagerbestände aufzubrauchen.

Die Kammer 2 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratssekretärs Dr. Wagner verurteilte den Beklagten jedoch ohne Weisungnahme zur Zahlung der 12 M. Er sei zu Unrecht aus der Arbeit ausgetreten; nach Lage der Sache habe das Gericht angenommen, daß der Klägerin dadurch ein Schaden entstanden ist. Denn wenn auch der Beklagte die Klagen nicht von Anfang bis zu Ende herzustellen, sondern nur zu nähern habe, so hätte er der Klägerin doch etwas geleistet. Bezüglich der Höhe des Schadens sei sich das Gericht darüber einig, daß der Arbeitgeber an einem Arbeiter schon 12 M. in 14 Tagen verdienen müsse. Dieser Verdienst

sei aber der Klägerin durch den freilassen Austritt des Beklagten entgangen.

Das Urteil ist schon deshalb ein irriges, weil es übersehen, daß der Beklagte mit Recht aus der Arbeit getreten ist. Dieses Recht stand ihm zu, weil die Klägerin ihm verschwiegen hatte, daß in der Fabrik geküfert wird. Hierin lag eine arglistige Täuschung, die den Beklagten zur Aufhebung des Vertrages berechtigte.

Aus Industrie und Handel.

Die Rentabilität der Banken.

Vergleicht man die Geschäftsergebnisse im Bankgewerbe für das Jahr 1909 gegenüber dem vorletzten Geschäftsjahre auf Grund der im ersten Vierteljahr veröffentlichten Bilanzen, so ist ein Vergleich für 190 Banken mit einem Nominalkapital über 1 Million Mark, von 99 Banken mit einem Aktienkapital unter 1 Million Mark und von 99 Hypothekendarlehenbanken möglich. Bei den 99 Hypothekendarlehenbanken erfuhr das Nominalkapital eine Steigerung von rund 640,61 auf 662,80 Millionen Mark, während die im vorletzten Geschäftsjahre ausgeschüttete Dividendensumme von 53,66 auf 54,24 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahre gestiegen ist. Demnach ist die Dividende um 0,1 von 8,3 auf 8,2 Proz. zurückgegangen. Die kleineren 99 Banken mit einem Nominalkapital von unter 1 Million Mark konnten im letzten Geschäftsjahre gegenüber dem Vorjahre ihre durchschnittliche Dividende von 7,3 auf 7,6 Proz. erhöhen. Die zur Verteilung gelangte Dividendensumme stieg von 1,33 auf 1,49 Millionen Mark. Die Gesamtheit der Banken mit einem Aktienkapital von mehr als 1 Million Mark erzielte trotz Krise eine Erhöhung der Durchschnittsdividende von 7,9 auf 8,1 Proz. Hier stieg bei 130 Aktiengesellschaften das Nominalkapital während des letzten Geschäftsjahres von 1870,33 auf 1937,82 Millionen Mark. Die im vorletzten Geschäftsjahre verteilte Dividendensumme stieg von 148,45 auf 156,75 Millionen Mark. Nach dem diesjährigen durchschnittlichen Resultat der Geschäftsergebnisse beträgt die durchschnittlich von den Banken mit über 1 Million Mark Nominalkapital verteilte Dividende 8,1 Proz., während von den kleineren Banken 7,6 Proz. ausgeschüttet wurden.

Berliner Elektrizitätswerke. Aus dem in der Aufsichtsrats-Sitzung am 2. d. M. vom Vorstand erstatteten Bericht teilt die Gesellschaft folgendes mit: In den ersten drei Quartalen des laufenden Geschäftsjahres, vom 1. Juli 1909 bis 31. März 1910, haben die Berliner Elektrizitätswerke 118 181 841 Kilowattstunden oder 11 Millionen Kilowattstunden mehr abgegeben, als in der gleichen Zeit des vorigen Geschäftsjahres. Von dieser Zunahme entfällt der Hauptteil mit 4 181 697 Kilowattstunden auf Motoren, 2 558 608 Kilowattstunden entfallen auf Straßenbahnen; aber auch der Stromkonsum für Beleuchtung hat eine Zunahme erfahren. Der Neuananschluß für Licht betrug 5913 Kilowatt, der für Kraft 10 881 Kilowatt. Die Gesellschaft hat in der Solmsstraße ein Grundstück erworben, die Hintergebäude daselbst niedergelegt und hier eine neue Unterstation, deren Betrieb mit dem in der Joffener Straße vereinigt werden soll, errichtet. Die Dampfzentralen Jauerstraße, Spandauer Straße und Schiffbauerdamm sind voll ausgebaut und es tritt demnächst die Notwendigkeit an die Berliner Elektrizitätswerke heran, auch hier die Betriebsmittel dem wachsenden Bedürfnis entsprechend zu erweitern. Ebenfalls an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist die Station Mariannenstraße. Ihrem erweiternden Strombedarf sieht die Gesellschaft durch Errichtung einer Unterstation in der Schimidstraße Rechnung zu tragen und sie hat deshalb ein Grundstück in dieser Straße erworben. Zur Hebung des Stromabflusses und zur Gewinnung von Hochspannungsentwicklungsanlagen werden die Berliner Elektrizitätswerke zunächst im Bereich ihrer Drehstromleitungen diesen hochgespannten Drehstrom zu billigen Tarifen liefern. Abschlässe für einen Jahresstromkonsum von über 3 Millionen Kilowattstunden sind bereits getätigt und Verhandlungen wegen erheblicher Lieferungen sind noch in der Schwärbe. Im ganzen sind neuerdings elf Gemeinden im Norden, Nordosten und Süden von Berlin den Berliner Elektrizitätswerken durch Verträge erschlossen worden.

Entwicklung des deutschen Außenhandels.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Handel Deutschlands mit dem Auslande um rund 110 Proz. gewachsen. Einfuhr und Ausfuhr betrugen zusammen im Jahre 1889 7 165 Millionen, im Jahre 1899 9 690 Millionen und im Jahre 1909 15 112 Millionen Mark. Nach der amtlichen Statistik hatten Einfuhr und Ausfuhr folgende Werte (in Millionen Mark):

	1889	1894	1899	1904	1909
Einfuhr	3900	3988	5483	6354	8520
Ausfuhr	3165	3692	4207	5223	6592
Einfuhrüberschuß	825	976	1276	1131	1928

In den ersten fünf Jahren ist sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zurückgegangen, die erste um 69, die letzte um 208 Millionen. Der Rückgang beruht jedoch nicht auf einem Nachlassen der Güterbewegung, sondern auf einer Rückwärtsbewegung der Preise. Die folgende Periode 1894 bis 1899 brachte eine Zunahme der Einfuhr um 1445, der Ausfuhr um 1245 Millionen. Im folgenden Jahrzehnt 1899 bis 1904 ist die Einfuhr um 871, die Ausfuhr um 1016 Millionen gestiegen, und in dem letzten Jahrzehnt 1904 bis 1909 hat sich die Einfuhr um 2166, die Ausfuhr um 1269 Millionen vermehrt. Die relativ stärkste Vermehrung fällt demnach bei der Einfuhr in die letzte Periode 1904 bis 1909. Dazu dürfen die mittlerweile eingetretenenollerhöbungen direkt und indirekt beigetragen haben, ebenso wie bei der relativen Wertveränderung der Ausfuhr. Von 1889 bis 1909 ist die Einfuhr um 4580, die Ausfuhr um 8427 Millionen gewachsen, das bedeutet bei der Einfuhr eine Zunahme von 138, bei der Ausfuhr eine solche von 108 Proz.

International.

Die Deutsche Bank hat in ihrem Geschäftsberichte darüber geklagt, wie schwer es jetzt für die Großbanken geworden sei, für die Gelder entsprechende Anlagen zu finden. Die Suche nach solchen Anlagen hat jetzt anheimelnd den Direktor Kauterwitz nach Amerika geführt und er dürfte wohl einen großen Nutzen neuer Schuldverschreibungen amerikanischer Eisenbahnen zurückerbringen. Die Summe wird auf ungefähr 400 Millionen Mark angegeben. Die Banken werden bei dem Geschäft läbliche Provisionen verdienen. Das ist die Hauptsache. Wenn deutsche Geldgeber dabei hereinfallen, so ist das natürlich ihre Sache, man sieht aber, daß das Kapital, von seinen nationalen Schenkklappen befreit, die Plünderung international betreibt.

Produktionshemmer. Die Weisfällischen Stahlwerke können für das letzte Jahr wieder keine Dividende verteilen. Die Verwaltung macht dafür den Stahlwerksverband verantwortlich. Durch die Zugehörigkeit zum Verbands, die dem Unternehmen feinerzeit aufgezwungen worden sei, werde es an der Ausnutzung seiner Anlagen gehindert und könne daher nicht profitabel arbeiten. — Das nennt der Stahlwerksverband: Marktregelung!

Bessere Saatensand. Aus Washington wird berichtet: Nach dem Monatsbericht des Ackerbaubüros betrug der Durchschnittsstand für Winterweizen am 1. Mai 82,1 Proz. gegen 80,9 Proz. am 1. April 1910 und 83,5 Proz. am 1. Mai des Vorjahres. Die Anbaufläche umföhte nach Abzug der infolge Auswinterung aufgegebenen Flächen 29 044 000 Acres gegen 27 871 000 Acres im Vorjahre. Der Durchschnittsstand für Winterroggen wird mit 61,8 Proz. gegen 62,3 Proz. am 1. April 1910 und 88,1 Proz. am 1. Mai des Vorjahres angegeben.

Gewerkschaftliches.

Die gefürchtete Friedenssehnsucht.

Nähezu vier Wochen währt jetzt die Aussperrung im Baugewerbe. Die von den Rechtskünstlern im Unternehmerlager schon vor Beginn der Aussperrung aufgemachten Exempel haben sich längst als unrichtig erwiesen. Die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter, die nach jenen Rechtskünstlern in kurzer Frist platt am Boden liegen sollten, stehen unerschütterlich; ihre Geschlossenheit ist eine musterhaftige. Wenn irgend etwas die Erkenntnis von der Notwendigkeit starker wirtschaftlicher Interessenvertretungen der Arbeiter in Arbeiterkreisen zu fördern geeignet war, so dieser Gewaltstreik der baugewerblichen Unternehmer. Ihr Vorgehen hat in den Kreisen der davon betroffenen Arbeiter und weit darüber hinaus ein Maß von Empörung ausgelöst, wie es selten zu konstatieren gewesen ist. Und diese Empörung hat eine Begeisterung, eine Kampfes- und Opferfreudigkeit in Arbeiterkreisen bewirkt, die zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Ist so die Stimmung in allen beteiligten Arbeiterkreisen, der Aussperrten sowohl, wie der nicht im Kampfe Stehenden, eine durchaus zureichende und siegesichere, so kann das von der feindlichen Partei, dem Unternehmerbund und seiner Befolgenschaft nicht gelagt werden. Die von dem Vorstand des Unternehmerbundes an seine Unterverbände und Einzelmitglieder erlassenen Rundgebungen lassen unüberwunden erkennen, daß im Unternehmerlager etwas vor sich geht, was mit der Scharfmacherei der Kampfhähne nicht im Einklang steht. Aus den Vorstandsrundgebungen ergibt sich zweifelslos, daß man im Unternehmerlager anfängt, ungeduldig zu werden. Es werden Stimmen laut, die die Scharfmacherei des Bundesvorstandes nicht begreifen, und daher auch nicht länger gewillt sind, die bisher beobachtete „Disziplin“ zu wahren. Ob es diesen Stimmen gelingen wird, sich im Unternehmerbund bald Gehör zu verschaffen, ist noch fraglich, aber fest steht, daß der Bundesvorstand diese Stimmen auf die Dauer nicht erwidern kann, soviel Mühe er sich in seinen Rundgebungen auch geben mag. Die fortgesetzten Mahnungen: „Aushalten und Ausharren!“ und Verweigerungsbefehle wie: „Wasser ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende!“, wie sie in einem Rundschreiben des Bundesvorstandes enthalten sind, das der „Zimmerer“ zu Veröffentlichung in der Lage war, werden auf die Dauer ihre Wirkung verfehlen.

Diese Bedenken sind anscheinend auch im Bundesvorstand selbst vorhanden. Das erwähnte Rundschreiben ist unterm 30. April verfaßt worden. Welche Aufnahme es gefunden hat, ist bisher unbekannt geblieben. Allzu große Hoffnungen dürfte es nicht ausgelöst, hingegen vielfach Enttäuschungen hervorgerufen haben, besonders was die mit so großem Pomp angekündigte materielle Unterstützung der weniger kapitalkräftigen Unternehmer anlangt. In den dem Rundschreiben angefügten „Mitteilungen“ heißt es darüber nämlich:

„Über die Bewilligung der von den Industrieverbänden zur Verfügung gestellten Mittel werden demnächst Grundzüge ausgearbeitet und, sobald diese Arbeit fertiggestellt ist, den Bundesmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden. Wir stellen wiederholt das Ersuchen, in bezug auf die von den Industriezentralen für uns bereitgestellten Mittel im gegenwärtigen Augenblick keine Anfragen an unseren Bundesvorstand zu richten. Der Einlauf solcher Anfragen und die Beantwortung, bevor die Grundlagen festgelegt sind, erschweren die übrigen Arbeiten in der Zentralstelle ganz erheblich.“

Solche „Mitteilungen“ sind sicher nicht geeignet, Hoffnungen zu erwecken. Bei dieser Sachlage erachtet deshalb auch die Annahme durchaus berechtigt, daß das vorerwähnte Rundschreiben die gewollte Wirkung nicht gehabt hat. Man kann es kaum anders deuten, wenn der Bundesvorstand diesem Rundschreiben schon gleich darauf ein neues hat folgen lassen, das insonderheit an die Vorsitzenden jener Ortsverbände gerichtet zu sein scheint, wo die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand am lauteften sich Luft macht. Auch dieses Rundschreiben hat dem „Zimmerer“ der bekannte günstige Wind zugetragen. Hier ist es:

„Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. E. S.

Berlin, im Mai 1910.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Es sind uns Nachrichten zugegangen, nach denen es scheint, als wären Sie geneigt, Sonderverhandlungen mit den Arbeitern anzuknüpfen. Wir hoffen, daß diese Gerüchte auf Irrtum beruhen. Sollte es aber doch der Fall sein, daß sich in Ihrem Kollegenkreise eine Neigung gezeigt hätte, mit den Arbeitern zu verhandeln, so bitten wir Sie im Auftrag und im Interesse des Deutschen Arbeitgeberbundes, doch all Ihren Einfluß aufzubringen, um dies zu verhindern. Der Schaden, der durch den Abfall noch weiterer Städte entstehen würde, würde für unsere Sache geradezu verhängnisvoll werden und das schlechte Beispiel würde schließlich noch weiter anklingend wirken.

Wenn auch die Opfer, die der einzelne zu bringen hat, außergewöhnlich große sind, so müssen wir uns doch alle sagen, daß ohne solche Opfer nichts zu erreichen ist und daß, wenn wir schon jetzt die Waffen strecken wollen, wir lieber gar nicht hätten anzufangen brauchen, unsere Rechte zu verteidigen. Wie von jedem Kollegen, so erwarten wir auch von Ihnen, daß die Kreise von unseren Bundesgeschleüßten alle Bedenken niederdrückt. Wir hoffen und erwarten bestimmt, daß es auch in Ihrer Stadt möglich sein wird, mit uns bis zum Schlusse auszuhalten. Bedenken Sie auch, daß die Industrie und ihre volle Unterstützung zugesagt hat. Diese ist aber selbstverständlich nur zu erwarten, wenn wir selbst feststehen. Ein teilweises Abdrücken würde auch die Industrie völlig unsicher machen. So würde Ihr Zurückweichen in jeder Beziehung schädlich auf den ganzen Bund wirken.

Wir appellieren nochmals an Ihr Pflichtgefühl und Ihr Standesbewußtsein und erwarten von Ihnen, daß Sie die Sache der Bauarbeitgeber nicht verlassen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes
für das Baugewerbe.
W. Jelsch. O. Enke. E. Wehrndt.

Nichts ist geeigneter, die Stimmung im Unternehmerlager besser aufzuhellen, wie das vorstehende Schreiben. Da ist es denn auch kein Wunder, wenn in den Organen der Unternehmerverbände versucht wird, durch allerlei unfaire Manipulationen den Unternehmern mehr Mut und mehr Vertrauen zu ihrer Sache einzufloßen. Anders sind auch jene Notizen nicht zu bewerten, die die Unternehmer glauben machen sollen, daß in nicht von der Aussperrung betroffenen Arbeiterkreisen Unlust herrscht über die außerordentlichen Opfer, die der Kampf von ihnen heischt. Nichts ist falscher als das. Wir können demgemäß einwandfrei feststellen, daß die baugewerblichen Arbeiter, die von der frivolen Aussperrung verschont geblieben sind, freudig und ohne Murren den ihnen auferlegten Pflichten nachkommen. Sie wissen, was in diesem Kampfe auf dem Spiele steht; hinter diese Erkenntnis treten alle feindlichen Bedenken zurück. Und ferner sind sie der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher. Die am

Kampfe beteiligten Gewerkschaften sehen daher nach wie vor der Zukunft in Ruhe und Gelassenheit entgegen. Das ist das Gute in dieser Bewegung, daß die Arbeiter die Absicht der Unternehmer bis auf den Grund durchschaut haben. Danach richten sie ihre Maßnahmen, ihre Strategie und Taktik in diesem Kampfe ein!

Schon wieder einmal greifen „unbeteiligte“ „beamtete Personen“ zum großen Schmerz der Scharmacher, die nichts zu verlieren haben, sicher aber auch zur Benützung der durch Material- und Kapitalsperrung sonst in den Kampf getriebenen kleineren Unternehmer, Vermittelungen anbahnen ein.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus München gemeldet: „Der königliche Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner hat an das Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußerlichen die bringende Bitte gestellt, unverzüglich bei der deutschen Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß das Reichsamt des Innern in kürzester Frist den beteiligten Zentralorganisationen seine Vermittelung zur Beilegung des Kampfes im Baugewerbe anbiete. Wie der Münchener Korrespondent des „Tageblatts“ erfährt, wird der Ministerpräsident dem Ansuchen des Gewerbegerichtsdirektors alsbald in einer ausführlich begründeten Eingabe entsprechen.“

Man darf neugierig sein, was die Reichsregierung tun wird.

Der Schlusswinkel eines gelassenen Scharfmachers!
Berlin birgt zurzeit nicht nur den gewaltigen Teddy Roosevelt, sondern auch eine andere Karität, Herrn Fellermeier, den Geschäftsführer des Münchener Arbeiterverbandes, der das Wort geprägt hat: „Wer nicht aussperrt, wird ausgehungert.“ Der „tapfere“ Feldherr, der das deutsche Baugewerbe skrupellos in den Kampf heben half, selbst aber schon nach Ausbruch des Kampfes marode wurde, flüchtete zur Stärkung seiner „angegriffenen Kräfte“ nach dem sonnigen Italien. Der Schleifsteinendreher bildete sich nämlich ein, die Münchener Bauarbeiter trachten nach seinem teuren Leben (!), weshalb er es so eilig hatte, daß er bei seiner Abreise „vergaß“, seinen Vorkarren seine Adresse zu hinterlassen. Von Italien aus ist der „franke Mann“ — wir halten dies trotz aller Dementis aufrecht — um seine Pensionierung eingekommen. Sein betragsmäßiges Ruhegehalt hätte 6000 M. betragen — eine Summe, mit der der Schleifsteinendreher gewiß hätte „handesgemäß“ leben können. Die Scharmacher wollten ihren Fellermeier, wenigstens vorläufig noch erhalten — es war ihnen dabei scheinbar weniger um die „Arbeitskraft“ als um die 6000 Emmen zu tun —, weshalb er, wenigstens vorläufig, nach Berlin zum „Generalstab“ einberufen wurde.

Seit einigen Tagen ist Fellermeier im Bureau des Deutschen Arbeitgeberbundes in Berlin tätig. Er zählt zu jenen „geheimnisvollen Kräften“, die bis jetzt alle unter der Hand angebahnten Vermittlungsversuche der Reichsregierung verwickeln. — Wie wir weiter hören, sollen Verhandlungen im Gange sein, Fellermeier beim Zentralverband deutscher Metallindustriellen unterzubringen, da er Schüttelfrost bekommt, wenn man von seiner etwaigen Rückkehr nach München spricht. — Ob aber die Metallindustriellen Herrn Johann Fellermeier noch für „tüchtig“ und „vollwertig“ halten, müssen wir bei dem vorgeschrittenen Alter und nach den mit den Scharmachern bei Tarifverhandlungen gemachten Erfahrungen bezweifeln.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.

Scheint nun doch einen friedlichen Verlauf zu nehmen. Gestern ging der Lohnkommission die Mitteilung zu, daß der Verein der Brauereien bereit sei, einen Tarifvertrag auf die Dauer von 4 Jahren abzuschließen mit der Maßgabe, daß die zweite generelle Lohnhöhung nach 2½ Jahren eintritt. — Die endgültigen Verhandlungen finden noch im Laufe dieser Woche statt.

Die Scharmacher, die in der Schopfbranche beschäftigt sind, hörten am Montagabend in einer kombinierten Bezirkskonferenz, die im „Englischen Garten“ stattfand, den Bericht über das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen. Es handelte sich um die Preise für Reparaturarbeiten, denn der Tarif für Reparaturen hatte die Innung bereits anerkannt. Die Innung wollte aber für Reparaturarbeiten nur die alten Sätze von 4,50 M. für Damenboden und 5,50 M. für Herrenboden als Grundlohn zugestehen. Der Obermeister war der Ansicht, daß für gute Arbeit überall bessere Preise gezahlt würden. Er erklärte an, daß die Minimallöhne für heutige Verhältnisse zu gering seien; aber die Innung könnte keine höheren Preise festlegen aus Rücksicht auf die Mitglieder in den äußeren Stadtvierteln. — Die Kommission empfahl der Versammlung, sich damit zufrieden zu geben, daß die Innung jetzt den Tarif von 1906 für die Reparaturarbeiten anerkennt, was wenigstens den Vorteil bringt, daß jeder Arbeiter weiß, welchen Minimalpreis er zu beanspruchen hat. Die Versammlung nahm die Empfehlung der Kommission an.

Der Streik der Schopfarbeiter nähert sich seinem Ende. 26 Streikende sind noch da, die übrigen wurden durch den Arbeitsnachweis untergebracht. 141 Unterschriften sind eingelaufen. Die Ortsverwaltung wurde ermächtigt, den Streik als beendet zu erklären, sobald die Situation dazu angemessen erscheint. Die Lohnbewegung selbst soll dadurch noch energischer fortgesetzt werden, daß der Tarif den einzelnen Meistern, wo dies noch nicht geschehen, zur Unterschrift vorgelegt wird. Die beste Unterstützung für diese Bestrebungen wird der Arbeitsnachweis des Verbandes bieten. Empfohlen wurde besonders, den Arbeitsnachweis Bülowstraße 58 zu benutzen. Im Westen Berlins werde viel gute Arbeit verlangt und auch besser bezahlt. Scharmacher auf Reparaturarbeiten würden im Westen öfter gesucht als anderswo. Der Nachweis vermittelt Arbeitskräfte nur an solche Meister, die sich unter schriftlich zur Anerkennung des vom Verbands aufgestellten Lohnsatzes verpflichten. — Den einzelnen Bezirken wurde die Aufgabe zugewiesen, eine gute Kontrolle zu üben und eine eifrige Agitation zu entfalten, damit die aufgestellten Tarife durchgeführt werden.

Deutsches Reich.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1909.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat sich im verflossenen Jahre erfreulich entwickelt. Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1908 133 833 — darunter 14 937 weibliche — betrug, stieg auf 141 024, darunter 15 740 weibliche. Der Zuwachs beträgt mithin 7301 Mitglieder. Die wachsende Stabilität des Mitgliederstandes zeigt sich darin, daß einer Zunahme der Eintritte um 4090 eine Abnahme der Austritte um 6551 gegenübersteht. Die Einnahme der Hauptkasse des Verbandes betrug ausschließlich des Kassenbestandes vom Vorjahre 2 482 598 M., die Gesamtausgabe 2 386 850 M., der Einnahmeüberschuss also 95 748 M. Für Unterhaltungen wurden aus der Hauptkasse insgesamt 1 506 837 M. ausgegeben; davon allein 1 000 303 M. für Erwerbslosenunterstützung, die Streikunterstützung erforderte 348 132 M. Die Gesamtsumme der ausbezahlten Unterhaltungen ist gegen das Vorjahr um 295 110 M. gestiegen. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahreschlusse 1 472 766 M.; in den Lokalkassen waren 363 658 M. vorhanden, so daß das Gesamtvermögen des Verbandes 1 836 424 M. beträgt, gegen 1 202 140 M. am Schlusse des Jahres 1908. Die erfreuliche Fortentwicklung des Verbandes hält im laufenden Jahre an; am Schlusse des ersten Vierteljahres war die Mitgliederzahl auf 150 000 gestiegen, und gegenwärtig geht sie schon um mehrere Tausend darüber hinaus. Das ist ein in Anbetracht des außerordentlich schwierigen Agitationsfeldes, das der Fabrikarbeiterverband zu bearbeiten hat, durchaus erfreulicher Fortschritt. Möge er recht lange anhalten!

Die Holzarbeiter in Nellersen (Hollstein) haben einen schönen Erfolg errungen. Die dort vorhandene 60stündige Arbeitszeit wird ab 20. Juni auf 57 und ab 1. April 1912 auf 54 Stunden pro Woche verkürzt. Der Mindestlohn wird sofort von 40 auf 45, am 1. April 1911 auf 47 und am 1. April 1912 auf 50 Pf. pro Stunde erhöht.

Die Stundenlöhne werden sofort um 5 Pf. und am 1. April 1912 um weitere 3 Pf. erhöht. — Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde, bei Montagen täglich 2,50 M. und, wo höhere Zuschläge üblich, diese bezahlt werden. — Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1914.

Die Eisenarbeiter in Remscheid verlangen eine Regelung der Affordpreise und Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit. Die Regelung der Affordpreise ist deshalb notwendig, weil in den 44 in Frage kommenden Betrieben Preisunterschiede bis zu 100 Proz. vorhanden sind. Eine weitere Forderung geht dahin, eine Schlichtungskommission, bestehend aus je 4 Unternehmern und Arbeitern, unter dem Vorsitz eines Unparteiischen einzusetzen, die die Durchführung des Tarifs zu überwachen hat. — Die in Betracht kommenden Arbeiter sind bis auf wenige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Steinmetzen in Köln a. Rh. sind am 7. Mai ausgesperrt worden, weil sie dem Verlangen der Unternehmer nicht nachkamen, den bestehenden Tarif mit einem Stundenlohn von 63 Pf. auf weitere drei Jahre unverändert abzuschließen. Außerdem wollen die Unternehmer die Affordarbeit einführen, die bisher in Köln nicht bestand. Aussperrt sind 60 Mann. Zugang ist fernzuhalten.

Auch-Arbeiter.

Der „evangelische Arbeiterbund“ hielt am Sonntag in Bürgenbortmund einen Verbandstag ab, auf dem zum Zwangsarbeitsnachweis der Jechen Stellung genommen wurde. Ueber die Einrichtung sprach man sich, wie nicht anders zu erwarten war, wohlwollend aus. Ferner wurde zu den bevorstehenden Knappschäftsältestenwahlen Stellung genommen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Unterstützung der antisozialdemokratischen Richtung gefordert wird.

Zur Aussperrung der Schlächter in Hamburg.

Zu Anfang voriger Woche machten sehr viele Meister der Gesellenorganisation Mitteilung, daß sie keine Gesellen aussperrten, aber dafür dem Innungsvorstand in der Innungsverammlung am 7. Mai für sein terroristisches und ungeschickliches Vorgehen gehörig den Kopf waschen werden. In der Innungsverammlung mochte aber nicht ein Meister, dem Vorstand entgegenzutreten, vielmehr stellten sie demselben noch ein Vertrauensvotum aus, und danach beschlossen die Herren gegen 1 Stimme die Aussperrung. Ja, sie gingen noch weiter, sie propagierten dafür, daß die Aussperrung über ganz Deutschland vorgekommen werden soll, ohne Rücksicht darauf, ob mancher Fleischermeister in diesem Kampfe seine Existenz preisgeben muß oder nicht. Man will eben um allen Preis die Gesellenorganisation vernichten. Diese wird auch dagegen sofort die nötigen Maßnahmen treffen. — Unter allerhand Vorwänden versuchen die Innungspräsidenten und Stellenvermittler, Streikbrecher nach Hamburg zu importieren, indem sie ihnen schöne Stellen nach Holstein versprechen. An der Aussperrung sind bisher 34 Firmen beteiligt. — Zugang von Schlächtern ist aus Hamburg und Umgegend streng fernzuhalten.

In der mechanischen Spinnerei zu Wahrenth haben

350 Weber und Weberinnen gekündigt, da die Direktion ihnen das Koalitionsrecht streitig machen will. Die Direktion hat bereits 34 Arbeitern wegen ihrer Verbandszugehörigkeit vorher gekündigt. Die Kündigung läuft am 20. Mai ab.

Ausland.

Mit einer kompletten Niederlage der Scharmacher hat die Aussperrung der Schneider in der Schweiz nach 11 wüthiger Dauer geendet. Der Meisterverband wollte den Gehilfen einen einheitlichen Generaltarif mit erheblichen Verschlechterungen aufzwingen, zu welchem Zwecke er an zehn Orten die organisierten Schneidergehilfen aussperrte. Aber schon anfangs April luden die Leiter des Meisterverbandes den Gehilfenverband zu Unterhandlungen ein, in denen sie den Generaltarif fallen ließen und sich für den Abschluß von Ortstarifen nach der Forderung der Gehilfen erklärten. Es sind nun inzwischen überall neue Ortstarifverträge mit Lohn-erhöhungen von 6 bis 10 Proz. und anderweitigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen abgeschlossen und somit die Bewegung mit dem Erfolg der ausgesperrten Gehilfen und der Niederlage der aussperrnden Unternehmer beendet worden. Der Meisterverband geht sehr geschwächt und erschüttert aus dem Kampfe hervor, während der Gehilfenverband neue Stärkung und Befestigung erfahren hat.

Amnestierte Eisenbahner. Rom, den 7. Mai 1910. (Fig. Ver.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat den Forderungen der Eisenbahner entsprochen und in diesen Tagen für 535 von ihnen die Folgen der Waffregelung, die sie sich noch dem Streik von 1907 gefallen lassen mußten, aufgehoben. Prinzipiell war dies schon im Januar dieses Jahres beschlossen worden, aber der Minister Sachsi hat eine erweiterte und beschleunigte Erweiterung der Amnestie angeordnet. Alles in allem sind bis jetzt 1100 Angefallene der Amnestie teilhaftig geworden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunfall auf Bahnhof Friedrichstraße.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße überfuhr gestern Abend ein nach Hannover bestimmter Gülzug das Haltsignal und stieß mit dem in der Halle stehenden Posenener Eilzug zusammen. Durch den Zusammenstoß wurde der Schaffner Kempe so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der letzte Wagen des Posenener Zuges wurde demoliert. Weiterer Materialschaden entstand nicht und war die Strecke nach ½stündiger Sperrung wieder frei.

Zur Eidesleistung in der kretischen Kammer.

Konstantinopel, 10. Mai. (B. Z. B.) Die Pforte hat noch keinen Beschluß über ihre Haltung gegenüber der Eidesleistung in der kretischen Kammer gefaßt. Gestern, vor Eintreffen der Nachricht von der Eidesleistung, beauftragte die Pforte ihre Botschafter, bei den Aretamächten wegen der formellen Erklärung der Gewährleistung der türkischen Rechte neuerlich einzuschreiten. Wie in Kreisen der Pforte erklärt wird, wird die Regierung ihre Haltung von der Antwort abhängig machen. Wie dieselben Kreise hoffen, werden die Schwächlinge gemäß ihrer früheren Versprechungen erklären, daß die Eidesleistung als nichtig zu betrachten sei.

Ein blutige Familientragödie.

Reichenberg (Böhmen), 10. Mai. (B. Z. B.) Im Irtsinn durchschnitten heute im Dorfe Grana bei Riemee eine Frau Günter in Abwesenheit ihres Mannes ihren drei und ein Jahr alten Kindern und dann sich selbst die Kehle. Alle drei sind tot.

Der Ausstand der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 10. Mai. (B. Z.) Der Ausstand der Bergarbeiter in Mons gewinnt ständig an Ausdehnung. In Hornu ist die Arbeit in den Schächten 7, 9 und 12 eingestellt worden, desgleichen in Wames. In Roisbain sowie in Cily ist der Ausstand vollständig. In Fenou ist eine teilweise Wiederaufnahme der Arbeit zu verzeichnen. Augenblicklich streiken 15 500 Arbeiter, was gegen den letzten Sonntag eine erhebliche Zunahme ist. Man erwartet, daß innerhalb einiger Tage an noch mehreren Stellen die Arbeit eingestellt wird.

Reichstag.

82. Sitzung vom Dienstag, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Sydow.

Dem Antrage der Verbündeten Regierungen, den Reichstag bis zum 8. November zu verlagern, wird debattelos zugestimmt, desgleichen dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur Fortsetzung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Koch an (natl.) auf Grund der Widerklage zu erteilen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über den Abschlag von Kalifalzen.

Abg. Dr. Heim (S.): Die Kommission hat den Entwurf der Regierung vollkommen umgeändert und geradezu einen neuen Entwurf ausgearbeitet. Das Zwangshyndikat, welches die Regierung vorschlug, ist fast einstimmig abgelehnt worden.

Die Misere, daß an das Ausland billiger verkauft wird als an das Inland, muß beseitigt werden. Es wird vorgeschlagen, den Abschlag von Kalifalzen nach dem Ausland zu kontingentieren und für das Ausland Minimalpreise, für das Inland Maximalpreise festzusetzen. Neben den inländischen Konsumenten müssen auch die in der Kallindustrie beschäftigten Arbeiter gehört werden; deshalb ist Sorge gegen Herabsetzung der Löhne getroffen. Die Werkbesitzer wünschen infolgedessen eine Garantierung der Dividenden; aber auf solche Dividendengesetzgebung können wir uns nicht einlassen. Die Herren vom Kalihyndikat behaupten freilich, bei den Preisen, die das Gesetz festlege, könnten sie nicht existieren; aber sie müssen den Reichstag geradezu für eine Idiotenanstalt halten, wenn sie glauben, daß er den plumpen Schwundel in ihrer Eingabe nicht durchschaut. (Zustimmung im Zentrum.) Eine tapferere, ungeheuerere Interessensvertretung ist mir noch nicht vorgekommen; wenn man nicht ganz unangenehm urteilt, muß man eigentlich Gegner dieser Leute werden.

Der Redner geht dann auf die Fruchtbarkeit ein, welche speziell der süddeutschen Landwirtschaft Vorteile bringt.

Aber diese Vorteile sollen die Arbeiter nicht büssen; deshalb ist im § 11 bestimmt, daß die Beteiligung eines Werkes an der Gesamtmenge herabgesetzt wird, wenn die Löhne verläßt oder die Arbeitszeit verlängert wird. Auffallend ist, daß die Industrie trotz der beschlossenen Belastung sich noch so ruhig verhält, die Herren haben wahrscheinlich schon ein Hintertürchen gefunden, das wir noch gar nicht sehen. (Weiterkeit.) Wir werden dann später die hohen Löhne noch plombieren müssen. (Weiterkeit.)

Abg. Dove (Fortf. Sp.): Der Herr Vordredner hat sehr viel mehr gegen das Gesetz als dafür gesprochen. (Sehr richtig! links.) Er sagte auch, es wäre eigentlich nicht angängig, daß die Kommission ein so gut wie neues Gesetz gemacht hat. Das war allerdings früher nicht üblich, aber neuerdings ist es ja die typische Art, Gesetze zu machen. (Sehr wahr! links.) Von den Versuchen, den Zukunftsstaat bei diesem Gesetz in die Praxis überzuführen, ist recht wenig übrig geblieben. Auch die Herren Sozialdemokraten selbst haben wenig Praktisches vorgeschlagen können. Ich meine, dieser Zukunftsstaat hat verstauchte Reifezeit mit dem Vergangenen, als die wohlwollenden Herrscher auch glaubten, alles für das Glück ihrer Untertanen zu tun. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Wir bürokratisieren damit die freie wirtschaftliche Tätigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Recht wohl ist, glaube ich, keiner Partei bei dieser Vorlage. Es handelt sich hier um Eingriffe in die verschiedensten wichtigen Interessen unter Verletzung von Grundrechten, die bisher unser wirtschaftliches Leben beherrscht haben. Wir können daher der Vorlage nicht zustimmen. (Bravo! bei der Fortf. Sp.)

Staatssekretär Sydow: Der Entwurf ist in der Kommission zwar erheblich umgearbeitet worden, aber das Ziel der Kommissionsbeschlüsse ist doch dasselbe wie das der Regierung, nämlich für möglichst niedrige Inlandspreise und dafür zu sorgen, daß die kleineren, schwachen Werke nicht über den Haufen gedrückt werden. Da es uns nicht auf die Form, sondern auf die Sache ankommt, haben wir keinen Anlaß, die Kommissionsbeschlüsse abzulehnen. Allerdings gebe ich zu, daß sie bürokratischer sind als die Regierungsvorlage.

Abg. v. Brockhausen (L) bestreitet in längeren Ausführungen, daß die Rechte sich bei diesem Gesetze ausschließlich von agrarischen Gesichtspunkten leiten lasse und schließt sich im übrigen den Ausführungen des Handelsministers in wesentlichen an. Redner begründet sodann einen Abänderungsantrag zu § 1. § 1 bestimmt, daß Kalifalze von Kallwerkbesitzern nur nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes verkauft werden dürfen. Es sei zu verlangen, daß auch die zurzeit des Inkrafttretens bestehenden Sonderfabriken den Bestimmungen dieses Paragraphen unterworfen werden. Er bitte daher um Annahme seines dahingehenden Antrages.

Abg. Dr. Körwinkel (natl.): Ich glaube nicht, daß die Kallindustrie große Freude an dem Gesetze haben wird. Solche Briefe

wie das Pamphlet des Herrn Emil Sauer an ein Mitglied der Kommission sollten durch das Reichstagsbureau nicht wieder verbreitet werden. — Die sogenannten Schmidmannverläufe waren zweifellos Verschleierungen und einer solchen Verschleierung eines Nationalprodukts nach dem Ausland muß für die Zukunft vorgebeugt werden. Als Mittel sind Ausführerzölle genannt worden; wir freuen uns, daß davon nicht mehr die Rede ist. Das Monopol würde uns eine ungeheure Schuldenlast auferlegen. So bleibt also nur die von der Regierung vorgeschlagene Zwangsgemeinschaft und die Kontingentierung. Dabon verdient der von der Regierung vorgeschlagene Weg, das Zwangshyndikat, den Vorzug; da aber hierfür eine Mehrheit nicht zu haben ist, stimmen wir der von der Kommission vorgeschlagenen Kontingentierung zu. — Man führe aus, die Kallwerkbesitzer hätten gesagt, sie würden, wenn der Entwurf Gesetz würde und die Preise sinken, die Löhne herabsenken. Das stimmt nicht. Sie haben lediglich darauf hingewiesen, daß Arbeiterentlassungen und Hand in Hand damit ein Sinken der Löhne eintreten würde. (Naja! bei den Sozialdemokraten.) Das steht genau so auch in den Motiven der Regierungsvorlage.

Trotz der mancherlei Bedenken, die wir gegen den Entwurf haben, werden wir ihm zustimmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Emmel (Soz.):

Herr Dr. Heim hat mit Recht gesagt, es werde hier ein Entwurf der Regierung beraten, der gar nicht mehr existiere. In der Kommission hat das Zentrum aber nicht diesen Standpunkt vertreten, als von der Linken verlangt wurde, daß der dort geschaffene neue Entwurf zunächst zur ersten Lesung im Plenum gelangen müsse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen an dem Standpunkt festhalten, daß es geschäftsordnungsmäßig unzulässig ist, wenn wir heute die zweite Lesung eines Entwurfs vornehmen, der im Plenum noch gar keine erste Lesung passiert hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Sache selbst anlangt, so geben wir die Notwendigkeit des gesetzgeberischen Eingreifens in dieser Materie zu. Wir können uns nicht dem Standpunkt des Herrn Dove anschließen, der die Entwidlung dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen will, sondern halten grundsätzlich im Allgemeininteresse ein Eingreifen der Gesetzgebung in wirtschaftliche Verhältnisse für berechtigt, insofern dabei die Interessen der beteiligten Arbeiter und Gemeinden gewahrt werden. Allerdings haben wir uns das Eingreifen der Gesetzgebung anders gedacht, als es nach den Kommissionsbeschlüssen vorgesehen ist. Wir haben zunächst den

Antrag auf Verstaatlichung

gestellt, weil wir nur dadurch eine wirkliche Gesundung der Verhältnisse herbeiführen zu können glaubten. Man hat dem gegenüber betont, es würden ungeheure Mittel zum Ankauf der Kallwerke, die beim Verkaufswert einer solchen Abfall in Preise steigen würden, erforderlich sein, und hat von einem Sozialismus für 8 Millionen gesprochen. Wir stehen aber durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß Spekulationspreise gezahlt werden sollten, sondern haben lediglich an eine Entschädigung des wirklich eingezahlten Kapitals gedacht. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, haben wir dann weiter die

Einführung eines Handelsmonopols

beantragt. Gegen die Schaffung eines Ein- und Verkaufsmonopols des Deutschen Reiches für alle Kalifalze wurde als Grund nur der geltend gemacht, daß im Reichstage eine Mehrheit dafür nicht zu finden sein würde. Irgendwelche sonstigen sachlichen Gründe wurden dagegen nicht vorgebracht, und die Regierung, die selbst ein Handelsmonopol gewünscht hatte, sah ruhig zu, wie dieser Antrag abgelehnt wurde. Wir sind noch jetzt der Meinung, daß bei einem solchen Handelsmonopol das Inland nur ganz mäßige Kalipreise zu zahlen brauchte, daß aber das Ausland etwas höhere Preise zu zahlen hätte, und meinen, daß durch die Preisdifferenz dazu dienen sollte, nach und nach die Kallgerechtsame abzulösen und so allmählich die Verstaatlichung herbeizuführen. Die Kommission hat nun sowohl die Verstaatlichung wie das Handelsmonopol als auch das in Regierungsentwurf vorgeschlagene Zwangshyndikat abgelehnt und ist zu einer Kontingentierung mit gesetzlich festgelegten Preisen gekommen, mit Kontingentierungen für neue Werke usw. Wir glauben nicht, daß mit diesem Gesetz das erreicht wird, was man erreichen wollte. Wenn Herr Dove meinte, die Kommissionsbeschlüsse führten zu einer Bürokratisierung der Industrie, so hätte er eben unserem Verstaatlichungsantrag zustimmen müssen, dann wäre die Bürokratie nicht so schlimm geworden. (Widerpruch bei der Volkspartei.) Wir haben schließlich der Kontingentierung zugestimmt, weil wir in ihr das kleinere Übel gesehen haben, wenn wir auch die Schwächen der Kommissionsbeschlüsse durchaus nicht verleugnen. Wir haben uns bemüht, für die Arbeiter und Gemeinden so viel zu retten, wie irgend zu retten war. In Bezug auf die Preisfestsetzung kann man es ruhig bei den Kommissionsbeschlüssen lassen. Die Bewegung der Kurse in der Kallindustrie zeigt, daß die Kallindustrie selbst nicht beschränkt, durch den Entwurf geschädigt zu werden, denn die Kurse sind er-

heblich gestiegen. Eine der blutigsten Gründungen zum Beispiel, die Gewerkschaft Hugo, notierte am 1. Januar 1909 2375, jetzt 5450 bis 5500. Wenn die Kallindustriellen feststellen veranlassen, bei denen an einem Abend 13 000 M. verbrannt werden, so kann man von einer notleidenden Kallindustrie nicht sprechen.

Unserer Anschauung nach ist die Industrie in dem Entwurf hinreichend geschützt, ebenso auch die Interessen der Landwirtschaft, der daran liegen muß, möglichst billig Kali zu Düngezwecken zu erhalten; und auch für die Gemeinden ist in gewisser Beziehung geforgt worden. Die Hauptfrage für uns war natürlich die

Fürsorge für die Arbeiter.

Wir haben diese in der Kommission zuerst angeschnitten und auf Grund unserer Anregungen sind dann die Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter getroffen worden. Leider sind unsere ursprünglichen Anträge wesentlich verschlechtert worden. Das Zentrum beantragte, die Interessen der Arbeiter in anderer Weise zu berücksichtigen, indem man sie am Gewinn der Kallgewerkschaften beteiligte. Aber schließlich sind nur die Freijüngern und Sozialdemokraten geschlossen für diesen Antrag eingetreten, während drei Mitglieder des Zentrums dagegen und nur drei dafür stimmten. Der Antrag wurde also durch das Zentrum selbst abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wie auch unser Antrag auf Schaffung von Tarifverträgen an dem Widerstand des Zentrums gescheitert ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Anregung, die von mir in der Kommission ausging, daß bei der Bemessung der Beteiligungsziffer auch die geographische Lage der Kallwerke Berücksichtigung finden sollte, ist jetzt durch einen Antrag Midlin aufgenommen, dem wir natürlich zustimmen werden. Herr Midlin hat den Antrag offenbar gestellt, weil sich die eisig-lothringischen landwirtschaftlichen Organisationen sehr entschieden für eine solche Regelung ausgesprochen haben. Wir haben davon abgesehen, neue Abänderungsanträge in unserem Sinne zu stellen, weil eine Mehrheit dafür doch nicht zu haben sein würde, müssen aber erklären, daß der im Entwurf vorgesehene Arbeiterschutz das Allermindeste ist, was wir verlangen müssen. Jede Verschlechterung dieser Bestimmungen würde es uns unmöglich machen, dem Entwurf zuzustimmen. Dem Antrag Brockhausen zu § 1 können wir aus formalen Gründen nicht zustimmen, haben aber eine andere Fassung vorgeschlagen, die daselbst bezweckt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stubbendorff (Sp.): Trotz schwerer Bedenken gegen manche Bestimmungen der Vorlage wird ein Teil meiner Freunde für das Gesetz stimmen. Für einen anderen Teil ist die Vorlage wegen der in ihr enthaltenen sozialpolitischen Zwangsmassregeln, in denen ein unbedingter Eingriff in die Freiheit der Unternehmer liegt, unannehmbar.

Präsident Graf Schwerin-Löwis teilt mit, daß der Antrag v. Brockhausen zu § 1 (Unterstellung der „Sonderfabriken“ unter das Gesetz) zurückgezogen sei.

Abg. Brandts (Pol): Wir erkennen an, daß Mißstände in der Kallindustrie bestehen, die den Wunsch nach gesetzlicher Regelung nahelegen. Das Gesetz enthält jedoch verhängnisvolle Bestimmungen, durch die schlimmste Präjudenzfälle geschaffen werden können. Wir sind Gegner der Staatsallmacht, die durch diese Vorlage befördert wird, und werden daher gegen den Entwurf stimmen, obwohl wir uns an allen Versuchen beteiligen werden, Verbesserungen zugunsten der Abnehmer und der Arbeiter in das Gesetz zu bringen.

Abg. Kölle (Wirtsch. Sp.): Wir hätten die Regierungsbekanntmachung vorgezogen. Da wir aber in Interesse des Reiches, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiter dringend wünschen, daß überhaupt etwas zustande kommt, so werden wir auch für die Kommissionsfassung stimmen. — Während die Sozialdemokratie in sehr anerkennenswerter Weise am Zustandekommen des Gesetzes mitgearbeitet hat, hat der Freijüng unter Gotheins Führung aus mancherlei Doktrinartikeln völlig versagt.

Abg. Dr. Midlin (Sf.) erklärt, die Vorlage abzulehnen zu müssen, da in ihr die Interessen Eisig-Lothringens nicht genügend gewahrt, ja geradezu zuwidergehandelt werden.

Abg. Werner (Antif.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kölle an.

Abg. Gothein (Fortf. Sp.) kritisiert es, daß ganz einseitige Berichte über die Verhandlungen der Kallkommission in der Kallindustriellenpresse mit Namensnennung erschienen seien. Redner polemisiert des weiteren gegen den Abg. Kölle.

In der ersten Lesung hat mir dann der preussische Oberberg-hauptmann v. Beilsen Beträuenbruch dorgeworfen, weil ich eine Neuerung des verstorbenen Handelsministers Wresfeld angeführt hatte. Dieser Vorwurf ist lächerlich. Denn Herr Wresfeld hat dieselbe Neuerung auch meinem Freunde Schröder gegenüber ohne jede Bindung getan. (Hört! hört!) Im übrigen meine ich, die Herren Kommissare des Bundesrats werden hierhergeschickt, um uns tatsächliche Auskünfte zu geben und nicht um gegen einzelne Abgeordnete persönliche Angriffe zu richten. (Sehr wahr! links.) Wir sehen in dem Gesetz einen bürokratisch-staatssozialistischen Erzech, den wir nicht mitmachen.

Verneker, der vor vier Jahren als gewählter Führer des Pufflebens in Königsberg starb. Die Komposition schlägt aus einer nicht eben sehr eigenartigen Dichtung von Felix Dahn viel Eigenartiges heraus, einschließlich der reichhaltigen Klavierbegleitung. Zahlreiche Solisten wirken hier sowie bei den ungeliebten (a capella) Gesängen vortrefflich mit. Daß Schumanns burleske „Romane vom Gänsefuder“ wiederholt werden dürfte, war nur ein spezielles Beispiel des Erfolges, den der Dirigent und die Seinen für so viel Wollen und Können mit Recht einheimsten. sz.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Königl. Schauspielhause findet zu ernährten Preisen vom 18. bis 30. Mai ein Zyklus von Shakespeares Königsdramen und vom 1. bis 13. Juni ein Shalensbruch-Zyklus statt. Die erwähnten Karten für den Shalensbruch-Zyklus werden nur Freitag, den 13., nachmittags 2 bis 4 Uhr, an dem Schalter I, und die für den Wildenbruch-Zyklus nur Freitag, den 27., ausgegeben. Vorbestellungen werden nicht angenommen.

— Eine Frau als Universitätsprofessorin in — Preußen. Die Zoologin Dr. Maria v. Sinden, die schon längere Zeit in Bonn an Universitätsanstalten tätig war, ist zum Professor ernannt worden.

— Orchideen-Ausstellung. Die Orchideen-Sektion des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues veranstaltet am Donnerstag, den 19., und Freitag, den 20. Mai, in den Festsälen des Preussischen Abgeordnetenhauses eine Orchideen-Ausstellung.

— Als nationale Lot wird es in der patriotischen Presse gepriesen, daß in der Walthalla, der kgl. bayerischen Privatwirthshalle bei Regensburg, in der Ludwig I. von Bayern nach eigenem Ermessen Unsterblichkeiten verteilte, nunmehr auch eine Wüste Wolkes aufgestellt wurde.

— Pears Reisebericht wird zum Herbst von der Wuch-handlung W. Saffert in Berlin (erfreulicherweise nur in einem Bande) herausgegeben werden.

Prof. Emil Kauffmann ist in Halle gestorben. Der 1841 geborene Bibelkritiker ist in weiteren Kreisen bekannt geworden durch die mit einer Reihe anderer Theologen zusammen veranstaltete wissenschaftliche Uebersetzung des alten Testaments und der sogenannten Apokryphen. Diese Ausgabe, die dem heutigen Stande der protestantischen Bibelkritik entspricht, erlaubt auch dem Laien, der sich hierfür interessiert, einen Einblick in die Bibelwissenschaft und ist die einzig brauchbare Uebersetzung.

Orient, begleitet von ihrem Günstling, dem Italiener Vergami. Als ihr Gatte 1820 auf den Thron gelangt war, bot er ihr 600 000 R. jährlich, wenn sie auf alle königlichen Rechte verzichtete und England nicht wieder betreten wolle. Statt der Antwort kam sie selbst, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen. Georg wollte sie jedoch an der Krönung nicht teilnehmen lassen, und diese schwere Kränkung warf sie aufs Krankenlager. Sie starb am 28. August 1821. Ehrentätige Gerichte, die über ihren Lebenswandel verbreitet wurden, hatten schon 1806 zu einer Untersuchung Anlaß gegeben, die jedoch resultatlos verlief. Mit Maria Fitzherbert hatte Georg schon 1803 vollständig gebrochen, weil ihn zahlreiche andere Liebchaften beschäftigten. König Georg versand sich äußerlich gefällig zu geben, war eitel und ließ sich gern den „ersten Gentleman von Europa“ nennen. Tatsächlich war er aber einer der niederlichsten Männer seiner Zeit, ein Trinker, Spieler und Wüstling, ohne jedes Schamgefühl, als Fürst und Mensch gleich niedrig in seinem Denken und Handeln. Seine Lebensführung war ein solcher Skandal, daß sein Vater ihm jede Verwendung im Zivil- oder Militärdienst verweigerte. Als Regent für seinen geisteskranken Vater ließ er sich mit den Ministern in wahre Schwärzgeschäfte ein. Ihm war es lediglich um die Mittel zum Lebensgenuss zu tun. Seine Ausbarkeiten und seine geschmacklose Genuß verschlangen ungeheure Summen. Während Teuerung und Hungerdort die niederen Klassen zu Unruhen trieben, zeigte sich bei ihm ein immer gewaltigeres Anwachsen der Schulden, was eine ungeheure Erbitterung gegen ihn zur Folge hatte.

Rußl.

Die gemischten Chöre in Berlin sind um einen neuen vermehrt worden: den Charlottenburger Chorberein. Ihn hat Dr. Richard Mannich im vorigen Winter erst ganz klein und privat zusammengebracht und jetzt — am Montag im Theatersaale der Hochschule — zum ersten Male an die Öffentlichkeit geführt. Die Männer- und Frauenstimmen vereinigen sich zu einer Gesamtleistung, deren Vorzug bei so junger Entwicklung wohl am wenigsten der Wohlklang sein kann; besonders die Soprane haben noch manche Härte und Unreinheit zu überwinden. Dieser Mangel wird einigermaßen durch das Streben nach vorzüglicher Parteilichkeit und nach deutlicher Aussprache gutgemacht. Dazu kam noch die Wahl so dankbarer und wenig abgeleiteter Chorwerke, wie es die von Robert Schumann sind, die zum Teil allerdings tüchtig zu tun geben.

Das Hauptstück des Abends war ein wie eine Robiät wirkendes weltliches Chorwerk: „Das Hebelind“ von Konstan

Kleines feuilleton.

Die Doppelheute Georgs IV. von Großbritannien. Der Namensvorgänger des neuen Königs von Großbritannien und Irland, Georg IV. (1820—1830), war, wie der italienische Historiker Clerici in der „Rivista d'Italia“ dokumentarisch nachgewiesen hat, Vigamiti. Der König zeigte schon als Prinz einen Hang zu jugendlicher Ausschweifung und Verschwendung. Er hatte sich in die strenggläubige Katholikin Maria Anne Fitzherbert bis zur Hölle verliebt und wollte sie zu seiner Geliebten machen. Die Zeit hielt aber etwas auf ihren Ruf und schlug die glänzendsten Anträge ihres Anbeters mit Entrüstung aus. Diese Niederlage versetzte den Prinzen in maßlose Aufregung; er machte einen Selbstmordversuch und tobte wie ein Wahnsinniger. In dieser kritischen Stunde eilten Leute aus seinem Gefolge zu der schönen Witwe und baten sie flehenlich, sich dem Prinzen wenigstens noch einmal zu zeigen. Maria Anne ließ sich rühren und trat an das Bett des Liebestollenen. Mählich erhob sich der Schwerverletzte und starrte ihr einen Ring an den Finger und sagte feierlich: „Ob ich nun am Leben bleibe oder sterbe, du bist fortan als meine rechtmäßige Gattin betrachtet werden!“ Bis zur völligen Genesung des Prinzen blieb Maria Anne im Palaste; als sie aber sah, daß der Prinz keine Entschlossenheit machte, sein ihr verpfändetes Wort einzulösen, entfernte sie sich heimlich aus dem goldenen Käfig. Ein ganzes Jahr ließ Georg sie suchen und als er sie endlich gefunden hatte, wandte er alle Mittel an, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Sie wäre aber trotzdem standhaft geblieben, wenn nicht ihr Beichtvater ihr eindringlich zu der Verbindung mit dem Prinzen geraten hätte: „Eine Vereinigung mit dem Thronerben“, sagte er, „kann, selbst wenn es sich nur um eine kirchliche Trauung handeln sollte, ein von Gott gebotenes Mittel sein, die Lage der irischen Katholiken etwas glänzender zu gestalten.“ Die kirchliche Trauung fand auch wirklich statt. Nach dem königlichen Ehegesetz von 1772 konnte diese heimliche Ehe für ungültig erklärt werden, und Georg ließ in der Tat, als er der Hilfe des Parlaments bedurfte, um seine ungeheuren Schulden zu decken, seine Verbindung mit der Witwe Fitzherbert auf entschiedenste Abrede stellen. 1795 willigte er in eine „Handesgenähe“ Ehe mit der Prinzessin Karoline von Braunschweig-Wolfenbüttel. Die Ehe war von Beginn an unglücklich, und das Ehepaar trennte sich schon ein Jahr nach der Hochzeit. Karoline reiste, immer von Spionen umgeben, nach Braunschweig und von dort nach Italien und dem

Handelsminister Ebdow: Herrn Gothein muß ich erwidern, daß ich nach wie vor der Überzeugung bin, er ist im Irrtum, wenn er die Ausrufung des verstorbenen Ministers Freyfeld so aufgefaßt hat, als habe dieser sagen wollen, er habe sein Amt mit dem Bewußtsein übernommen, der damit verbundenen Verantwortung nicht gewachsen zu sein! Diesen schweren Angriff zurückzuweisen, war Herr Oberberghauptmann v. Belsen durchaus berechtigt. Damit schließt die Debatte.

Abg. Gothein (persönlich): Es ist mir niemals eingefallen, den verstorbenen Minister Freyfeld anzugreifen, dessen hervorragende Eigenschaften ich immer betonen habe. In der Spezialdebatte werden eine Anzahl Paragraphen in der Fassung der Kommission nach unwesentlicher Debatte angenommen. Wenn § 8 wird der Antrag Ricklin (Eis.) auf Verdrängung der geographischen Lage bei der Festsetzung der Beteiligungsziffer abgelehnt.

Im § 9 ist bestimmt, daß ein Werk, auf welchem ein zweiter Schacht angelegt ist, einen zehnprozentigen Zuschlag zur Beteiligungsziffer erhält.

Abg. Sasse (Soz.):

Die Einrichtung eines zweiten Schachtes ist sehr zweckmäßig auch für die Arbeiter. Freilich darf der zweite Schacht nicht zu weit von dem ersten angelegt sein, um bei Unglücksfällen zur Rettung dienen zu können; allerdings darf er auch nicht zu nahe sein, wie es bei dem Unglück in Raddob der Fall war, wo sehr viel weniger Menschenleben verloren wären, wenn der zweite Schacht nicht so dicht bei dem ersten gewesen wäre. Es ist anerkennenswert, daß die preussische Regierung jetzt auf verpönlischem Wege auf die Durchführung des Zweischichtsystems dringt, und es wäre zu wünschen, daß die anderen Bundesstaaten diesem Beispiele folgen. — Sodann weise ich auf die Petition der Werke Haldungen II und Walter hin, die beide je einen Schacht haben und einen dritten gemeinsamen anlegen und nun die Vorteile der Werke mit zwei Schächten genießen wollen. — Es ist erfreulich, daß mit dem Kalisech ein Anfang gemacht ist, einen Teil der Vergütungsgebung reichsgesetzlich zu regeln. Freilich hätte die Regierung nun gleich ganze Arbeit machen sollen und ein Reichsberggesetz vorlegen, wie es der Reichstag schon wiederholt gewünscht und beschlossen hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberberghauptmann v. Belsen: Die Entferrnung der beiden Schächte zu regeln ist Sache der Bergpolizei, die jeden einzelnen Fall zu prüfen hat. — Die Petition der Werke Haldungen II und Walter verlangt Sonderprivilegien, die wir ihnen nicht gewähren können.

§ 10 regelt die vorläufigen Beteiligungsziffern.

Abg. Leber (Soz.):

Wir haben dem Paragraphen in der Kommission zugestimmt, haben aber folgenden Erweiterungsantrag gestellt, wonach der jährliche Zuwachs des Gesamtantrages so lange allein den stillstehenden Werken und denjenigen Werken zugeteilt wird, die sich zu mindestens 51 Proz im Besitz eines Bundesstaats befinden, bis diese Werke ihre volle Leistungsfähigkeit ausnützen können. Der Zweck dieses Antrages ist, zu bewirken, daß in den Einzelstaaten darauf gedrungen wird, daß die Kaliverke vom Staate übernommen werden. Im weimarischen Landtage haben wir seit Jahren darauf gedrungen, aber man wollte nicht recht an die Sache herangehen und machte vor den großen Kosten graulich. Man sprach von 80 Millionen Mark. Als wir einige Jahre später die Sache wieder anregten, handelte es sich bereits um 60—70 Millionen Mark. In solcher Weise wachsen die Werke auch in den anderen Bundesstaaten. Je eher also die Werke übernommen werden, um so besser ist es. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird der § 10 in der Kommissionsfassung angenommen.

§§ 11 bis 14 (die Arbeiterparagrafen) werden auf Antrag Que (Soz.) in der Beratung mit einander verbunden.

Abg. Brey (Soz.):

Die Wichtigkeit dieser Paragraphen nötigt mich, Ihre Geduld etwas in Anspruch zu nehmen. (Wurden recht.) — Die in Frage kommenden Paragraphen schaffen durchaus kein neues Recht für die Arbeiter, sie verhindern nur in gewisser Weise altes Unrecht, indem sie zum Abschluß von Tarifverträgen einladen und sich gegen die Vereinträchtigung der Koalitionsfreiheit wenden. Diesem Minimum von Vorteilen für die Arbeiter stehen schwerwiegende Vorteile für die Unternehmer gegenüber. Wir haben uns bemüht, größere Vorteile für die Arbeiter herauszuschlagen: aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien traten uns entgegen. Auch das Zentrum unter Müller-Fuldas Führung war sehr besorgt um die Unternehmer, herzoglich wenig um die Arbeiter. Schon die straffe Zusammenfassung der Unternehmer in eine Zwangsgenossenschaft bedeutet eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter. In der Kommission haben wir versucht, gegenüber dieser außerordentlichen Stärkung der Unternehmer durch Staatsgesetz, einige Vorteile für die Arbeiter gesetzlich festzulegen. In langwierigen Debatten trat zutage, daß sich prinzipielle Bedenken gegen unsere Anträge nicht erheben ließen. Die Gegner klammerten sich an sogenannte praktische Schwierigkeiten. Soweit solche wirklich und nicht bloß angeblich vorhanden sind, sind sie nicht derart, daß sie sich nicht überwinden lassen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aber an dem Willen haperte es eben. Mit platonischen Sympathieumgebungen waren ja die bürgerlichen Redner und selbst die Regierungsredner nicht sparlos. Aber zur praktischen Förderung der Tarifbewegung, die in der Privatindustrie so bedeutsame Erfolge erzielt hat, haben sich wohl die dänische und die bayrische Regierung verstanden. Der preussischen Regierung und Verwaltung liegt solche sozialpolitische Betätigung fern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und die bürgerlichen Parteien handelten wie die Regierung; wenigstens in ihrer Mehrzahl. Unsere Anträge wurden niedergestimmt, weil das Zentrum sich spaltete. Während Herr Erzberger für unsere Anträge stimmte, erwies sich Herr Herold hier wie anderswo als Arbeiterfeind. Er stimmte gegen unsere Anträge und brachte sie dadurch zum Fall. Das hat auch die „Kölnische Volkszeitung“ einräumen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Scharfmacher wieder an der Arbeit waren, um auch die kleinsten Vorteile für die Arbeiter zu verhindern, versteht sich von selbst. Haben wir doch heute von Herrn Stubendorff gehört, daß ein Teil der Reichspartei wegen der „sozialpolitischen“ Paragraphen gegen das ganze Gesetz stimmen würde. Der Regierung wurden von der Scharfmacherpresse die wütendsten Vorwürfe gemacht wegen ihrer angeblichen Nachgiebigkeit! Der rote Lappen wird stets geschwungen, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern Rechte zu dringen, Vorteile für die Arbeiter zu hindern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Wir stimmen für die Paragraphen, nicht weil sie uns genügen, sondern weil wir trotz aller unserer Bemühungen nicht mehr und nichts Besseres für die Arbeiter haben erreichen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Mit den Bestimmungen der Arbeiterparagrafen und der Preisfestsetzung wird unsere ganze bisherige Wirtschaftspolitik verlassen. Mit den §§ 11 bis 14 in Verbindung mit dem § 18 schlägt das Parlament und die Verbündeten Regierungen eine ganz neue bedenkliche Richtung in unserer Wirtschaftsgeschichte ein. Noch in den letzten Monaten hat der Reichskanzler einen ganz anderen Standpunkt eingenommen. Heute aber fällt er durch den Mund seines Vertreters, des Handelsministers, auf die andere Seite. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sehr richtig! bei der Fortf. (Sp.) Ich halte es für falsch, die Fürsorge für die Arbeiter in ein rein wirtschaftspolitisches Gesetz hineinzubringen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Sie möchten ja am liebsten alles verstaatlichen und sozialisieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber so weit sind wir noch nicht; wären wir so weit, dann wäre es vorher mit Deutschland aus-

(Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich bin einer der wenigen meiner politischen Freunde, die gegen das Gesetz sind und weil ich in ihm einen der gefährlichsten Schritte erblicke, die seit 40 Jahren im Reichstag gemacht worden sind. Die Bedenken gegen das Gesetz werden nicht durch die Vorteile, die der Industrie geschaffen werden, aufgehoben. Wenn die Kalindustrie wirklich geschützt werden soll, darf sie nicht so scharf belastet werden wie durch die §§ 11—14 und 18. Sie haben die §§ 11—14 und den § 18 mit den augenblicklichen Verhältnissen in der Kalindustrie begründet. Diese besonderen Verhältnisse gebe ich ohne weiteres zu. Aber andererseits sehen Sie heute schon, ehe der Entwurf Gesetz geworden ist, wohin uns solches Vorgehen führen wird. Deshalb stimmen ja auch die Sozialdemokraten für das Gesetz. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Und ein führender Abgeordneter des Reichstags will schon ähnlich in den anderen Industrien vorgehen. Ich richte das dringende Ersuchen an die Regierung und den Handelsminister, auf diesem Wege um Gotteswillen nicht weiter zu gehen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Unsere Industrie steht in erstem Kampfe nicht nur in Deutschland, sondern auch mit dem Auslande, da dürfen wir nicht durch Preisfestsetzungen nach oben hin ihr die Kehle zuschnüren. Die Löhne haben eine steigende Tendenz, da dürfen auch die Preise nicht nach oben hin gebunden werden. Schlagen Sie die Industrie tot, dann schlagen Sie auch den Arbeiter tot. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich fordere den Handelsminister auf, energisch Stellung zu nehmen gegen jeden Versuch, diese erste Lösung des Problems auf andere Industrien zu übertragen. Vielleicht schon in der nächsten Reichstagsession, bei der Reichsversicherungsordnung und beim Heimarbeitergesetz, werden derartige Versuche gemacht werden, aber ich warne den Minister dringend, diesen Weg weiter zu beschreiten, denn dann ist es mit Deutschland zu Ende. (Beifall links. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Ebdow: Mit dem Grundtag, Preispolitik und Sozialpolitik nicht zu verquiden, bin ich einverstanden. Trotzdem bitte ich um Zustimmung zum § 11, weil es nicht gerecht und billig wäre, daß die Herabsetzung der Preise in der Kalindustrie auf die Arbeiter abgewälzt wird. Daß wir das nicht zulassen, bildet kein Präjudiz für andere Fälle.

Auf Antrag des Abg. Fegter (fortf. Sp.) wird die Debatte über § 18, der die Festsetzung der Verkaufspreise enthält, mit der Debatte über §§ 11—14 verbunden.

Abg. Dr. Köstke (S. d. L.) wendet sich gegen die Aufnahme der sozialpolitischen Bestimmungen, die ein Ausnahmengesetz darstellen. Die Sozialdemokraten könnten auch noch Ablehnung dieser Bestimmungen nicht gegen das ganze Gesetz stimmen, denn das Richtzustandekommen des Gesetzes würde den Ruin der Kalindustrie und damit auch der in ihr beschäftigten Arbeiter bedeuten.

Abg. Behrens (Wirtsch. Gg.): Für Tarifverträge ist die Voraussetzung das Vorhandensein einer Organisation; gerade daran fehlt es in der Kalindustrie und deshalb waren die in der Kommission gestellten Anträge der Sozialdemokraten praktisch undurchführbar. Die Vorwürfe gegen mich, daß ich diesen Anträgen nicht zustimme, sind also ganz ungerechtfertigt.

Abg. Fegter (fortf. Sp.) befürwortet einen Antrag auf weitere Herabsetzung der Preise im § 18 und kritisiert es scharf, daß in der Kommission auch Kalinteressenten mitgewirkt hätten. Es müsse im Lande auch der Schein vermieden werden, als ob Abgeordnete nicht einzig und allein aus sachlichen Motiven ihre Stellung einnehmen. (Bravo! links.)

Abg. Vogel (natl.) wendet sich gegen den Antrag Fegter.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Für einen Teil meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß auch wir erhebliche Bedenken gegen den § 18 haben und nur deshalb für ihn stimmen, weil sonst das Gesetz nicht zustande kommt, das für die Industrie, die Landwirtschaft und die Arbeiter notwendig ist.

Abg. Gothein (fortf. Sp.) verteidigt den Antrag Fegter und wendet sich nochmals gegen den Grundgedanken des Gesetzes und gegen die reichsgesetzliche Festlegung der Preise.

Abg. Schiffer (S.): Die freie Konkurrenz, die Herr Gothein will, bedeutet die Vernichtung der kleinen und mittleren Existenzen und deshalb verlangen wir ein gesetzliches Eingreifen. Die Angriffe der Sozialdemokraten gegen meine Freunde sind unberechtigt, wir haben das Erreichbare genommen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Que (Soz.):

Der Regierungsentwurf enthält die sehr wesentliche Lücke, daß für die Arbeiter gar nicht gesorgt wurde, und gegen diese Lücke hatte Herr Gothein prinzipiell nichts einzuwenden. In der Kommission haben seine Freunde einen Antrag gestellt, der so recht zeigte, wie die Herren über Sozialpolitik denken. Als es sich darum handelte, daß infolge der Quotenübertragung Arbeiterentlassungen eintreten werden, hatten wir beantragt, den davon betroffenen Leuten eine Entschädigung zu geben. Die Freisinnigen dagegen haben lediglich den Antrag gestellt: „Quotenübertragungen sind gestattet!“ Und das zu einer Zeit, wo wir zufolge der Vorgänge im Ruhrgebiet ein reiches Material zur Beurteilung der Rücksichtslosigkeit der Reichen hatten, wo schon Hunderte von Arbeitern infolge der Quotenübertragung entlassen waren; zu einer solchen Zeit stellen Sie diesen Antrag, der keine Einschränkung der kapitalistischen Willkür und Profitsucht zulassen wollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darin kam Ihr Charakter in bezug auf Sozialpolitik zum Ausdruck. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gothein hat uns gewarnt, dem Gesetze zuzustimmen. In der Kommission hat er uns sogar den seligen Marx zitiert und uns zugerufen, Marx würde sich angesichts unseres Verhaltens im Grabe umdrehen. Aber wenn irgend etwas unser Verhalten begründet, so sind es die Reden der Kollegen Weber und Gothein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir aufgefallen, daß Herr Gothein, was ihm sonst fern liegt, sich die Argumente der Scharfmacher zu eigen machte, um gegen das Gesetz Sturm zu laufen. „Man soll sich vor den Konsequenzen hüten“, ruft er aus, also ganz dasselbe, was auch der Zentralverband der Industriellen sagt. Wir wollen die Konsequenzen ruhig der Zukunft überlassen; aber die Konsequenzen, die die Kollegen Gothein und Weber zelebren, nötigen uns zur Zustimmung. Wenn die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in das Gesetz nicht hineingekommen wären, so hätten Sie noch 14 Tage oder drei Wochen nach Pfingsten hier sitzen können, und das Gesetz wäre nicht verabschiedet worden. So liegen die Dinge. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind hier als die Vertreter der Armen und Unterdrückten, und wir ergreifen jede Gelegenheit, um für die Armen und Unterdrückten etwas herauszuholen und darin werden wir fortfahren im Interesse der Allgemeinheit gegen die Willkür des Kapitalismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (fortf. Sp.): Als der Antrag der Sozialdemokraten in der Kommission noch gar nicht vorlag, haben wir uns schon in jeder Weise bemüht, das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen. Auch heute habe ich erklärt, daß wir für die §§ 11—14 stimmen werden. Die Angriffe des Abg. Que sind mir daher unverständlich. Damit schließt die Debatte. Die §§ 10 bis 14 und § 18 werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso die §§ 15 bis 17. Bei § 19, der dem Bundesrat die Befugnis gibt, den Abnehmern größerer Mengen Kalisalze einen entsprechenden Absatz zu gewähren, beantragt

Abg. v. Brodhause (L.) statt des Sachbes in diesem Paragraphen: „Allen Abnehmern steht es frei, sich zur Erlangung vorstehender Abzüge zur Vereinigung zusammenzuschließen“, die Worte zu setzen: „Verträge zwischen Kaliverksbesitzern und Abnehmern dürfen keine Bestimmungen enthalten, die den Zusammenschluß von Abnehmern zu rechtlichfähigen Vereinigungen verhindern oder verbieten“.

Abg. Seine (Soz.):

Ich bitte Sie, diesen Antrag, der nur reaktionell aussieht, aber tatsächlich das, was die Kommission beschlossen hat, im wesentlichen wieder aufhebt, abzulehnen. Die Kommission hat grundsätzlich die Händler den anderen Abnehmern gleichgestellt. Wenn nun der Antrag von rechtlichfähigen Vereinigungen spricht, so will er damit offenbar die Möglichkeit aufrecht erhalten, solche Vereinigungen, die nicht rechtlichfähig sind, die Konfiskation zu hinterziehen. Ein Verein, der wirtschaftliche Zwecke verfolgt, und das ist die Erlangung billigerer Preise, kann nur dann die Rechtlichfähigkeit erlangen, wenn er sich in der Form einer Aktiengesellschaft, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft oder G. m. b. H. bildet, nicht aber, wenn er eine offene Handelsgesellschaft ist. Man will also offenbar es Händlern unmöglich machen, sich zusammenzuschließen, um günstigere Bezugsbedingungen zu erzielen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Brodhause (konf.): Es handelt sich bei dem Antrag nur darum, daß die Kaliverksbesitzer in die Lage versetzt werden sollen, nur mit rechtlichfähigen Personen Verträge abzuschließen, ob es nun Händler sind oder nicht, ist gleich.

Abg. Seine (Soz.):

Nicht darum handelt es sich, mit wem Kalilieferanten Verträge abschließen, sondern darum, ob sie es festsetzen dürfen, daß an nicht rechtlichfähige Vereine nicht mehr geliefert werden soll. Ich möchte die Regierung fragen, wie sie sich zu dem Antrage stellt.

Staatssekretär Ebdow erwidert, daß der Regierung gleich sei, ob der Antrag angenommen würde oder nicht.

Der Antrag v. Brodhause wird abgelehnt, § 19 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die nächsten Paragraphen werden debattelos angenommen. § 23 regelt die Abgaben der Kaliverksbesitzer bei Uebererschreiten der zugewiesenen Absatzmenge von Kalisalzen. Hierzu liegt ein Antrag Dr. Bärwinkel (natl.) vor, die Abgaben für Lieferungsverträge vor dem 17. Dezember 1906 zu ermäßigen.

Abg. Gothein (fortf. Sp.) erklärt, die Behauptungen in der Presse, daß er an dem Kaliverk Albersleben entweder selbst oder durch seine Verwandtschaft interessiert sei, für vollständig erfunden und wendet sich dann unter großer Unruhe der Rechten und des Zentrums gegen die Anträge, welche die Bestimmungen über das Ueberkontingent überhaupt auf frühere Verträge anwendbar machen, und fragt, ob Amerika nicht dagegen Vorstellungen erhoben habe.

Staatssekretär Ebdow erklärt, über die vertraulichen Verhandlungen mit Amerika nicht Auskunft geben zu können. Wir werden uns von den Grundätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit leiten lassen.

Abg. Albrecht (Soz.):

Nachdem das Monopol abgelehnt war, haben wir für die Konfiskation gestimmt und müssen demgemäß auch für die Abgaben für das Ueberkontingent stimmen. Der § 23 ist aber doppeldeutig, er will nicht nur diejenigen bestrafen, die in Zukunft gegen das Gesetz verstoßen, sondern die dagegen verstoßen haben, bevor es gemacht war. Wenn wir uns dagegen wenden, wollen wir nicht die Interessen von Herrn Schmidtmann wahren, sondern die der Arbeiter und Gemeinden, die allerdings gefährdet werden, wenn große Arbeiterentlassungen eintreten, falls durch Anwendung der Bestimmungen auf früher geschlossene Verträge etwa die Firma Schmidtmann die Produktion erheblich einschränken müßte.

Abg. Dannenberg (Welfe) begründet einen Antrag, die Bestimmungen nur auf effektive Lieferungsverträge anzuwenden, nicht auch auf Optionsverträge, wie die der Firma Schmidtmann.

Abg. Que (Soz.): Im Interesse der Würde des Parlaments will ich darauf aufmerksam machen, daß vor Herrn Dannenberg noch kein an Kaliverken interessiertes Mitglied hier das Wort genommen hat. Herr Dannenberg ist aber der allerletzte, der nach den Erfahrungen, welche die Käufer der Kupfallein gemacht haben, hier Vorwürfe machen dürfte. Wir haben alle Ursache, hier kein Panama aufkommen zu lassen, und dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht zu einer Schacherbude herabgewürdigt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Diesen Vorwurf dürfen Sie einem Abgeordneten nicht machen.

Abg. Que (fortf. Sp.): Auch in der Kommission haben wir sachlich verhandelt, und nur einmal gerieten wir persönlich aneinander, als nämlich Herr v. Dannenberg sich ganz unberufenweise an einer Zusammenkunft beteiligte, und die Interessen eines ihm nahestehenden Herrn vertrat. (Auf recht: Unterschämtheit!)

Damit schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dannenberg (Welfe): Herr Que griff mich bei jener Zusammenkunft bereits an, bevor ich gesprochen. Der Vorstehende Herr Dove erklärte mir, ich hätte ein Recht, an der Zusammenkunft teilzunehmen. Die Gründung, an der ich beteiligt bin, ist 14 Jahre alt, sie ist keine faule Gründung, sondern befindet sich längst im Syndikat und gilt als eines der besten Werke.

Abg. Dove (fortf. Sp.): Es handelte sich nicht um eine Kommissionsfassung, sondern um eine freie Zusammenkunft der Mitglieder. Als Herr Dannenberg mich fragte, ob auch Nichtmitglieder daran teilnehmen dürfen, bejahte ich das. Daher persönlich interessiert war, wußte ich nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Que (Soz.) stellt die Darstellung des Abg. v. Dannenberg richtig.

§ 23 wird mit dem Antrag Bärwinkel angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Auf Antrag Spahn (S.) wird ohne Widerspruch beschlossen, gleich die dritte Lesung vorzunehmen. (Der Reichskanzler ist im Saale erschienen.)

Auf Antrag Heim (S.) wird das Gesetz gegen die Stimmen der Freisinnigen und Polen en bloc angenommen.

Der Präsident erhält die Vollmacht, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Abg. Dr. Fieber (natl.) spricht dem Präsidenten den Dank für seine Geschäftsführung aus. (Lebhafte allseitige Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis dankt dem Vordrucker für seine Worte und dem gesamten Hause für die Unterstützung, die es ihm in seiner Geschäftsführung gewährt habe. (Allseitiger Beifall.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg verliest die Botschaft, wonach der Reichstag bis zum 8. November vertagt wird.

Präsident Graf Schwerin-Löwis bringt, während die Sozialdemokraten den Saal verlassen, das Kaiserhoch aus.

Schluß: 10 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Justizkommission des Reichstages

beschloß, mit ihren Berichten bereits morgen, Mittwoch, zu beginnen. Es soll dann am Donnerstag noch eine Sitzung abgehalten werden, dann sollen die Pfingstferien eintreten und die Sitzungen am 28. Mai wieder beginnen. Sie werden dann bis zum 10. Juli fortgesetzt, um im Herbst wieder aufgenommen zu werden. Die Beratung der Strafprozessordnung wurde sodann beim § 58 fortgesetzt. Dieser Paragraph gibt dem Zeugen, der das Zeugnis verweigern darf, das Recht, einen Verzicht auf dieses Zeugnisverweigerungsrecht während oder nach der Vernehmung wieder zurückzugeben. Dann darf die Aussage im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden. Nach einem nationalliberalen Antrag sollten in diesem Verzichtsfalle auch die Protokolle über solche Aussagen keine Verwendung mehr finden dürfen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Ueberrmäßige Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft

Kam vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Sprache. Der von der Lageristin Frida S. verlagte Fahrradhändler Willy Hausherr hatte die Klägerin ohne weiteres entlassen, weil sie angeblich in der Erledigung ihrer Arbeiten unordentlich gewesen war und auf der Post beim Paketforttragen mit den Hausdienern gestritten habe. Die Lageristin mußte, wie die Verhandlung ergab, für das Riesengehalt von 35 M. monatlich den Tag über bis abends um 9 und 1/2 Uhr angestrengt arbeiten, so daß sie, wie der Vater bezeugte, erst gegen 11 Uhr nachts nach Hause kam. Als sie einmal zwei Tage krankheitshalber fehlte, wurde ihr der entsprechende Betrag vom Gehalt abgezogen. Das beklagende junge Mädchen versicherte glaubwürdig, daß sie gewöhnlich nicht Anlaß zum Liebäugeln gegeben habe. Wenn sie aber als junges Mädchen vom Tisch dazu angehalten werde, abends im Gedränge der Paketpost mit jungen Männern eng zusammen zu stehen, so könne man sie doch nicht für rohe Scherze einzelner Leute verantwortlich machen. Auch bei Ausübung der Lagerarbeit habe sie sich immer die größte Mühe gegeben.

Nach eingehender Beweisaufnahme verurteilte das Kaufmannsgericht den Beklagten, das Restgehalt von 87,50 M. zu zahlen. Es war in Betracht zu ziehen, daß S. ausschließlich mit jugendlichem weiblichem Personal arbeitet, das er noch zudem schlecht bezahlet. Unter diesen Umständen kann er auch an die Arbeitsleistungen keine allzu hohen Anforderungen stellen. Die Entlassung der Klägerin war zu Unrecht erfolgt.

Unseres Erachtens hätte das Kaufmannsgericht zur Verurteilung auch ohne Beweisaufnahme gelangen können. Bei einem Lohn von 35 M. können gute Leistungen nicht beansprucht werden.

Aus der Frauenbewegung.

Rücksichtslose Entlassungen von Arbeiterinnen.

Der gegenwärtige Kampf im Baugewerbe zieht weite Kreise der Arbeiter in Mitleidenschaft. Die Aussperrung dient als Anschauungsunterricht darüber, wie sehr das gesamte Unternehmertum einzig in der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Und die schädlichsten Mittel kommen dabei in Anwendung. Die Aussperrungswut der Bauherren trägt zudem auch wieder ihr Teil dazu bei, das Familienleben vieler Arbeiter zu zerstören. Nicht allein, daß bei Tausenden von Familien Schmalhans Küchenmeister sein muß, weil es dem Unternehmertum gefallen hat, den Mann

arbeitslos und somit auch brotlos zu machen und auf diese Weise die Frau in die Erwerbsarbeit hineinzutreiben, die Macht des Unternehmertums geht so weit, Frauen, die in Textilfabriken arbeiten, einfach aufs Straßenpflaster zu setzen, weil ihre Männer ausgeperrt worden sind. Mögen die Interessen einzelner Kapitalistengruppen auch häufig auseinandergehen, an gewissen Punkten treffen sie immer wieder zusammen. Die Solidarität, wenn auch nicht immer ganz edlen Motiven entspringen, ist bei dem Unternehmertum stark entwickelt. Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen jedoch sind kurzfristig genug zu glauben, wenn das Kapital mit einer Kategorie von Arbeitern, der sie selbst nicht angehören, in Konflikt gerate, dann bestreite für sie keinerlei Gefahr. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Bei plötzlichen Entlassungen kann dann stets die Tatsache konstatiert werden, daß viele Frauen nicht organisiert sind. Die Männer gehören vielleicht schon längst ihrer Berufsorganisation an, haben für sie gestrebt und gearbeitet, so weit haben sie es aber nicht gebracht, daß ihre Frauen oder erwachsenen Töchter sich ebenfalls der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Es räche sich schon manchmal recht bitter, wenn die Frau kein Verständnis für die Interessen der eigenen Klasse hatte, die Situation wird aber noch weit schlimmer, wenn Mann und Frau erwerbslos werden. Die beste Waffe gegen alle Unternehmertumswut ist die Organisation der Arbeiterklasse. Genossinnen, Frauen des Proletariats, lernt diese Waffen gebrauchen!

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 11. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geschlössen.
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.
Neues königl. Operntheater. Don Juan.
Deutsches. Sumurun.
Kammerspiele Wiener Hoftheater. Alhambra, Brüderleinlein, Goethe. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Der Flieger.
Belling. Antis der Narr.
Kleines. Lutzowzug.
Berliner. Lulu.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Theodora u. Cie.
Residenz. Das Nachtsicht.
Thalia. Die lieben Otos.
Heddel. Frau Barrens Gewerbe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Westen. Langhans.
Romische Oper. Tiefenland.
Schiller O. Wagner Theater. Die Katakomben.
Schiller Charlottenburg. Japfenstreich.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Al-Helbelberg.
Volksoper. Rigoletto.
Luisen. Die Welt ohne Männer.
Die. Des Mädchens Lebensweg.
Puppenspielhaus. Das Leinwandmündel.
Metrovol. Gallo II — Die große Revue.
Folies Caprice. Ein verschwiegenes Atelier. Eine gründliche Kur. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Berlin bei Nacht.
Gebr. Herrnsfeld. Wenn zwei dasselbe tun. Das starke Stück.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Faberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Landstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Der Halleysche Komet.
Sternwarte. Anvalidenstr. 57—62.

Volksoper.
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Rigoletto. (Gastspiel.)
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtsicht.
Schwank in 3 Akten v. M. Jarnacold.
Darauf: **Der selbige Oktave.**
Grotteske in 1 Akt von J. Straube und Henry Grotoule.
Sommerpreise ab 7. Mai.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung bis 16. Mai (Saisonchluss).
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Welt ohne Männer.
Volksstück in 3 Akten von Alex. Engel und Julius Hort.
Donnerstag: Die Welt ohne Männer.
Freitag zum erstenmal: Die Welt ohne Männer.
Apollo Theater
8 Uhr: Programm der Attraktionen!
Mahara.
indische Tempelgängerin mit ihren lebenden Riesenschlangen.
Louis de Vriendt als August.
Der Sängerkrieg auf dem Hünerhof.
Parodie auf „Chantecleer“, aufgeführt von Familie Schwarz.
Mit neuem Repertoire.
20 englische Sachstücke 20 u. a. m.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Köllner-Theat.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav David.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Herrnsfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. u. 4. 5083.
Sensationserfolg
Herrnsfeld-Schlagers
Wenn zwei dasselbe tun.
Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten mit den Autoren i. d. Hauptrollen u. **Das starke Stück.**
Schwank von Julius Dorn.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr. (Theaterkasse.)

Passage-Panoptikum.
Die heiligen Fakire
in ihren Wunderproduktionen.
!! Lebend !! Atom
der kleinste Mensch der je gelebt.
Buddhas Wandertafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Königstadt-Kasino.
Folsmarktstrasse 72.
Täglich:
Wayer mit'm ?
Kasse in 1 Akt.
Franz Meißner und das neue Programm.
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.
Anf. 1/2, 8 Uhr. Sonnt. 1/2, 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 15. Mai 1910:
Eröffnung der Sommersaison
Konzert, Theater und Spezialitäten.
Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
Neuer buntes Zell.
Ein verschwiegenes Atelier.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Strasse 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Freitag:
Berlin bei Nacht.
Ab Sonnabend:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.
Montag 4 Uhr: Trudchens Sommerreise.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntag 50 Pf., Dauerf. 6 M.

Städtebau-Ausstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule, Hardenbergstrasse 33.
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze.
Kunst a. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt Vororte. Gartenstädte.
Arbeitswohnungen. Groß-Berlin.
11. Mai: Prof. Blum, Hannover: „Der Verkehr, die Grundlage des künftigen Groß-Berlin.“ (Lichtbilder).

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Direktor Dr. P. Schwahn:
Der Halleysche Komet
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Das neue Varieté-Programm!
Die Affen-Familie Mayer und die übrigen Spezialitäten.
Theaterl. ununterbrochen geöffnet.
LUNA-PARK
TERRASSEN
HALENSEE
Gründer Vergnügungspark des Kontinents. Eröffnung 14. Mai.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Meysel
Anfang wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Wilhelm Hagenbecks
größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde
Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Strasse
Ecke Linien-Strasse
Nähe Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Tägl. vorm. von 10—12 1/2 Uhr: Besichtigung, Probe u. Fütterung.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotorjan, Inhab.: Rud. Morz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9359.
Lebende Photographien.
Bogenstr. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 50 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorverkaufskarten nur Bogenstr. 30 gültig.
25 Pf. auf allen Wägen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Achtung! Achtung!
Diez' nur Seeterrasse Lichtenberg
Röderstr. 11/13. Zwischen Landberger Allee u. Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. 50 000 Pers. fassen. m. großem See. — Bel ungenüht. Bitterung Schutz für 8000 Pers.
Ab 1. Pfingstfeiertag täglich:
Ob schön, ob Regen! Gr. Konzert.
Musik d. besten Turmfunkler d. Welt The Lepolis, (wie d. neuesten u. größten Sensationen d. Gegenwart: Die Raie um die Erde in 1 Sekunde: Salto-mortale. 10 Meter Höhe mit dem Fahrrad in den See. Heberfahren eines lebenden Menschen mit Motorad im Höllentestfel. Victor Ritter mit seinem Sensationschlag „Der Komet kommt“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins. — Riesen-Saub. u. Wasser-Neuerwert.
15 Ruderboote. Riesen-Kaffeeische. 4 verbede Regelbahnen. Volksbelustigungen ab. Anf. 3 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertage: Gr. Frühkonzert u. Vorstellung Sämtliche Sensationen u. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Früh und nachmittags: **Tanz.**
Bereinen und Gesellschaften täglich unter günstigen Bedingungen zur Verfügung. 54742
Um zahlreichen Zuspruch bitten wir die Damen. Diez.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Antis der Narr.
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.
Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
8 Uhr: Taubstumm.
Sonnt. u. Montag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr:
Alt-Heidelberg.
Donnerstag: Kavaliere.
Freitag: Der Raub der Sabinen.
Sonnabend: Al-Helbelberg.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
1. und 2. Pfingstfeiertag, nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leinwandmündel
ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Des
Mädchen Lebensweg.
Ausstattungsstück in 4 Akten (12 Bild.) v. W. Melville.
Morgen u. Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Sonnabend zum erstenmal: **Die Schmuggler.**

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Prinz Charles
der Affe mit Menschenkultur.
Rosina Casselli
mit ihren Miniatur-Wunder-Händchen und das von Publikum u. Presse glänzend beurteilte **Mai-Programm.**
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Sterne des Humors
Claire Waldoff
Willi Prager
und das große Varieté-Programm!
Karl Haverland
Anfang Theater. präg. 8 II.
77/79 Kommandantenstrasse 77/79.
Täglich nur eraktl. Spezialitäten.
Das wunderbare **Mai-Program.**
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Ball.**

Internationale Flug-Woche
10—16. Mai täglich von 3 Uhr nachm. an.
12 Flieger — 75 000 Mark.
Heute, zweiter Tag:
Frühpreis, Dauerflug-, Landungs-, Gleitflug- und Passagierpreis.
Tageskarte 0,50 M. bis 10 M. an den Flugplatzkassen.
Vorverkauf: M. 0.49 bis M. 9.— bei A. Wertheim, Invalidendank, Loeser & Wolff.
Achtung! Ob weiße, schwarze oder rote Flaggen in den Schaufenstern von **Loeser & Wolff.**

Inserem langjährigen Gesangsleiter und Vorsitzenden
Gottlieb Rühlicke
 die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 50jährigen Geburtstag.
 Gesangsverein Vorber Franz.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 des
2. Berl. Reichstagswahlkreises.
 143. Bezirk.
 Am 8. Mai verstarb unser Mitglied, der Stellvert.
Georg Richter
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Friedhof, Mariendorfer Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 Kreis Nieder-Barnim
 Bezirk Franz-Buchholz.
Todes-Anzeige.
 Am 9. Mai verstarb nach kurzem Leiden unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Jürgens.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem Franz-Buchholzer Friedhofe statt.
 Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht
 233/10 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Tilsner
 am 7. Mai gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Siedow-Krankenhaus aus nach dem neuen Friedhof in der Seestraße statt.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler
Georg Tietze
 am 2. Mai gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Fummelsburger Gemeindefriedhofes (Nieder Weg) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 83/10 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
 (E. H.) Filiale Rixdorf.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Albert Schulz
 am 6. Mai verstorben und am 9. Mai zur letzten Ruhe gebettet wurde.
 Ehre seinem Andenken!
 257/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Portefeuller
Max Biehl
 am 8. d. M. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobifriedhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erbetet
 156/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bohrer
Kurt Löffler
 am 7. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobifriedhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erbetet
 Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Textilarbeiter.
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Schreinerin
Elsa Becher
 am 9. Mai gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Nieder-Schöneweide aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 197/8 Die Geschäftsleitung.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, Mutter und Großmutter
Johanna Richter geb. Schmidt
 im 52. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager am Sonntag verschieden ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
 Der trauernde Gatte
Karl Richter, Vater, nebst Kindern.

Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß Sonntagabend 7 1/2 Uhr meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Großmutter
Auguste Plesse geb. Branigh
 nach kurzen, aber schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Charlottenstr. 21 aus nach dem Schöneberger-Friedhof in Nordenb. (Paul Gerhardt-Gemeinde) statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen
Vater Gottlieb Plesse nebst Kindern.

Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Schaller, Anna geb. Wuttig
 Seefstraße 9 (Bezirk 5) nach langem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung hat am 10. Mai bereits stattgefunden.
 75/2 Die Ortsverwaltung.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche mir bei der Beerdigung meines herzensguten Mannes, der durch Unglücksfall sein Leben verlor, die Ehre der Teilnahme erwiesen, sage ich hiermit nochmals meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Anna Lüdke,
 geb. K o s i m e r, Friedenstr. 109.
 Allen denen, die meinem lieben Mann, unserem Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Fritz Pennecke
 das letzte Geleit gegeben haben, besonders dem Herrn Steinlehmmeister Bidel jun. und seinen Kollegen meinen herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Anna Pennecke und Kinder.

Wir sagen allen Vereins- und Verbandskollegen sowie Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank für die Teilnahme bei dem Begräbnis unseres Schwagers
Karl Müller.
 Die Schwägerinnen: Marie Becker, Emilie Kiegel geb. Schwandt.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Soeben erschienen:
Deutsche Geschichte
 vom
 Ausgange des Mittelalters.
 Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende.
 Von
Franz Mehring.
 Erster Teil.
 Preis 1,25 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige daraus Anzüge od. Paletots nach Mass, schnell, sauber, zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Schaller, Anna geb. Wuttig
 Seefstraße 9 (Bezirk 5) nach langem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung hat am 10. Mai bereits stattgefunden.
 75/2 Die Ortsverwaltung.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche mir bei der Beerdigung meines herzensguten Mannes, der durch Unglücksfall sein Leben verlor, die Ehre der Teilnahme erwiesen, sage ich hiermit nochmals meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Anna Lüdke,
 geb. K o s i m e r, Friedenstr. 109.
 Allen denen, die meinem lieben Mann, unserem Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Fritz Pennecke
 das letzte Geleit gegeben haben, besonders dem Herrn Steinlehmmeister Bidel jun. und seinen Kollegen meinen herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Anna Pennecke und Kinder.

Wir sagen allen Vereins- und Verbandskollegen sowie Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank für die Teilnahme bei dem Begräbnis unseres Schwagers
Karl Müller.
 Die Schwägerinnen: Marie Becker, Emilie Kiegel geb. Schwandt.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Soeben erschienen:
Deutsche Geschichte
 vom
 Ausgange des Mittelalters.
 Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende.
 Von
Franz Mehring.
 Erster Teil.
 Preis 1,25 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige daraus Anzüge od. Paletots nach Mass, schnell, sauber, zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß unsere Kollegin, die Schreinerin
Elsa Becher
 am 9. Mai gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Nieder-Schöneweide aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 197/8 Die Geschäftsleitung.

Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, Mutter und Großmutter
Johanna Richter geb. Schmidt
 im 52. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager am Sonntag verschieden ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
 Der trauernde Gatte
Karl Richter, Vater, nebst Kindern.

Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Schaller, Anna geb. Wuttig
 Seefstraße 9 (Bezirk 5) nach langem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung hat am 10. Mai bereits stattgefunden.
 75/2 Die Ortsverwaltung.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche mir bei der Beerdigung meines herzensguten Mannes, der durch Unglücksfall sein Leben verlor, die Ehre der Teilnahme erwiesen, sage ich hiermit nochmals meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Anna Lüdke,
 geb. K o s i m e r, Friedenstr. 109.
 Allen denen, die meinem lieben Mann, unserem Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Fritz Pennecke
 das letzte Geleit gegeben haben, besonders dem Herrn Steinlehmmeister Bidel jun. und seinen Kollegen meinen herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Anna Pennecke und Kinder.

Wir sagen allen Vereins- und Verbandskollegen sowie Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank für die Teilnahme bei dem Begräbnis unseres Schwagers
Karl Müller.
 Die Schwägerinnen: Marie Becker, Emilie Kiegel geb. Schwandt.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Soeben erschienen:
Deutsche Geschichte
 vom
 Ausgange des Mittelalters.
 Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende.
 Von
Franz Mehring.
 Erster Teil.
 Preis 1,25 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige daraus Anzüge od. Paletots nach Mass, schnell, sauber, zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

Responsible Editor: Richard Barth, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Str. 17-18 Veteranen-Str. 1-2

Angebot weit unter Preis!

Wir empfehlen Ihnen dringend, diesen besonders günstigen Gelegenheitskauf eiligst auszunutzen, denn die hier angebotenen Kostümröcke sind nur ganz moderne, frische Ware aus guten reellen Stoffen.

Alpaka - Panzer - Faltenröcke	jetzt 5.75
Prima Qualität, marine oder schwarz, vorzügliche Verarbeitung. Wert 8.50	
Alpaka - Faltenröcke	jetzt 6.75
in hellen Farbentönen, gestreift oder glatt. Wert 10.50	
Reinw. Fischgrät - Cheviotröcke	jetzt 6.75
nur schwarz, in moderner Verarbeitung. Wert 10.75	
Seidenmohair - Frauenröcke	jetzt 12.75
nur marine, ganz gefüttert, Wert 18.75	

Mittwoch und Donnerstag:
Doppelte Rabattmarken*

* Mit Ausnahme einiger Artikel.

12-15000 Stück Frühjahrs- und Sommer-Konfektion

passend für Reine, Land, Gebirge, Strand etc. darunter hochvornehme, aparte Mäntel u. Kostüme verkauft

Westmann

Mohrenstrasse 37a Grosse Frankfurterstr. 115
 nahe Jerusalemer Strasse nahe Andreasstrasse

bis **Pfingsten** mit **50 bis 60 Prozent** teilw. Preisermässigung!

Es befinden sich darunter:

Reisekostüme	Preis	Reisemäntel
Gebirgspelerinen	früh. teilw. 14.-	Reisecepapes
Promenadenkleider	jetzt 6.-	Hotelmäntel
Kimonos	15.-	Beduinen
Röcke	22.-	Blusen
	26.-	
	34.-	
	46.-	
	59.-	
	65.-	

u. s. w. u. s. w.

Hochvornehme aparte Mäntel und Kostüme bis Mk. 300.-
 Gratis 2 1/2 Meter Stoff zu einem Rock bei Einkauf von nur M. 12.- an

Trauer-Westmann (zusätzlich geschätzt)
 Extra-Abteilung f. fertige Trauerkleider, Blusen, Hüte, Schleier etc.

Kufeké
 -Kinder-nahrung
 Hervorragend bewährte Nahrung.
 Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Kredit
 Monatl. 10 M. liefert eleg. Herrengarderobe n. Maß (billigste Preise) Schneidermeister, J. Tomporowski, Lindenstr. 110.
 Kasse 10 Proz. Rabatt.

20 000 Pfund fette Schollen

(1 bis 4 Pfund schwere Fische) sind heute in lebendfrischer Ware eingetroffen. Wir verkaufen dieselben von heute ab, soweit der Vorrat reicht, pro Pfund zu **25 Pf.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands
 Hauptgeschäft: **Berlin C., Bahnhof Börse**
 Verkaufsstellen:
 C.: Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 N.: Invalidenstraße 131.
 NO.: Landsberger Str. 52-53.
 O.: Gr. Frankfurter Str. 85.
 O.: Madaistraße, Bogen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber).
 S.: Prinzenstraße 94.
 NW.: Turmstr. 73.
 Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 111.
 Augsburg: Augsburg Str. 18.
 Schöneberg: Akazienstr. 31.
 Steglitz: Schloßstr. 121.
 Zehlendorf: bei Karl Schöls, Grunewald-Allee 2.
 Fernsprecher 1179.
 Tegel: Treskowstr. 15.
 Weißensee: Langhansstr. 143.
 Tel.: III. 8504.
 Tel.: III. 2784.

Eigener Seehafen.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Zigarren, garantiert alte, gute Ware, rein überseisch, in allen Preislagen von M. 3.50 an, auch halbe Stücken. Proben zum Entgegennehmen.
Zigaretten zu Originalpreisen.
Emil Hilscher,
 Gartenplatz Nr. 6, parterre.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden. Auch Einzelverkauf enorm billig!

Kostüme
 Kostüm-Röcke
 Paletots
 Kimonos
 Golf-Jackets
 Mädchen-Paletots.

Robert Baumgarten
 Hausvogteiplatz II, I. Etg. schrägüber Untergrund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.
 Auch Sonntags geöffnet.

Reste
 Damenteiche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Triest-Stoffe, Seiden-Plisch, Sammete, Seide etc.

Confection
 Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes und Costüm- Röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
 Kottbuserstr. 3.

Große Firma
 berghl durch Verhauhand Bett- und Leibwäsche, Decken jeder Art, Portieren, Teppiche, Gardinen und Stores. Ohne Anzahlung, bei kleinen Raten, keine Kasse.

Zuschriften unter U. W. 100, „Vormärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Lothender Pfingstaussflug
 zur Wald- und Gartenstadt **Neu-Messina** Berlin.
 15 Min. v. Bahnh., i. Wald gelegen. Elektr. Licht, Schule, Str. u. Straße. Sie kaufen noch mit 25 M. Anzahl. **Parzellen** R. 3 M. an; am 1. Feiertag, vor u. nachm. **Großes Konzert** Musik. Teubel in Holzels Parkrest. Zahlg. u. Banf. Pläne i. umf. Berlin N. 68.
R. Michel, Weihenburgerstr. 46.

Soeben erschienen:
Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft
 von **Karl Kautsky.**
 Preis brosch. **1,50 M.**
 Geb. **2 M.**

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstr. 69 (Laden).

Anherordentlicher Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Hamburg, 9. Mai. In der heutigen Nachmittagsitzung gab Redakteur Rehner Berlin den Bericht über die Presse. In der Berichterstattung aus den Mitgliedschaften sei äußerste Vorsicht geboten, um Verächtigungen auf Grund des Pressegesetzes seitens der Unternehmer usw. zu vermeiden. An der Hand reicher Erfahrungen schildert Rehner die beruflichen „Freuden“ eines Redakteurs, der es allen Lesern recht machen soll. In der Verzapfung von Entrüstung und in der Anwendung scharfer Waffen weise Rath zu halten, liege im Interesse des Gesamtverbandes. Das Verbandsorgan erscheine zurzeit in einer Auflage von 108 000 Exemplaren.

Debatte über den Geschäftsbericht

Die Debatte über den Geschäftsbericht geht sehr lebhaft ein. Mit der von Schumann gegebenen Deklaration des § 11 des Genossenschaftsstatuts ist man allseitig einverstanden. Vorsicht bei Beteiligung an Gewerkschaftskäufem, so wird weiter ausgeführt, sei wohl am Platze. Aber im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung dürfe man das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten. Wo die Vorbedingungen zur Errichtung eines Gewerkschaftshauses vorhanden seien und die Notwendigkeit vorliege, ein Arbeiterheim zu schaffen, dürften die Kollegen nicht beiseite stehen. Der Agitation der christlichen Verbände solle man in geeigneter Weise entgegenzutreten.

In seinem

Schlusswort

tritt Schumann lebhaft für die Erhöhung des Verbandsbeitrages ein, dabei auf den Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses verweisend, bezüglich des durch die reaktionären Gewalttaten der Arbeiter angebotenen „Geichens“, wie es durch die geplante Halbierung der Ortskontenbeiträge in Aussicht stehe. Warm vertritt Rehner die Errichtung eines eigenen Heimes, da der Verband keine Lust habe, sich von Hausagariern forgesetzt schröpfen zu lassen. Hinsichtlich der in städtischen Betrieben beschäftigten Fabrikanten ist er der Ansicht, daß diese in den Transportarbeiterverband gehören.

Auf Antrag der Revisionskommission wird dem Verbandsvorstande einstimmig Decharge erteilt.

Zum Kassenerweiterer der fakultativen Unterstützungseinrichtungen wird Nürnberg-Berlin und zum Sekretär derselben Prusche-Berlin bestimmt.

Hamburg, 10. Mai.

In der Dienstsitzung wird verhandelt über den Hauptpunkt der Tagesordnung:

Die Zusammenschlussverhandlungen mit den Verbänden der Seelente und Seeleute.

Schumann (Referent) schildert eingehend die Vorgeschichte der Verhandlungen über den Zusammenschluß der drei Verbände. Die früher vertretene Ansicht des „Getrenntmarschierens und Vereinigungslagens“ sei veraltet, die stärkere Zentralisierung eine Lebensfrage der Arbeiter. Die Einigungskonferenz, abgehalten in der Zeit vom 18. bis 17. Dezember 1909, habe den Aufbau für die Einheitsorganisation geschaffen:

- a) Die örtliche Gesamtmitgliedschaft mit einheitlicher Geschäftsführung und Kassenerweiterung. Die Bildung besonderer Berufssektionen innerhalb der örtlichen Gesamtmitgliedschaft ist zulässig.
b) Die Bezirks- bzw. Gauenorganisation.
c) Zentrale Berufsgruppengliederung nach vorhandenem Bedürfnis und unter Zustimmung des Hauptvorstandes.

Für die Berufsgruppen:

- a) der Hafenarbeiter,
b) der Seeleute,

werden besondere Verwaltungsabteilungen innerhalb der Zentralverwaltung des Gesamtverbandes eingerichtet.

Die Leitung derselben liegt in den Händen von je einem aus diesen beiden Gruppen zu entnehmenden besoldeten Vorstandsmitglied.

Diesen Gruppenleitern ist für die Erledigung der geschäftlichen Obliegenheiten je eine weitere vom Hauptvorstande zu bestimmende besoldete Hilfskraft beizugeben, welche ebenfalls der Berufsgruppe angehören muß.

Die neue Leitung soll aus sieben besoldeten und acht unbesoldeten Mitgliedern (bisher fünf bzw. sechs) zusammengesetzt werden.

Eine Erhöhung der Beiträge lasse sich nicht umgehen. Die Organe „Courier“ und „Hafenarbeiter“ sollen unter Beibehaltung des bisherigen Titels verschmolzen, die Organe der Seeleute, Eisenbahner und Straßenbahner beibehalten werden. Durch die Fusion solle keine Gruppe unterdrückt, keine majorisiert und keiner der Lebensnerven abgeschnitten werden. Bezüglich des auf 1,50 M. in Vorschlag gebrachten Eintrittsgeldes, gegen das hier und da Einwände erhoben seien, werde sich eine Einigung erzielen lassen.

Nach unwesentlicher und kurzer Debatte wird der Antrag auf Zusammenschluß

unter dem lebhaften Beifall des Verbandstages einstimmig angenommen.

Hamburg, 10. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Verbandstage der Hafenarbeiter und der Seeleute erklärten sich ebenfalls einstimmig für den Zusammenschluß.

Verbandstag der Seeleute.

Hamburg, 9. Mai.

Paul Müller eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er betonte, daß der Verbandstag mindestens so bedeutungsvoll für die seemannische wie die Gesamtarbeiterbewegung sei, wie der Kongreß, der die Gründung des Seemannsverbandes beschloß. Auf Antrag des Redners wurde beschlossen, nach die Reichsversicherungsdordnung auf die Tagesordnung zu setzen. — Müller ergänzte dann den

Geschäftsbericht des Vorstandes,

wobei er hervorhob, daß das Jahrbuch des Verbandes für 1909 eine wertvolle Materialsammlung für künftige Verbandsgeschichtsschreiber bilde. Der Verband habe während seines Bestehens geleistet, was nach den Verhältnissen möglich war und was die wirtschaftliche Situation, die Chancen des internationalen Verkehrs zuließe. Diese Tatsache schaffe auch das verständnislose, schief und ungerechte Urteil der Gegner nicht aus der Welt. Trotz unendlicher Schwierigkeiten, die der Organisation der Seeleute im Wege ständen, trotz der Stärke des Feindes, sei es gelungen, die Seeleute unter einen Hut zu bringen und die Mitgliederzahl des Verbandes ständig zu steigern. Auch der innere Ausbau sei gut gelungen. Verfügbare man die Eigenart des Berufs, die Macht der Unternehmer, die Schwere der Arbeit und Isolierung der Seeleute, so könne er mit Vergnügen konstatieren, daß Erfreuliches geleistet sei. Nach Erstattung der übrigen Berichte, die tabellarische Kassenerweiterung und das Fehlen von Beschwerden über Vorstand und Presse ergaben, wurde in der kurzen Debatte namentlich über die Rechtsverhältnisse und die widersprüchliche Rechtsprechung für die Seeleute gelaßt, ferner ward über niedrige Steuern auf englischen Schiffen und im Zusammenhang damit über unverantwortliche Lässigkeit der englischen Bruderorganisation Bescheid gesprochen. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Vertreter der Seeleute in der Einheitsorganisation ersucht, für die Herausgabe eines Kommentars zur Seemannsordnung zu sorgen, und hierauf dem Vorstande Decharge erteilt.

11. Verbandstag der Hafenarbeiter.

Hamburg, 9. Mai.

Der Verbandstag der Hafenarbeiter tagt ebenfalls im Hamburger Gewerkschaftshause.

Der Vorsitzende Döring ergänzt den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Die Hafenarbeiter hatten in den Jahren 1908/09 einen außerordentlich schweren Stand. Es herrschte in allen Hafenstädten sowohl wie bei der Innenschifffahrt und Flößerei ein furchtbarer Mangel an Arbeitsgelegenheit. Wer nur eben der Existenzsicherung des Berufes entgehen konnte und irgendwoanders Beschäftigung zu erlangen vermochte, suchte ein anderes Unterkommen. Für die im Beruf Verbleibenden aber wurde die Situation noch dadurch verschlimmert, daß die infolge der wirtschaftlichen Krise in anderen Berufen arbeitslos Gewordenen mit Vorliebe zum Hafen strömten und die an sich schon schlechten Arbeitsverhältnisse noch mehr verschlechterten halfen. Das durch seine Brutalität „berühmte“ Hafenunternehmertum nützte die Situation natürlich aus, um überall zu versuchen, einen Druck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben oder die Kollegen, die sich mißliebiger gemacht hatten, zu mahregeln. In Hamburg versuchte das Unternehmertum, die in den Häfen festangestellten Kontraktarbeiter als eine ständige Streikbrechertruppe zu gebrauchen. Wäher waren die Unternehmer noch immer gezwungen, auf das Proletariat der Landstraßen und Kaschemmen zurückzugreifen, wenn sie in einem Hafen Streikbrecher gebrauchten. Das werden sie jetzt nicht mehr nötig haben, wenn die sich auf das tiefste erniedrigenden Kontraktarbeiter sich dazu hergeben, die verächtlichen Dienste von Streikbrechern zu leisten. Als eine weitere Waffe gegen den Verband benutzten die Unternehmer die von ihnen errichteten Arbeitsnachweise, besser Kontrollbureaus genannt. Und gegen den Streik suchten sie sich durch immer weitere Durchdringung der Streiklausel zu sichern, die in ihren Konsequenzen jeden Schaden, der durch einen Streik oder dergleichen, ja selbst durch eine von den Rednern vorgenommene Aussperrung entsteht, dem Empfänger oder Verleiher aufhäft.

Es war nicht anders zu erwarten, als daß alle diese Verhältnisse auch der Organisation tiefe Wunden schlugen. Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1907 27 981 betrug, war am Schlusse des Jahres 1908 auf 21 944 herabgesunken. Dagegen war sie am Schlusse des Jahres 1909 wieder auf 22 036 in die Höhe gegangen. Zwar keine erhebliche, aber doch immerhin eine Steigerung, die neben einer Reihe anderer Momente darauf schließen läßt, daß der Verband die tiefste Kurve des Niederganges wieder überwunden hat. Verschiedene Anzeichen deuten zurzeit auf eine steigende Konjunktur, so vor allem die Steigerung der Dividenden, die die einzelnen Schiffahrtsgesellschaften im letzten Jahre gegen 1908 zur Auszahlung brachten. Die weiteren Ausführungen erstrecken sich auf innere Angelegenheiten, auf Mitgliederbestand, Beitragszahlung und Mithilfe der Hauskassenerweiterung. Durch die Hauskassenerweiterung ist zum Beispiel in Bremen, Kiel, Emden usw. es möglich gewesen, den Mitgliederbestand auch während der wirtschaftlichen Depression zu halten, während in anderen Filialen die Fuktuation sehr groß war. In weiteren Ausführungen schildert Rehner das geradezu verbrecherische Treiben der Anarchosozialisten, die vornehmlich in Rammheim und Ludwigs-hafen ihr Unwesen unter den Hafenarbeitern treiben. Die weiteren Ausführungen erläutern die Einrichtungen der Unternehmerverbände, „Hafenbetriebsvereine“, Internationale Shipping Federation usw., die alle das Bestreben haben, die Arbeiterorganisationen mit allen Mitteln zu bekämpfen, Streikbrecherkolonnen zu organisieren und vor der Verührung mit den Streikenden zu schützen. Es sind 1907 vier Schiffe zu Hotelschiffen umgestaltet, die den sogenannten Kontraktarbeitern Unterkunft gewährten.

Die von der Generalkommission errichteten Unterrichtskurse finden ungeteiltes Lob des Vorstandes, und doch ist im letzten Jahre von einer Bescheidung Abstand genommen, weil keine Einigung über die Entschädigung der Schüler unter den einzelnen Vorständen zu erzielen war.

Nach Beendigung des Berichtes tritt die Mittagspause ein.

Gerichts-Zeitung.

Die Marter eines Kindes

bildete den Gegenstand eines umfangreichen Prozesses, der gestern vor den Geschworenen zur Verhandlung gelangte. Unter der schweren Anklage, ihr eigenes 2½-jähriges Kind fortgesetzt in berartiger schwerer Weise mißhandelt zu haben, daß durch die Verletzungen der Tod des Kindes erfolgte, mußte sich die Kaufmannsweibin Martha Wittmann geb. Bernide aus Rixdorf vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verantworten.

Den Vorsth in Gerichtshofe führte Landgerichtsdirektor Dr. Seligmann, die Anklage wurde vom Staatsanwalt Loh vertreten, die Verteidigung der Angeklagten führte Rechtsanwalt Dr. Schmidt.

Die am 21. Jahre der Unterjuchungshaft vorgeführte Angeklagte, die mit ihren 2½ Jahren noch gar nicht einen frauenhaften Eindruck macht, ist eine blasse, schwächliche Person, die sich anscheinend gar nicht der Schwere der Anklage, unter welcher sie steht, bewußt ist. Als 18-jähriges Mädchen war die jetzige Frau M. Mutter geworden. Es war dies die Folge eines intimen Verkehrs mit ihrem früheren Bräutigam. Das am 25. April 1907 geborene Kind, Gustav Bernide, wurde von der Angeklagten seinerzeit erst zu fremden Leuten in Pflege gegeben. Als sie dann im Juni v. J. ihren jetzigen Ehemann, den Kaufmann Wittmann, heiratete, nahm sie ihr Kind mit der Einwilligung ihres Mannes zu sich in die Wohnung Tellstraße 9 in Rixdorf. Am 31. Dezember v. J. verstarb der kleine Gustav Bernide unter recht verächtlichen Umständen. Die Seeleute wandten sich an den praktischen Arzt Dr. Fuhrmann in Rixdorf um Ausstellung des Totenscheines. Als dieser die Leiche sah, erklärte er sofort, daß das Kind nicht eines natürlichen Todes gestorben, sondern den schwersten Mißhandlungen zum Opfer gefallen sei. Er lehnte deshalb die Ausstellung des Totenscheines ab, da die Todesursache nur durch eine Obduktion der Leiche festzustellen war. Bei der bald darauf erfolgten Obduktion durch Medizinalrat Dr. Stoermer und Dr. Strauch bot sich bei näherer Besichtigung der Leiche ein noch furchtbarer Anblick. Der ganze Körper des Kindes war mit blauen und grünen Flecken bedeckt, die zum Teil schon in Eiterung übergegangen waren. Von den Beinen des Kindes war das Fleisch scheinbar abgequetscht und ebenfalls in Eiterung übergegangen. Der Kopf wies mehrere Wunden auf, die Blutungen in das Gehirn zur Folge gehabt und anscheinend den Tod des Kindes herbeigeführt hatten. Da festgestellt wurde, daß die gefundenen Verletzungen nur von Mißhandlungen herrühren konnten, wurde die Angeklagte unter dem Verdacht der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange von der Rixdorfer Kriminalpolizei verhaftet. Die unnatürliche Mutter behauptete in ihrer ersten Vernehmung, daß das Kind vom frühen Morgen an in Krämpfen gelegen habe und anscheinend auch daran gestorben sei.

In ihrer gestrigen Vernehmung bestritt die Angeklagte, das Kind mißhandelt zu haben. Sie habe das Kind allerdings mehrmals gequält, da es sehr eigensinnig und unfauber gewesen sei. Die an der Leiche konstatierten Verletzungen habe sich das Kind dadurch zugezogen, daß es wiederholt bei Krampfanfällen plötzlich umgefallen sei und sich dabei verletz habe. Im Gegensatz zu ihrer früheren Aussage behauptete die Angeklagte gestern, daß an dem Todestage das Kind nicht an Krämpfen gelitten habe. Der Knabe sei an diesem Tage mit einemmal sehr ruhig gewesen und habe vor sich hingestarrt. Da das Kind stark köchelte, habe sie geglaubt, es bekomme keine Luft und habe ihm etwas Nitzbrause eingegeben.

Gegen sechs Uhr nachmittags habe es einige Male gequält und sei gleich darauf tot gestorben. — Landgerichtsdirektor Seligmann hält der Angeklagten vor, daß ihr das Kind offenbar, als lebendiger Zeuge ihres früheren Fehltritts, lästig gewesen sei, da sie das Vorhandensein des Kindes stets zu verheimlichen gesucht hatte. Der Knabe mußte stets in der Wohnung bleiben und wurde wiederholt von der Angeklagten bei strömendem Regen auf den Balkon gesperrt. Hausbewohnern, die zufällig das Kind sahen, erzählte die Angeklagte, daß der verstorbene Knabe nur ein angenehmes Kind sei. Ihr Mann habe es aus reiner Bornherzigkeit angenommen, damit es nicht in das Waisenhaus komme.

In der Beweisaufnahme wird als erste Zeugin eine Frau Gast vernommen, die über der Wohnung der Angeklagten in dem Hause Tellstraße 9 wohnt. Die Zeugin hat wiederholt ein jämmerliches Weinen des Kindes und das Geräusch dumpfer Schläge gehört, die sich anhörten, als ob jemand eine Matraze klopfte. Bei diesen Schlägen habe dann eine Frauenstimme gerufen: „Na warte, ich werde Dir schon!“ Diese Schläge habe sie besonders vor Waisnachten fast täglich gehört.

Technische Angaben machen mehrere andere Hausbewohnerinnen.

Der Ehemann der Angeklagten schilderte das Kind als sehr ungezogen, eigensinnig und unfauber, so daß es häufig habe gequält werden müssen. Von einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes könne jedoch keine Rede sein. Eine Frau Eberhard aus Veit, welche das Kind in Pflege gehabt hatte, bis es von der Angeklagten bei ihrer Verheiratung zu sich genommen worden war, schilderte den gequälten Knaben als ein wenn auch nicht sehr artiges, so doch auch als nicht besonders ungezogenes Kind. Der Knabe sei wohl hin und wieder etwas „bödig“ gewesen, jedoch nicht unartiger und unfauberer wie andere Kinder in diesem Alter. Das Kind sei stets lustig gewesen und habe niemals Krämpfe oder eine andere Krankheit gehabt.

Der als Sachverständiger und Zeuge vernommene prakt. Arzt Dr. Fuhrmann in Rixdorf behandelte u. a., daß er von den Eheleuten Wittmann hinzugezogen sei, um, wie ihm von diesen gesagt sei, einen Totenschein für ihr plötzlich verstorbenes Pflanzling auszustellen. Erst später habe er erfahren, daß es sich um das eigene, voreheliche Kind der Angeklagten handelte. An dem Körper des Knaben habe er zahlreiche blaßschwarz gefärbte Stellen und Striemen gefunden. Die Beinen des Kindes hätten sich in einem eitrigen-brandigen Zustande befunden, der entweder durch Erfrieren oder aber, was in diesem Falle nach dem Befunde wahrscheinlicher sei, durch Quetschung entstanden sei. Nach dem ganzen Befunde sei es unmöglich, daß die an dem Körper der Leiche gefundenen blauen Flecke und Striemen dadurch entstanden sein könnten, daß das Kind bei den angeblichen Krampfanfällen sich selbst verletzete. — Die Gutachten der beiden Gerichtsärzte Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. Stoermer belasteten die Angeklagte ungemein. Beide Sachverständige, die die Obduktion der kleinen Leiche vorgenommen, sind der Ueberszeugung, daß die Erzählung der Angeklagten über die angeblichen Krämpfe des Kindes freie Erfindung sind, da ihre Beschreibung von dem Verlauf der Krankheit absolut nicht in das wissenschaftliche Bild, wie sich Krämpfe abspielen, hineinpaßt. Der Körper des Kindes war mit blauen Flecken geradezu überfüllt, auf der Stirn war ein halbe Liter großer Bluterguß, die ganze Umgebung des rechten Auges war blau, der Unterkiefer blaurot, am Halse und anderen Körperteilen zeigten sich Striemen, an beiden unteren Gliedmaßen 26 bis 30 blaurote Flecke, auf dem Rücken 8, auf dem Gesäß gleichfalls 8 Striemen. An beiden Füßen war auf mehreren Stellen die Oberhaut ab, die Beine sahen mißfarben und brandig aus. Das Gehirn war an einer Stelle gequetscht und es hatte eine Blutung in das Gehirn stattgefunden. Dagegen fanden sich keine Wunden oder Risse einer Weile, die von einem Fall des Kindes herrühren konnten. Beide Sachverständige hatten keinerlei Zweifel, daß die Verletzungen auf grobe, mit stumpfer Gewalt ausgeführte Mißhandlungen zurückzuführen sind und der Tod eine Folge der ganzen Summe der Verletzungen gewesen ist.

Die den Geschworenen vorzuliegenden Fragen lauteten auf Körperverletzung mit Todeserfolg, und ob mitwidernde Umstände und ob nur schuldige Körperverletzung vorliege.

Es plädierte dann Staatsanwalt Loh auf schuldig im Sinne der Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Der Vertreter der Anklage führte u. a. aus, daß die vorliegende Strafthat nach menschlichem Empfinden eigentlich schlimmer sei als ein Mord. Wenn die leidliche Mutter ihr eigen Fleisch und Blut, ein erst 2½-jähriges Kind, in der brutalsten Weise fortgesetzt mißhandelt, bis das unglückliche und bedauernswerte kleine Wesen endlich den Geist aufgibt, so sei dies ein der schrecklichsten Mordverbrechen, welche es überhaupt gebe. Wie man bei einem derartigen Sachverhalt noch von einer Jubiligung mildernder Umstände sprechen könne, sei einfach unverständlich.

Rechtsanwalt Dr. Schmidt hielt eine Reihe von tatsächlichen Bedenken gegen die Annahme für vorliegend, daß der Tod des Kindes zweifellos auf die Mißhandlungen seitens der Angeklagten zurückzuführen sei. Solange dies jedoch nicht in überzeugender Form festgestellt sei, könne von einer Körperverletzung mit Todeserfolg keine Rede sein. Allem Anschein nach habe die erst 2½-jährige Angeklagte, die auch nicht gerade einen sehr intelligenten Eindruck mache, sich infolge einer gewissen Ueberreizung zu einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes verhalten lassen. Lediglich hierfür sprächen die an dem Körper des Kindes gefundenen Striemen. Bei dem ganzen Bildungsgrade der Angeklagten könne man auch in diesem Falle nur von einer fabriktätigen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes sprechen. Der Verteidiger beantragte deshalb die Vergebung der Schuldfrage nach Körperverletzung bezw. die Jubiligung mildernder Umstände bei der Frage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange und billigten der Angeklagten mitwidernde Umstände zu.

Staatsanwalt Loh beantragte eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis.

Versuchter Totschlag.

Unter der schweren Anklage des versuchten Totschlages und des Hausfriedensbruches unter Verführung einer Waffe stand gestern der Rixdorfer Emil Grabowski vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsth des Landgerichtsdirektors Kobel. Der Angeklagte ist ein leicht erregbarer Mensch, der schon wegen verschiedener Gewalttaten verurteilt ist und auch schon ein Menschenleben, welches bei einer Schlägerei der Messerfehde zum Opfer gefallen ist, auf dem Gewissen hat. Grabowski war am 31. Januar von dem Fuhrunternehmer Ernst Schulze in Reinickendorf als Mißfahrer angenommen worden. Er erwies sich aber als unbrauchbar, verlorterte einen Frachtbrief und mußte deshalb abgeliefert werden. Herr Schulze zahlte dem ungesümm seinen Lohn fordernden Angeklagten nur 3 Mark aus und erklärte, ihm den Rest von 2 M. erst dann zahlen zu wollen, wenn er den Frachtbrief herbeigeschafft haben würde. Darüber wurde der Angeklagte sehr ungeduldig und führte im Kontor eine Rärmzene auf, wobei er erklärte, daß er sich eventuell das Geld mit Gewalt aus der Kasse nehmen würde. Den wiederholten Aufforderungen, das Kontor zu verlassen, leistete er keine Folge, sondern drohte wiederholt, daß er Herrn Schulze „über den Haufen schießen“ würde. Als er endlich von Herrn Sch. gewaltsam entfernt worden war, zog er draussen einen Revolver hervor und drohte wieder mit „Niederhauen“. Herr Schulze suchte ihm den Revolver mit einem Besenstiel aus der Hand zu schlagen, es gelang ihm aber nicht und so benutzte er denn die Gelegenheit, als sich der Angeklagte einen Augenblick umgewendet hatte, zur Mißfähr ins Kontor. Nun gab der Angeklagte von draussen einen Schuß auf ihn ab. Die Kugel durch

bohrte die Scheibe des Fensters, richtete aber weiter keinen Schaden an. Mit nochmaliger Drohung des Niederschießens verließ der Angeklagte den Schauplatz und wurde bald von der Polizei festgenommen. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann ist der Angeklagte ein etwas degenerierter, leicht und krankhaft erregter Mensch, doch kann § 51 St.-G.-B. auf ihn keine Anwendung finden. Staatsanwalt Linde hielt den Angeklagten des versuchten Totschlages für überführt, befürwortete aber die Zuhilfenahme milderer Umstände. Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz wollte den § 51 in Anwendung gebracht werden und führte aus, daß die Geschworenen eventuell nur ein Schuldig wegen Verletzung aussprechen könnten. Die Geschworenen gaben ihren Wahspruch im Sinne der Anklage ab. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Unterjuchungshaft verurteilt.

Zur Verordnung über Rechtskonsulenten.

Gemäß § 9 der ministeriellen Vorschriften über die Rechtskonsulenten in Verbindung mit § 38 der Gewerbeordnung war der Rechtskonsulent Wortmann in Stargard polizeilich aufgefordert worden, seine Geschäftsbücher und seine Handakten auf der Polizeiverwaltung vorzulegen. Er tat es nicht und wurde darauf wegen Uebertretung der genannten Vorschriften in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hielt die ministeriellen Vorschriften im vollen Umfange für rechtsgültig. Danach wäre Angeklagter verpflichtet gewesen, auf Verlangen der Polizei die Bücher und die Handakten zur Kontrolle nach der Polizeiverwaltung zu schaffen.

Es legte Revision ein. Er bekräftigt die Gültigkeit der ministeriellen Vorschriften. Sie gingen über den Rahmen hinaus, den § 38 der Gewerbeordnung gezogen habe. Danach könnten die Zentralbehörden nur bestimmen, wie die betreffenden Gewerbebetriebe ihre Bücher zu führen hätten und welcher polizeilichen Kontrolle über den Umfang und die Art des Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen hätten. Somit könnte er nicht verpflichtet werden, sein ganzes Material nach der Polizeiverwaltung zu schaffen, weil er seinen Privatpapieren keine Handakten nicht hergeben, denn sie seien Privatpapiere.

Das Kammergericht wies diese Tage die Revision ab und führte aus: Die ministeriellen Vorschriften seien erlassen auf Grund einer den Landeszentralbehörden erteilten Befugnis. Sie hätten darum dieselbe Kraft wie reichsgesetzliche Vorschriften. Gegen ihre Rechtsgültigkeit beständen keine Bedenken. Sie hätten sich auch im Rahmen des § 38 der Gewerbeordnung. Wenn der Angeklagte von Handakten sage, es seien Privatpapiere seiner Auftraggeber, so sei darauf zu erwidern, daß das Eigentum sehr wohl gesetzlich beschränkt werden könne und auch beschränkt werde. Es sei mit Recht verurteilt worden.

Verworfenne Revision.

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision der Frau Dr. Esse Bergmann, die vom Landgericht III in Berlin am 20. November vorigen Jahres wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen gegen ihre Stiefnichte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

§. 3. 100. Der Roman „Am Namen des Geistes“ wird später in Buchform erscheinen. Frühere Nummern des Unterhaltungsblattes können Sie von der Expedition beziehen.

§. 2. A. B. und andere. Sie wundern sich darüber, daß der „Vorwärts“ nicht gleichzeitig mit dem „Zeit.“ und der „Zeit.“ die Nachricht vom Tode des Königs Eduard VII. gebracht hat. Leider war das dem „Vorwärts“ nicht möglich, denn zu jener Zeit, als die telegraphische Meldung vom Tode des englischen Königs in Berlin ankam (gegen 2 Uhr nachts), war fast die Hälfte der Auflage schon gedruckt. Da die den „Vorwärts“ lesenden Arbeiter, auch die in den Vororten wohnenden, wünschten, ihr Blatt möge ihnen so früh zugestellt werden, daß sie es mit zur Arbeit nehmen können, so muß in Anbetracht der großen Auflage früher mit dem Druck und Versand begonnen werden als bei anderen Berliner Blättern.

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Mai 1910.

Zunächst zeitweise heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen Winden aus wechselnder Richtung; später wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Witterungsüberblick vom 10. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad. C.	Temp. in Grad. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad. C.	Temp. in Grad. F.
Emmenb.	761	SO	1	bedeckt	8	46	Laparanda	765	D	6	bedeckt	10	50
Damburg	760	OSO	2	heiter	8	46	Petersburg	766	SO	1	wolkig	15	59
Berlin	761	SO	3	heiter	8	46	Seila	763	SO	3	wolkig	9	48
Kranf. a. R.	759	SO	1	hebel	5	41	Aberdeen	760	SO	3	wolkig	6	43
München	758	SO	4	bedeckt	4	39	Paris	760	R	2	heiter	6	43
Wien	758	OSO	1	heiter	9	48							

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 5.		am 8. 5.		Wasserstand	am 9. 5.		am 8. 5.	
	am	seit	am	seit		am	seit	am	seit
Remel, Mühl	181	0	181	0	Saale, Großh.	108	+12	108	+12
Bregel, Unterburg	20	+4	20	+4	Saale, Ebandau	67	+9	67	+9
Reichel, Ebern	76	-6	76	-6	Saale, Rathenow	94	-4	94	-4
Oder, Rathor	486	+88	486	+88	Spree, Spremberg	80	+6	80	+6
• Krossen	225	+27	225	+27	Spree, Beeskow	72	-1	72	-1
• Frankfurt	206	+36	206	+36	Weser, Minden	48	-1	48	-1
Saale, Schramm	66	+2	66	+2	Weser, Minden	48	-1	48	-1
• Landsberg	97	+2	97	+2	Rhein, Maximiliansau	502	+30	502	+30
Rega, Vordamm	16	+3	16	+3	• Raab	259	+4	259	+4
Elbe, Reimberg	157	-18	157	-18	• Rahn	258	+4	258	+4
• Dresden	88	-31	88	-31	Weser, Wehlhorn	120	+27	120	+27
• Barch	271	+60	271	+60	Rhein, Wehlhorn	156	0	156	0
• Magdeburg	212	+57	212	+57	Weser, Lier	133	+42	133	+42

+) + bedeutet Wind, - Fall. *) Unterdegel. Die untere Weichsel wird voraussichtlich heute oder morgen kräftig zu steigen beginnen. Die Oder erreichte bei Rathor am 9. zwischen 9 und 11 Uhr nachts ihren Höchststand mit 535 cm, d. h. etwa 40 cm unter Mittelhochwasser; heute früh betrug daselbst der Wasserstand nur noch 524 cm. Die Nebenflüsse haben nur geringe Anschwellungen, die zum Teil ebenfalls schon im Rückgange begriffen sind.

Besonders günstige

Pfingst-Angebote

Herren-Kleidung

- Anzüge M. 11.- 15.- 18.- 24.- 27.- 30.-
M. 33.- 36.- 40.- 45.- 50.- 60.-
- Paletots M. 15.- 18.- 21.- 24.- 27.- 30.-
M. 38.- 36.- 40.- 45.- 50.- 60.-
- Ulster M. 18.- 24.- 27.- 30.- 33.-
M. 35.- 40.- 45.- 50.- 60.-
- Beinkleider M. 3.20 4.50 6.- 8.- 9.-
M. 10.- 12.- 15.- 18.- 20.-

Knaben-Kleidung

- Knab.-Anzüge M. 2.50 3.- 4.- 5.- 6.-
M. 8.- 12.- 16.- 20.- 25.-
- Jüngl.-Anzüge M. 9.- 12.- 15.- 18.- 20.-
M. 24.- 27.- 30.- 36.- 39.-
- Loden-Pelerinen f. Knaben, Mädchen
u. Jünglinge von M. 5.50 an
- Echte Kieler-Anzüge u. Pyjacks sehr billig

Regen-Kleidung

- Loden-Pelerinen für Herren und Damen
Mit Kapuze und Tragbändern
M. 8.-, 12.-, 15.-, 18.-, 21.-, 24.-
- Gummi-Mäntel M. 15.-, 20.-, 24.-, 27.-, 30.-, 40.-
- Sport-Loden-Anzüge M. 12.-, 15.-, 18.-, 21.-
M. 24.-, 27.-, 30.-, 35.-
- Gummi-Kleidung für Wassersport.
Gummi-Pelerinen - Regen- u. Loden-Hüte.
Sweater. - Stockschirme etc. etc.

Stroh Hüte

- mit gerader Krone u. Knallform
M. 0.75 1.50 2.50 3.50 5.00
- Echte Panama-Hüte
M. 8.- 10.- 12.- 14.-
M. 16.- 18.- 21.-
M. 24.- 27.- 30.-

Herren-Artikel

- Kragen 4 fach
in 12 neust. Formen ¼ Dutzend 95 Pf.
- Krawatten
Neueste Fama 70, 75, 95 Pf.
- Bunte Oberhemden
M. 2.-, 3.25, 4.50, 5.50
- Bunte Garnituren
Serviteur und Manschetten M. 0.85, 1.45
- Westen-Gürtel - Rucksäcke - Stöcke
Trikotagen - Strümpfe - Sport-Mützen



BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 11. Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Farbige Pappdächer

weiß grün rot
in leuchtenden, garantiert wetterbeständigen Farben, für Sommerhäuschen, Lauben, Restaurants usw.
Die Farben werden streichfertig geliefert und wie Oelfarbe auch auf gewöhnliche geteerte Dachpappe aufgetragen.
Sandreie Pappen (Dachpapp-Pappen) für Wandbekleidung, Anstrichfarben für Zäune, Fenster, Türen usw.
Sofort trocknend! - Hochglanz! - Billiger als Oelfarbe!
Dachpapp-Gesellschaft, S. 61, Planufer 38
Tel. A. IV 1996.
Prospekte, Muster usw. gratis.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Sanftraft.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 W.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-Apothek., Berninitzstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/8*



Kraft-Rotwein
Dessert Wein für Blutarmer u. Kranke
Fl. 1.50 u. 2 M. überall zu haben



Vom 8. bis 14. Mai 1910 werde ich in 185/16* Berlin, Hotel Mainzer Hof, Schadowstr. 3 anwesend sein, um **künstliche Augen** direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzuspäßen.
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabak** im Umlauf.
Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. gesch. 75 658).
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3561.)

Herren-Sommer-Anzüge
in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Otto Heinicke, Brunnenstr. 158, haben geld gefrischen.

Restaurant Paradiesgarten, Birkenwerder,
neu renoviert, am See gelegen, empfehle ich allen werten Vereinen und Sommerausflüglern für Vergnügungen. Für Speisen und Getränke sowie laubere, freundliche Bedienung wird bestens gesorgt. **Karl Sangbusch.**

Heute Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zablnacht für Buchdrucker, Stereotypenreue usw. Mittwoch, den 11. Mai etc., abends 7/8 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 157-160 und 259 findet ein gemeinschaftlicher Zahlabend im Gewerkschaftshaus Saal 7 statt. Genosse J. Hildebrand spricht über: „Der Weg zur Macht“.

Friedenau. Der heutige Zahlabend findet umständehalber gemeinsam in alle Bezirke beim Genossen Reichelt, Handjerystr. 60/61, statt. Dasselbst u. a. auch Aufnahme neuer Mitglieder.

Oranienburg. Heute Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Kaiserfeier. 2. Bericht der Frauenkonferenz. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.

Neuenhagen (Osibahn). Die Parteigenossen werden ersucht, heute abend 8 Uhr zum Zahlabend bei Wordingmann, vormals Wünsche, Bahnhofstraße, zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Aus der preussischen Duma.

Tagesordnung: Wahlsünden, genannt Eisenbahnetat (Kleinbahnen).

Anwesend zwei Mann im Bureau, ein halbes Dutzend Abgeordneter im Plenum, die, nachdem sie sich in die Rednerliste haben eingetragen, sich bis auf einen — den nächsten Redner — im Restaurant und Lesesaal verkrümelten. Jeder Redner hat die Pflicht, nachdem er die Worte gebraucht: „Ich komme zum Schluss“, noch solange zu reden, bis der nächste Redner durch den Fraktionsdiener in den Saal gelockt ist.

Der Ministerialdirektor, den der Eisenbahnminister zur Vertretung gesandt hat, hat mit seinen Geheimräten und Assessoren die Mehrheit; deshalb vermeidet der an Stelle des ebenfalls der Debe des Hauses wegen geflüchteten Jordan von Kröcher amtierende Herr Bize-Bize-Krause mit nationalliberaler Schläue jede Abstimmung.

Von Stunde zu Stunde rufen sechs andere Abgeordnete in das Haus ein und lösen das vorhergehende halbe Dutzend ab, die bereits dem geduldbigen Ministerialdirektor des Eisenbahnministeriums ihre Wahlsünden gebeichtet haben. Der alte Herr hat Verständnis dafür, daß nur die Nichtbewilligung der Wünsche die Wiederwahl des Redners sichern, damit er jedes Jahr mit gleicher „Entschiedenheit“ und „Energie“ das Interesse „eines Wahlkreises“ vertreten kann. So fließt die Debatte ruhig ohne Aufregung wie dicker Sirup dahin.

Jeder Abgeordnete hält folgende Rede (der eine freihändig ohne jede Apparate, der andere in einer dem Präsidenten mehr oder weniger geschickt versteckten Vorlesung):

„Meine Herren! (Wah!) Wie alljährlich will ich mit der mir innewohnenden Entschiedenheit und der von mir bekannten ungeschwächten Energie der Regierung die Wünsche meines Wahlkreises (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) vorbringen und möchte der Eisenbahnverwaltung alleruntertänigst und gehorsamst dieselbe Bitte unterbreiten, die schon der frühere Vertreter meines Wahlkreises, mein Vorgänger, hier vorgetragen hat (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihr Nachfolger will doch diese Rede auch halten! Rechts und im Zentrum: Sehr richtig!).

Meine Herren! In Anbetracht der hohen strategischen und kommerziellen Bedeutung ist die Sekundärbahn zwischen ... und ... (Jeder Abgeordnete nennt einen anderen Namen) ein so dringendes Bedürfnis, daß es unnatürlich wäre, und eine tiefe Erbitterung bei meinen Wählern hervorrufen würde, wenn diese Strecke nicht gebaut wird. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wird sicher gebaut!) Ich danke der Regierung für diese Zusage (Waden der Journalistentribüne). Es wird in meinem Wahlkreise die höchste Verühigung hervorrufen, daß die Bahn gebaut wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber wann?) Die Frage interessiert mich schon deshalb nicht, weil ich im nächsten Jahr dieselbe Rede zu halten beabsichtige und ich rechne dabei auf die wohlwollende Unterstützung durch die hohe Regierung (Ministerialdirektor sowie sämtliche Geheimräte und Assessoren nicken mit dem Kopf). Meine Herren! Die Regierung ist einig in dem Bestreben, das durch mich erbetene Interesse meinem Wahlkreise zuzuwenden und konstatiere ich das in freudiger Erregung vor dem versammelten hohen Hause (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo denn?) und dem gesamten Lande. Das hochherzige Entgegenkommen der hohen Regierung gibt mir den Mut, noch mit einer allerdings sehr brennenden Bitte zu kommen. Meinem ebenso treu zu seinen Wählern gehaltenen Vorgänger war vor 21 Jahren eine Zusicherung gegeben worden, daß für ... (Jeder Abgeordnete nennt einen anderen Namen), ein Dorf fleißiger und treuer preussischer Untertanen, eine Haltestelle in „Erwägung“ gezogen werden sollte. Falls die Regierung nun, wie ich nicht bezweifle, in absehbarer Zeit ihrem Versprechen näher zu treten geneigt sein sollte, so möchte ich doch von dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß an der Stelle, wo die Haltestelle hingeseht werden sollte, jetzt zwischen ein prächtiger Nistwald gewachsen ist, und bitte ich daher, die Haltestelle etwa einen Kilometer mehr nordwärts zu verlegen, denn die Eisenbahnverwaltung will sicher nicht in den Verdacht eines Waldverwüsters kommen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie wartet gern, bis abgeholt ist!) ... Ich möchte also die königliche Staatsregierung dringend bitten, die Wünsche des Kreises ... (Jeder Abgeordnete nennt einen anderen Namen), die ich hier die Ehre habe, jedes Jahr vorzutragen, ihrer freundlichen Geneigtheit und ihrem Wohlwollen zu empfehlen, zum Wohle meiner Wähler und im Interesse meiner Wiederwahl, denn ich hab's versprochen. (Zweistimmiges, wie von einer kaiserlichen Gube ertöndes Bravo!)

Diese Rede wird von den 217 bis jetzt zum Worte gemeldeten Rednern gehalten und dann der Titel Eisenbahn-

anfechtgesetz bewilligt. Nachdem die sämtlichen Wahlversprechungen und -Sünden erledigt sind, hofft man die Abgeordneten in die geistige Verfassung gebracht zu haben, daß sie die Wahlrechtsmüßiggabe als das von ihnen geseugte Kind anerkennen.

Es geht etwas vor.

Aus pädagogischen Kreisen wird und geschrieben: Die Lehrerkonferenzen haben sich in diesen Wochen mit der Frage des Deutschunterrichts in den Berliner Volksschulen zu beschäftigen. Auf Veranlassung des königlichen Provinzialschulkollegiums sollte einmal festgestellt werden, wieviel Zeit in den einzelnen Klassen auf die Anfertigung der schriftlichen Arbeiten des Diktates und Auffasses verwendet würde. Der Departementsschulrat hatte nämlich bei seinen Revisionen gefunden, daß der Anfertigung dieser Arbeiten zu viel Zeit eingeräumt würde, und daß darunter das Lesen ungebührlich vernachlässigt werde. Auch wurde Auskunft erwünscht über die Erfahrungen mit den vorgeschriebenen Sprachbüchern, die in der Presse, der Tages-, sowohl als auch der Fachpresse, einhellig verurteilt worden sind. Es geht etwas vor. Was, weiß man nicht recht. Die einen befürchten eine Verkürzung des Deutschunterrichtes zugunsten der Einführung einer dritten Turnstunde. Andere erhoffen eine Vermehrung der Stundenzahl für das Deutsche. Allgemein ist man in der Lehrerschaft der Meinung, daß eher eine Vermehrung als eine Verminderung der Deutschstunden notwendig ist.

Bei einmal Gelegenheit gehabt hat, die täglichen Resultate im Deutschen an den der Schule entwachsenen Volksschülern, die nicht mehr am Gängelbände der Schule gehen, beobachten zu können, der wird eine Vermehrung der Stundenzahl im Deutschen nur mit Freuden begrüßen. Die Fortbildungsschule, die bei der Knapp bemessenen Zeit ihre Schüler nicht so gänzlich kann wie die Volksschule, weiß ein Lied zu singen über die mangelhaften Fertigkeiten der ehemaligen Volksschüler im Deutschen. Sie hat kein Interesse daran, dies zu vertuschen. Unseren Volksschülern fehlt die Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Muttersprache namentlich im Rahmen des praktischen Lebens. Und fürs Leben sollten sie doch in der Schule lernen, nicht für Dekorationszwecke der Schule. Es fehlt der Schule noch viel an der Richtung aufs Praktische. Bei Aufstellung neuer Lehrpläne sollte man außer den Lehrern Männer der Praxis hören und ihre Wünsche und Anregungen berücksichtigen. Man mache einmal einen Strich durch die Lesebücher von Anno dagumal auch im neueren Gewande. Man wähle für die Lektüre auf der Oberstufe oder mindestens der 1. Klasse eine Zeitung. Man knüpfe hieran Sprech- und Vortragsübungen und man wird weiter kommen.

Man verbiete auch den jetzigen grammatischen Unterricht mit seinem geistlosen Auswendiglernen von Regeln und längstvergessenen Wörtergruppen, als ob je ein Mensch seine Muttersprache durch solche Dinge erlernt hat. Daß unsere Sprache sich in ganz bestimmten Regeln und Regeln bewegt, ist eine Tatsache, die man später gefunden hat und die ganz interessant ist. Deshalb mag sie am Schluß des Deutschunterrichtes gelehrt werden. Sie aber vorher zu geben und zum Gegenstand von Übungen zu machen in einem Alter, in dem das Kind die Sprache erst erlernt, heißt die Zeit verschlagen.

Es geht etwas vor. Hoffentlich im Sinne der obigen Zeilen und zum Heile der Jugend.

Zwei zusammengebundene Mädchenleichen wurden gestern vormittag am Luisenufer hinter der Gaskanal II aus dem Kanal gelandet. Als man die eine an der Oberfläche schwimmen sah und herauszog, fand man an ihr einen langen Strick und glaubte zunächst, daß das ertrunkene Mädchen diesen dazu benützt habe, um sich beim Selbstmord mit einem Stein oder einem anderen Gewicht zu beschweren. Es ergab sich jedoch, daß an dem anderen Ende eine zweite Mädchenleiche befestigt war. Auch diese wurde nun gelandet und geborgen. Die Persönlichkeiten der Ertrunkenen sind als die 15 Jahre alte Tochter Elisabeth des Kohlegewerks Klein aus der Reinickendorfer Straße 37 und die ebenso alte Lucie Schnittentorp aus der Sparckstraße 25 festgestellt worden. Beide Mädchen waren in dem Spielwarengeschäft von Mandel in der Prinzenallee 59 tätig und verkehrten auch sonst miteinander. Am 27. April blieben sie abends länger aus, als ihre Eltern ihnen erlaubt hatten. Sie erwarteten dafür Strafe, taten am anderen Tage wohl so, als ob sie nach dem Geschäft gingen, blieben aber dort weg und kehrten auch nicht wieder nach Hause zurück. Sie sind ohne Zweifel gemeinsam in den Tod gegangen. Der Strick, mit dem sie sich zusammenbanden, hat sich im Wasser wohl gelockert und so verlängert.

Schwindler aller Art treiben seit einiger Zeit wieder ihr Unwesen. Einer, der sich Dr. Juppmann oder Dr. Guttmann nennt, schiebt die Zeitungen auf Unfälle durch. Er besucht dann die Verunglückten in ihrer Wohnung, stellt sich ihnen als Arzt vor, behauptet, daß er von irgendeiner städtischen Anstalt komme, untersucht die Verletzungen, bescheinigt den Befund, schreibt ein Rezept und läßt sich dafür bezahlen. Kennen die Verunglückten Zeugen des Unfalls, so macht der „Arzt“ auch diesen seinen Besuch, deutet an, daß sie vielleicht auch unmittelbar oder mittelbar, etwa durch Schreck, in Mitleidenschaft gezogen worden seien, untersucht auch sie und läßt sich auch von ihnen für seine Bemühungen Geld geben. Auf diesen plumpen Schwindel sind schon viele Leute hineingefallen. Der Schwindler ist mittelgroß, hat dunkles Haar, ein barloses Gesicht und Schmissen im Gesicht und auf dem Kopf, wo sie unter dem kurzgeschneittenen Haar deutlich zu sehen sind.

Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat ein anderer Schwindler geschädigt. Die Gesellschaft hatte anfangs März eine Anzahl Eintrittskarten für die Reboute Fredericiana der akademischen Lesehalle zum Vertrieb übergeben. Bei der Abrechnung ergab sich, daß ein Schwindler mit einem gefälschten Brief den Erlös zu Unrecht abgehoben hatte. Der Brief trug auch noch den Gummistempel: Vallbureau, Bellevuestraße Nr. 12.

Zu Frauen, deren Männer sich auf ihrer Arbeitsstelle befinden, kommt seit einiger Zeit ein Mann in der Maske eines Freundes der Männer. Er redet jeder Frau vor, daß er gekommen sei, um ihrem Manne eine gute Stellung zu verschaffen, bedauert, daß der Mann nicht zu Hause trifft, empfiehlt sich, erscheint aber nach einiger Zeit wieder und borgt sich jetzt von den Frauen 20 bis 30 Mark, weil er in der Nähe Einläufe zu machen habe. Zum Unterpand gibt er eine goldene Uhr, die zu spät als wertlose Repperuhr erkannt wird.

Eine Postkühnprüfung ist gestern auf der Hindernisrennbahn Karlshorst vorgenommen worden. Ein Bericht über die unter Leitung des Polizeimajors Klein-Berlin stehende Veranstaltung besagt: „Die den Prüfungen gestellten Aufgaben erstreckten sich auf Rasenarbeit, Gehorsamsübungen und Arbeiten an einem Verbinder. Den Reigen eröffnete der bekannte Berliner Schäferhund „Frad“, der sich auf Einbrecherjagen schon bewährt hat. Gleich beim Beginn der Prüfung schien der sonst so treffliche Hund auf dem nasen Nasen nicht spürsicher zu bleiben. Auf eine fremde Mannesspur gelehrt, schlug er wiederholt Haken und schien zu „fesseln“, doch fortrigerte er sich immer wieder selbst und brachte

schließlich auch den vermigten Mann. Sehr Gutes leistete er im Rapportieren und Metern über eine 2 1/2 Meter hohe Holzwand, im Schwächen von Gegenständen und bei der Festnahme und dem Transport eines Verbrechers. Geisterlich erregte es, als der Hund verschmähte, aus fremder Hand ein Paar verführerische Würstchen entgegenzunehmen. Der zweite Prüfling war der Arbedaleerrier „Jork“ aus Herlohn. Nicht so schneidig wie „Frad“, sondern ruhig erledigte er sein Pensum gleichfalls befriedigend, nur ging es ihm mit der Spürsicherheit bei der Nase noch übler als seinem Kollegen „Frad“. Er unterzeigte den großen Reich, verlor aber die ihm aufgegebenen Spur.“

Wir geben den vorstehenden Bericht unter allem Vorbehalt wieder, da ja bekannt ist, in welcher Weise die „Erfolge“ der Polizeihunde systematisch vergrößert werden.

Angehossen und schwer verletzt wurde in der letzten Nacht der Feuermann Spizer, ein unverheirateter junger Mann von der 2. Kompanie der Berliner Feuerwehr. Spizer, der in der Poienec Straße wohnt, kam von der Theaterwache im Schiller-Theater durch die Frankfurter Allee. Vor dem Hause Nr. 114 bemerkte er einen großen Menschenauflauf. Er trat näher und sah wie ein Zivillist, der ihm unbekanntem Polizeigentramm, mit einem Revolver sich der auf ihn eindrängenden Menge zu entwehren suchte. Spizer versuchte nun, um Unheil zu verhüten, dem Polizeigentamen den Revolver zu entreißen. Hierbei erhielt Sp. einen Schuß in den Oberarm. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und dort verbunden. Die erregte Menschenmenge wurde von der Polizei gestreut. Der Polizeigent, der einen Mann sistieren wollte, wurde in Schutzhaft genommen. Der Vorfall hatte gegen 11 Uhr die ganze Gegend in Aufregung versetzt. Der Mißbrauch Polizeibeamter, bei jeder Gelegenheit den Revolver zu benutzen, artet in eine öffentliche Gefahr aus.

Ein falscher Kriminalbeamter, der in der letzten Zeit viele Gast- und Schankwirte in Schöneberg und den westlichen Vororten geprellt hatte, wurde gestern morgen in der Gneisenaustraße festgenommen. Es ist ein früherer Privatdetektiv Westphal, der schon längere Zeit von gewerbsmäßigem Schwindel lebte. Westphal besuchte Gast- und Schankwirte, die nur die sogenannte halbe Konzeption haben und stellte sich als Kriminalschußmann, Wachmeister oder Kommissar vor, der gekommen sei, um den Betrieb zu revidieren. Wenn Verstöße vorlagen, so ließ er mit sich reden und drückte für Geld und gute Worte ein Auge zu. So „erlaubte“ er es zum Beispiel, auch bei halber Konzeption Schnaps auszuschenken, woran den Wirten viel gelegen ist. In einem Falle machte er durch einen Telefonschwindel den Wirt zu einem Pump geneigt. Er stellte sich als Kommissar vor und fragte den Wirt, ob einer seiner Beamten für ihn Geld abgegeben habe. Als das verneint wurde, ging er weg und sagte, daß er noch einmal wiederkommen werde. Sollte der Beamte kommen, so möge der Wirt das Geld annehmen. Nach einiger Zeit wurde der Wirt an den Fernsprecher gerufen. Es meldete sich das Polizeipräsidium Schöneberg. Dieser fragte den Wirt, ob der Herr Kriminalkommissar da sei. Auf die Mitteilung, daß er eben weggegangen sei, wurde der Wirt gebeten, dem Herrn Kommissar, wenn er wiederkommen sollte, zu sagen, er möge sein Dienstaufwandsgeld persönlich vom Polizeipräsidium zu Schöneberg abholen. Bald erschien nun der angegebene Kommissar wieder und zeigte einige Verlegenheit, als ihm der Wirt mitteilte, was das Präsidium gesagt habe. Der Herr Kommissar hatte noch dringende Nachforschungen anzustellen, zu denen er sofort Geld brauchte. Es bedurfte nur dieser Andeutung und schon gab ihm der Wirt, was er verlangte. Als Westphal gestern morgen in der Gneisenaustraße einen ähnlichen Schwindel versuchte, wurde er erlährt und festgenommen. Des Polizeipräsidium in Schöneberg am Fernsprecher war der Schwindler selbst gewesen.

Roosevelt, der Expräsident der Vereinigten Staaten, ist gestern von Stockholm kommend, in Berlin eingetroffen. Da eine angekündigte Zugverspätung wieder eingeholt worden war, hatten sich noch nicht alle zum Empfang bestimmten Herren eingefunden. Besonders Beach hatte der amerikanische Volkshäfter. Er kam zum Bahnhof, als Roosevelt bereits auf dem Wege nach der amerikanischen Volkshaus war. Roosevelt will in der Universität einen Vortrag halten, koste es was es wolle. Er hat nämlich erst in Stockholm als Träger des Nobelpreises in Friedensfragen eine Rede reden müssen und ist jetzt heiser.

Ein gefährlicher Brand, bei dem mehrere Personen in größter Lebensgefahr schwebten, kam aus noch nicht genau festgestellter Ursache, angeblich durch Umfallen einer Petroleumlampe, in einer Tapezierwerkstatt der Möbelhändlerin O. Stargardt in der Reuen Königstraße 29, an der Badzeilestraße, gestern früh um 4 Uhr zum Ausbruch. Die Flammen fanden an den Polstermaterialien, besonders am Berg, schnell reiche Nahrung. In wenigen Minuten stand diese Werkstatt mit den darüber liegenden und angrenzenden Räumen des linken Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Eine Frau mit zwei Kindern wurde von Hausbewohnern noch vor Eintreffen der Feuerwehr über eine Leiter in Sicherheit gebracht. Die übrigen Hausbewohner retteten sich über die Treppen. Als die Feuerwehr erschien, brannte schon das zweite und dritte Stockwerk. Da die Treppen nicht mehr zu passieren waren, ließ Branddirektor Reichel über drei Halbleitern angreifen. Es gelang durch kräftiges Wassergeben durch drei Schlauchleitungen den Brand auf den linken Seitenflügel zu beschränken. Dieser ist fast ausgebrannt.

Gesperrt ist die Voltairestraße (verlängerte Magazinstraße) von der Alexanderstraße bis zur Dirdenstraße behufs Asphaltierung vom 18. d. Mts. ab bis auf weiteres.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst nahm Stadtverordneter Dulag das Wort zu einer Interpellation an den Magistrat, worin um Auskunft über die Abweisung eines Schwerverlegten aus dem hiesigen Krankenhaus ersucht wird. Der Vorgang, der schon einige Tage zurücklag, ereignete sich am Kaiser-Wilhelm-Platz, Ecke Hauptstraße. Dort stieß eine Autobuskarre gegen den Bürgersteig und fuhr gegen die dort aufgestellte Anschlagtafel. Hierbei wurde ein junger Mann schwer verletzt. Nachdem auf der Unfallstation ein Rotverband angelegt worden war, wurde um Aufnahme in das Krankenhaus ersucht. Die Aufnahme wurde verweigert und nun mußte der Schwerverletzte nach Berlin in das Moabit Krankenhaus transportiert werden. Die Abweisung des Schwerverlegten aus dem hiesigen Krankenhaus soll angeblich aus dem Grunde erfolgt sein, weil für derartige Fälle keine Betten vorgesehen seien und außerdem der Betreffende in Wilmersdorf wohne. Wir Recht wurde darauf hingewiesen, daß es nicht darauf ankomme, wo der Hilfesuchende wohnt, sondern daß sofort Maßnahmen getroffen werden, um Verunglückten zu helfen. Der Verletzte sei schuldlos, daß es noch Städte gäbe, deren Verwaltungen noch kein eigenes Krankenhaus erbauen ließen.

Stadtrat Leidig erwiderte: Die Krankenhausverwaltung sei angewiesen, daß für derartige Vorkommnisse, besonders für Schwerverlegte, stets einige Betten zur Verfügung stehen. Wird jemand

zurückgewiesen, dann könnte es nur auf einem Mißverständnis beruhen. Im übrigen sei festgestellt worden, daß der junge Mann nicht schwer verletzt worden sei. Für derartige Unfälle steht das Krankenhaus offen. Allgemein wurde das Verhalten der Krankenhausverwaltung nicht gutgeheißen und ersehnt, in Zukunft humaner zu verfahren.

Bei Benutzung der Kanalisation hat sich herausgestellt, daß die Kosten für den Aufschluß eines einzelnen Grundstücks an die Kanalisation, die bisher von dem Grundeigentümer getragen wurden, erheblich höhere seien als in Berechnung gestellt wurden. Bisher wurden 10 Mk. erhoben. Der Betrag soll auf 15 Proz. erhöht werden. Ferner hat sich aus den Zusammenstellungen und Berechnungen ergeben, daß die Gebühr für einen Kubikmeter Abwasser sich auf 4,2 Pf. stellt, dieser Betrag soll in Anrechnung kommen.

Stadt. Auznich (Vd. Fraktion) glug in längeren Ausführungen auf das bessere System ein und wies nach, daß die Hausbesitzer es stets verstanden haben, ihre Vorteile zu wahren und auf Kosten der Stadt sich zu bereichern. Wegen die demagogischen Intrigen einzelner Hausbesitzer muß einmal ganz energisch vorgegangen werden.

Vincius (Hansb.-Frak.) meinte, die Agitation gegen seine Freunde schädige die Stadt. Auch mit der Aufschließung und Bebauung müsse langsamer vorgegangen werden; es stände eine große Anzahl Wohnungen leer, auch würden durch das neue Ortsstatut die Hausbesitzer erheblich geschädigt. Die Einschätzung der Häuser müsse nach Maßstab.

Hämmerey Maasowicz betonte, daß, wenn jemand geschädigt werde, dies nur durch das Vorgehen des Stadtv. Vincius und seiner Freunde geschieht. Das frühere System sei eine Ungerechtigkeit gewesen, indem der Schwache zugunsten des Stärkeren belastet wurde. Der Ausgleich sei jetzt erst geschaffen worden.

Genosse Käter betonte, daß von den Hausbesitzern herausgegebenes Material sei ein Kunstprodukt und nur auf Zuschauern zugeschnitten. Bis jetzt habe die Hausbesitzergruppe sich immer nur Mühe gegeben, in rücksichtlicher Beziehung an der Spitze zu marschieren. In allen Kommunen, in denen Sozialdemokraten sitzen, habe der Kampf niemals Personen, sondern immer dem System gegolten. Die letzten Wählerkämpfe hätten bewiesen, daß die Hausbesitzergruppe durch ihre Interessenpolitik auf dem toten Punkt angelangt sei. Stadtv. Schneider (Unabhäng. Fr.) gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die liberalen Redner so viel amtliches Material vorbrächten; als seine Fraktion noch am Ruder war, habe die Sache derartige nicht bekommen.

Von mehreren Rednern wurde noch betont, daß der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein weiter nichts wäre als ein Heyverein, der nur Mieter und Hausbesitzer gegen einander verbeuge.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem unsere Genossen Säumer und Kottlander angehören.

Von der Einrichtung eines Spielplatzes auf dem Rathausplatz wurde erstlich Abstand zu nehmen, da dieser Platz zur Parzellierung und zum Verkauf bestimmt sei.

In der Debatte wurde bedauert, daß die Schulhöfe nicht freigegeben werden, damit die Kinder sich dort austummeln können. Die Anlagen, die zum Spielen wie geschaffen seien, würden jetzt nur von den Hunden benutzt; wenn der Erdboden nicht zureicht, dann sollte man die Dächer als Spielplätze einrichten.

Bürgermeister Blankenstein meinte, die Schulhöfe könnten zum Spielen nicht freigegeben werden, da außer sich ergebenden Schwierigkeiten die Gefahr bestände, daß sich das Gesindel nach den Schulhöfen hingehöre würde. Genosse Käter meinte, es hänge nur vom guten Willen ab, die vom Bürgermeister geduldeten Schwierigkeiten lösen sich überwinden, auch die sonstigen Befürchtungen treffen nicht zu. Im übrigen scheint es, als wenn gegen die Freigabe von Höfen und Turnhallen, besonders wenn die Arbeiter in Frage kommen, der Magistrat sich gegen Schwierigkeiten bereiten läßt. Bis heute ist für den Arbeiterturnverein noch keine Turnhalle erbaut, obwohl die Projekte längst fertig und die Mittel genehmigt sind. Sonderbar berührt das Ansehen des Magistrats in den Arbeiterturnverein um die Einreichung einer Mitgliederliste. Daß ein derartiges Ansehen zurückgewiesen werde, sei selbstverständlich.

Eine Antwort erfolgte vom Magistratsbüro nicht. Hierauf berichtigte der Ausschuss über die Entwürfe für die Gebäude auf dem neuen Friedhof im Südostgelände, er empfahl die Annahme der Vorlage mit der Maßgabe, daß zur Erweiterung der Armenanlage der unter dem Haupteingange liegende Teil um das Doppelte erweitert wird. Dem wurde vom Plenum zugestimmt. Ebenfalls wurde die Resolution: Der Magistrat wird ersucht, die Ausführungszeichnungen für alle Friedhofsbauten bezüglich ihrer architektonischen Gestaltung der Kunstdeputation zur Begutachtung vorzulegen, angenommen.

Nachdem der Stundenplan der Pflichtfortbildungsschule für das Sommerhalbjahr genehmigt wurde, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen; es folgte eine geheime Sitzung.

Nach Schluß derselben tagte der Wahlprüfungsausschuss und verhandelte über die Mandate der Genossen Obst und Bernstein. Der Ausschuss kam nach eingehender Berichterstattung dazu, dem Plenum zu empfehlen: die Wahlen der beiden Stadtverordneten für gütig zu erklären. Dieser Beschluß wurde gegen drei Stimmenthaltungen angenommen.

Rixdorf.

Eine mehrstündige Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr ereignete sich vorgestern in Rixdorf. In der Rudower Straße, an der über den Teufelskanal führenden Brücke war die Ruffe des Kanalisationsdruckrohrs unrichtig geworden, wodurch sofortige umfangreiche Reparaturarbeiten notwendig wurden. Infolgedessen mußte das Straßenbahnnetz in beiden Richtungen gesperrt werden. Während der Dauer der Störung, die von 10 bis gegen 1 Uhr nachts währte, fuhr die Linie 47 nur bis zur Jahnstraße, wo sie umlegte, während der Betrieb auf der Linie 1 durch Umfahrungen aufrecht erhalten wurde.

Der Stadtdirektor Benjamin Niemeß ist vorgestern nachmittags nach längerer Krankheit gestorben. Bis im Mai vorigen Jahres war R. Stadtrat, welches Amt er infolge Krankheit niederlegte.

Mariendorf.

Ueber „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung für die arbeitende Bevölkerung“ referierte in einer öffentlichen Versammlung im Lokale von Franz Genosse Barth. Redner forderte am Schluß seines Vortrages, in welchem er den Wert und die Vorteile der genossenschaftlichen Zusammenfassungen darlegte, auf sich der Genossenschaftsbewegung anzuschließen.

Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion zeigte völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Weißensee.

Die Beschäftigten der Schwanzanlagen durch Hunde haben den Amtsvorsteher veranlaßt, von der Gemeindeverwaltung eine Polizeiverordnung beschließen zu lassen, welche Hundebesitzer verpflichtet, ihre Begleiter mit einer Marke oder Rame und Wohnung enthaltenden Bezeichnung zu versehen, die entweder am Halsband oder Maulkorb anzubringen ist. Auf den Straßen und Wegen an Schmutzplätzen, in den öffentlichen Anlagen und in den mit Rasenstreifen versehenen Straßen dürfen Hunde nicht frei umherlaufen, sondern müssen an der Leine gehalten werden. Hunde, welche gegen diese Verordnung verstoßen, werden eingesperrt; sie sind dann innerhalb fünf Tagen gegen Erstattung von 8 Mk. und der Futterkosten von dem Besitzer einzulösen, da sonst die Tötung erfolgt. Außerdem kann der Besitzer des Hundes noch bis zu 9 Mk. in Strafe genommen werden.

In der gestrigen Notiz: Herr Dr. Vaps heißt es u. a.: Das Verfahren dauerte 1 Jahr und 11 Monate und endete mit der höchst zulässigen Geldstrafe, einem Monatsgehalt und Dienstentlassung. Es muß heißen: Mit der höchstzulässigen Geldstrafe und Dienstentlassung.

Spandau.

Ein Verkommenis, von welchem die hiesigen Tageszeitungen bis jetzt noch nichts veröffentlicht haben, wird am Ort viel besprochen. Am 1. Mai, in der Mittagsstunde, wurde der Oberleutnant v. Plehwe vom 4. Garderegiment zu Fuß, zurzeit abkommandiert bei der Infanterie-Schießschule, in seiner Wohnung, Plantage Nr. 15, durch einen Hauptmann festgenommen. Es wird dem Oberleutnant zur Last gelegt, sich an einem 12jährigen Mädchen, welches abends Zeitungen austrägt, zu verschiedenen Malen, insbesondere am 26. und 29. April, in seiner Wohnung fittlich vergangen zu haben. Das Mädchen wurde am 29. April um 7 1/2 Uhr abends zur Polizeiwache gebracht, dort ärztlich untersucht und die an ihr begangene Tat festgestellt. Verwundbar ist, daß hierüber bis heute noch nichts bekannt geworden ist. Der Polizeiberichterstatter, der sonst prompt jede kleine Uebertretung eines armen Teufels registriert, scheint hier gänzlich versagt zu haben.

Vernau.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung hauptsächlich mit der Vergabung der Lieferungen und Arbeiten für das städtische Wasserwerk. Vorher wurde nach längerer Diskussion die Offerte der Firma Schenker-Düsseldorf abgelehnt, welche ihr neues System „Delphin-Pumpwerk“ der Stadt empfohlen hatte, wonach mittels Windfessel an Stelle des Wasserturmes das Wasser durch die Höhen den Konsumanten zugeführt werden soll. Die Rohrlieferung wurde dem Gutsbesitzer zum Preise von 58 147,80 Mk., die Armaturlieferung der Firma Dehne, welche 4948,50 Mk. gefordert hatte, die Eisenkonstruktion der Firma Glop für 20 539 Mk. und die Kupferlieferung dem Kupferschmied Radeky-Vernau zum Preise von 1885,04 Mk. übertragen. Gegen die Vergabung der Kupferrohrlieferung an letzteren sprachen unsere Genossen, weil von der Firma Neumann-Berlin dasselbe Material der Stadt für 1800 Mk. angeboten wurde und außerdem Radeky es erst von Neumann bezieht. Die Lieferung der Filterkörbe wurde der Aktiengesellschaft Rauchhammer für 1758 Mk. übertragen. Die Rohrlegung erhielt die Firma Rosenfeld-Berlin zum Preise von 46 091,80 Mk. Den Bau der Enteisungsanlage führt die Firma Friedrich u. Ulrich-Lichtenberg für 26 825,90 Mk. aus. Von der Zuschlagserteilung für Maschinen wurde noch Abstand genommen, da zunächst eine Befähigung anderweitig tätiger Maschinen durch die Kommission erfolgen soll. Die Erbauung des Wasserturmes und des Betriebsgebäudes wurde dem Windfesselverfabriker Bach-Vernau übertragen. Unsere Genossen Helbig und Krüger wandten sich hiergegen, da derselbe Mitglied der Kommission und Stadtverordneter sei und auch vorher Einsicht in den Kostenanschlag gehabt habe. Genosse Helbig betonte, daß er und seine Genossen den Regiebau empfehlen würden, weil sie der Ansicht seien, daß durch die vorherige Einsichtnahme in den Kostenanschlag durch die Kommissionsmitglieder und Stadtverordneten Bach und Wilmann eine Verständigung der Submittenten zur Erbauung des Wasserturmes und Betriebsgebäudes statgefunden habe. Um aber die Inangriffnahme des Wasserwerkes nicht zu verzögern, stehen sie auf dem Standpunkt, die nächst Mindestfordernden mit den Arbeiten zu betrauen. Der Antrag unserer Genossen wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt und dem Unternehmer Bach-Vernau der Zuschlag für den Wasserturm mit 36 119,85 Mk., für das Betriebsgebäude mit 12 640,57 Mk. gegen die Stimmen unserer Genossen erteilt. Die Brunnenbauarbeiten wurden der Firma Dedlow-Berlin für 8820 Mk. und der Wasserstandsfernmelder der Firma Siemens u. Halske für 2023 Mk. übertragen. Es wurden dann noch die Pflasterung einer Straße, die Anhebung des Wasserwerkgrundstücks usw. vergeben.

Nowawes.

Das Kuratorium des neu errichteten Kreiskrankenhauses in Nowawes hat eine Zusammenkunft erlassen, die in weiten Kreisen der Einwohnerschaft große Enttäuschung hervorgerufen hat. Diese Korporation besteht aus dem Direktor des Oberlinhauses, Pfarrer Poppe, der Oberin, dem Chirurgen Dr. Kammer, dem Rentbankanten und dem Delegierten des Kreises. Man hielt es nun in den Kreisen der Bürgerschaft für selbstverständlich, daß vom Kreise der Gemeindevorsteher desjenigen Ortes in das Kuratorium delegiert werden würde, in welchem sich das Krankenhaus befindet; dieser Wunsch war um so lebhafter, weil man glaubte, dadurch im Orte eine unparteiische Person zu haben, an die man sich im Beschwerdefalle wenden könne. Merkwürdigerweise ist dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen, da man anstatt des Bürgermeisters Winkelmann in Nowawes den Bürgermeister Schulz aus Groß-Richterfelde als Vertreter des Kreises ins Krankenhaus-Kuratorium entsendet hat.

Welche Arbeit und Umstände es gekostet hat, um überhaupt zu einem vernünftigen Krankenhaus in Nowawes zu kommen, zeigen die Ausführungen, welche der Direktor des Kreiskrankenhauses bei der Eröffnung desselben machte. Danach zählte Nowawes mit Nowendorf vor 30 Jahren circa 6000 Einwohner (jetzt 23 903), welche meistens ihren Erwerb in der Hausweberei fanden, die jetzt im Orte ziemlich ausgestorben ist. Da die Bevölkerung sehr arm war, befanden sich auch die Gemeindevorstellungen in der eckstündigsten Verfassung; so gab es fast gar keine gepflasterten Straßen im Orte und Straßenlaternen konnte man nur dem Namen nach. Die Krankenpflege wurde von einer vom Ortsvorsteher berufenen Schwester ausgeübt; dabei war kein Arzt, kein Krankenhaus, keine Apotheke im Orte vorhanden. Die ärztliche Praxis wurde meist von jüngeren Potsdamer Militärärzten ausgeübt, die man aber nur in der größten Not zu Rate zog. Erst im Jahre 1878 gründete das Oberlinhaus eine Poliklinik, in der die Ärzte des Potsdamer Kadettenhauses Hilfe gewährten. Im Mai 1880 wurde im Oberlinhaus eine Krankenstation für nicht an ansteckenden Krankheiten leidende Frauen und Kinder eröffnet, zur Erziehung einer Männerstation waren keine Räumlichkeiten vorhanden; da kein Arzt im Orte wohnte, mußten die Potsdamer Ärzte bei schweren Erkrankungen oft zwei- bis dreimal täglich zu Fuß nach Nowawes kommen. Als im Jahre 1884 der Typhus in der Krankenstation ausbrach, wurde dieselbe wieder aufgehoben. Durch Sammlungen und Beiträge verschiedener Verwaltungen und Korporationen gelang es, im Laufe der folgenden Jahre eine Summe aufzubringen, die es ermöglichte, im Jahre 1890 ein neuerbautes schuldenfreies Krankenhaus zu eröffnen. Da sich in dem armen Wehder immer noch kein Arzt niedergelassen hatte, wurde ein auswärtiger Arzt benoten, sich hier anzusiedeln, welchem vom Oberlinhaus ein jährliches Einkommen von 5000 Mk. garantiert werden mußte. Dieses Krankenhaus, welches später noch durch Aufstellung von Baracken erweitert wurde, hat während seines 20jährigen Bestehens rund 12 500 Kranke, also im Jahresdurchschnitt 600, verpflegt und war fast ständig überfüllt. Da auch die hygienischen Einrichtungen in keiner Weise den neuzeitlichen Anforderungen entsprachen, trat die Verwaltung des Oberlinhauses im Dezember 1903 an den Kreisrat mit dem Ersuchen heran, eine Erweiterung des Krankenhauses vorzunehmen; nach beinahe vierjährigen Verhandlungen sah endlich im Juni 1907 der Kreisrat den Beschluß, ein Kreiskrankenshaus auf dem Grundstück des Oberlinhauses zu errichten, welches nach zweijähriger Bauzeit nunmehr fertiggestellt ist und den Namen „Oberlin-Kreis-Krankenhaus“ führt.

Vermischtes.

Der König ist tot, es lebe der König!

Noch hat sich das Grab über den verstorbenen König Eduard nicht geschlossen und schon erstrahlt in hellstem Glanze der neue englische König Georg V. Alle die bürgerlichen Blätter, denen sein Dasein bisher sehr gleichgültig war, überbieten sich nun in dem heißen Bemühen, edle Charakterzüge an dem neuen Herrn zu entdecken. Ist es doch Aufgabe der patriotischen Presse, dem großen Bündel Volk „seinen“ König als das Musterexemplar aller Herrschertugenden darzustellen, damit der Wille der Regierten nach

werde, wie schwer das Regieren sei und wie sich jeder Untertan glücklich preisen könne, gerade den aus Ruder Gelommenen als Oberhaupt erwählt zu haben.

Da loben nun die einen, daß Georg V. als Knabe stets seine Spielsachen nett und sauber gehalten habe; die anderen rühmen den persönlichen Mut, den der neue Herrscher schon in seinen Jugendjahren bewiesen habe. Oft sei er darin seinem verstorbenen Bruder mit gutem Beispiel vorgegangen. Wenn der nicht gestorben wäre und heute auf dem Thron säße, würde die Melodie wohl anders klingen! Diese huldigen ihm als idealen Familienvater, dessen einzigartiges Familienleben jeden mit größter Freude erfüllen müsse; jene heben lobend hervor, der König sei kein Schwächling, aber auch kein Regent, der sich in Kriegsfreitigkeiten einlasse. Kurz, ein jeder macht sich einen Regenten nach seinem Gusto zurecht.

Offenbar haben die begehrtesten Lobesfänge der englischen Presse auf den neuen König diesen veranlaßt, in eine Laubewegung einzutreten. Wie ein Telegramm aus London meldet, ist das englische Kabinett am Dienstag zu einer Beratung zusammengetreten, in der u. a. eine besondere Kommission eingesetzt wurde, die eine Revision — des Erbhöfungs — der Billigkeit in Erwägung ziehen soll.

Vorläufig hat Georg wenigstens einen vernünftigen Gedanken gehabt, wenn er ihm nicht von seiner Regierung souffletiert ist. Durch den plötzlichen Tod seines Vaters sind eine große Zahl englischer Geschäftsleute in große Bedrängnis geraten; alle Firmen, die in Modeartikeln handeln, haben ihre Läger zur beginnenden Frühjahrssaison mit den neuesten Moden reichlich versehen und nun macht Edwards Tod ihnen einen schwarzen Strich durch ihre Rechnung. Um dem zu begegnen, hat Georg an sein Volk eine Botschaft gerichtet, in der er erucht, keine Störung in den Vergnügungen der Pfingstfeiertage eintreten zu lassen, sondern ruhig das Fest in üblicher Weise zu begehen.

Nun wird nicht nur die Presse, sondern es werden auch die englischen Kaufleute ihn preisen als einen erleuchteten Geist, der väterlich im Sinne der Bourgeoisie sein Land regiert und trotz der großen Trauer wird das Vergnügen seinen Gang gehen!

Die Entwicklung der Flugtechnik.

Das Problem der Eroberung der Luft vermittelt durch die Flugzeuges, wie der technische Ausdruck für die Flugmaschinen lautet, hat in der kurzen Zeit, während der wir auf praktische Resultate der Aviatiker zurückblicken können, ungeahnte Erfolge errungen. Nur wenige Jahre ist es her, daß sich die Flieger noch vergeblich mühten, ihren Apparat längere Zeit in der Luft zu halten, mancher kühne Pilot mußte sein himmelstürmendes Streben mit dem Tode büßen. Der Erfolg, den Paulhan vor kurzem mit der Eroberung des 200 000 Mk. Preises für seinen Flug von London nach Manchester einbrachte, zeigte allen Zweiflern, daß es Wahrheit geworden ist, was kühne Männer früher vergeblich erstrebt, einen stundenlangen Flug durch die Luft zu unternehmen, bei dem man mit Fluggeschwindigkeit leicht und sicher dahingeleitet.

Aber die nimmer rastende Technik gab sich mit den errungenen Erfolgen nicht zufrieden, neben der Ausbildung des Einzelfluges lief das Streben, die Flugmaschine zur Passagierbeförderung zu verwenden. Erst damit erhebt sich die Bedeutung des Fliegens über das rein sportliche Interesse hinaus. So schwierig das gesteckte Ziel im Anfang erschien; es wurde gelöst. Nach verschiedenen kleineren Versuchen flog im März d. J. der Franzose Farman mit zwei Fahrgästen 62 Minuten und legte bei diesem Fluge etwa 70 Kilometer zurück. Und der Aviatiker Sommer steuerte am 20. April einen Apparat, der mit vier Personen besetzt war. Bei einer Belastung mit über 200 Kilogramm hielt sich der Apparat 10 Minuten in der Luft und landete nach Durchsegelung von etwa sieben Kilometer leicht und sicher am Zielpunkt.

Jeder Tag bringt auf dem Gebiete der Aviatik neue Erfolge, zu immer kühneren Taten drängt der menschliche Geist, bis daß er eines Tages sein Streben verwirklicht sieht: die vollständige Beherrschung der Luft.

Der Höhenrekord geschlagen!

Paulhan, zurzeit wohl der erfolgreichste Aviatiker, hat gestern auf dem Flugmeeting in Lyon einen neuen Höhenrekord unternommen, bei dem er ihm gelang, eine Höhe von 1250 Meter zu erreichen und so den Höhenrekord zu schlagen. Mit bedächtigender Schnelligkeit erhob sich Paulhan zu einer Höhe von etwa 1000 Meter, vollführte in dieser Höhe mehrere gut gelungene Schleifen, stieg langsam noch höher, bis er 1250 Meter hoch schwebte, machte auch in dieser Höhe einige Umkreisungen und stürzte, als er sich des genauen Funktionierens seines Apparats versichert hatte, mit rasender Geschwindigkeit zur Erde nieder. In geringer Entfernung vom Erdboden erhob er sich nochmals vom Flugfelde, um in raschem Auf- und Niedersteigen der staunenden Zuschauermenge ein Zeugnis abzulegen, daß in geschickter Hand sein Apparat jeder Direktions des Führers gehorcht. Nach einer reichlichen halben Stunde landete er glatt kurz vor seiner Halle. Das Publikum empfing den kühnen Luftpiloten mit drausendem Enthusiasmus.

Ein Soldat als Raubmörder.

Der wegen des Verdachts des Raubmordes an der Kaffeewirtin Hierer in München verhaftete Infanterist Högerle hat heute ein Geständnis abgelegt, daß er den Raubmord verübt habe. Durch verschiedene Vernehmungen wurde Högerle, der zunächst bestritt, die blutige Tat begangen zu haben, immer mehr in die Enge getrieben. Als Hauptzeuge wurde ihm ein Strohhalmhändler gegenübergestellt, in dessen Wagen er von der Nähe des Tatortes aus mit blutbesetzter Uniform gefahren ist. Ueberwältigt von der Fülle der Indizienbeweise, bequante sich schließlich der Mörder zu einem umfassenden Geständnis.

Kleine Notizen.

Auf der Grube Herzogin Adelheid in Sachsen-Altenburg stürzte in der Nacht zum Dienstag ein Föderer ein; durch den Einsturz wurden elf Arbeiter von der Oberwelt abgeschnitten. Die sofort vorgenommene Rettungsaktion war erfolgreich; Dienstag mittag waren sämtliche Arbeiter gerettet.

Eine schwere Explosion erfolgte am Dienstag in einem Magazin des Militärs in Pola (Oesterreich). Das Magazin wurde vollständig zerstört, sechs Arbeiter erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Zu brutaler Weise hat in Wien ein Vater seine elf Jahre alte Tochter mißhandelt; das Kind ist im Krankenhaus an dem erlittenen Verletzungen gestorben.

Von Einbrechern erschossen. In dem Versteck Dorndiel in Gießen bemerkte ein Spezerhändler Bachmann in der Dienstadt, daß Spighuben in seinem Laden sich Wesen trieben. Als er sich darauf in den Laden begab, wurde er von einem der Einbrecher durch einen Schuß in die Brust getötet. Die Missetäter, die noch die Ladentasse beraubten, entkamen unerkannt.

In Tripolis ist ein Sohn des amerikanischen Generals Johnson von Eingeborenen, unter denen sich auch Polizisten befanden, brutal mißhandelt worden. Auf Veranlassung des amerikanischen Konsuls wurden die Schuldigen bestraft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1299. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967

Donnerstag, den 12. Mai 1910:

Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglon Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Prachtsäle Nord-West, Diefenbachstraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Klubhaus Schöneberg, Hauptstr. 5/6, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten und Lichtenberg: Liffins Festsäle, Remerstr. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Blumen Restaurant, Alt-Borghagen 56, abends 8 1/2 Uhr.
- Süden und Südost: Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde, Spandauer Straße, abends 6 Uhr.
- Rixdorf: Hoppes Festsäle, Germaniastr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Penkert's Restaurant, König-Chauffee 38, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus Grathagen, Friedrichstraße 69, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: Restaurant Wernicke, Wilhelminenhofstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom außerordentlichen Gewerkschaftskongress.

Referenten sind: Bauer, Brückner, Gries, Lehmann, Link, Richter, Ritter, Robbel, Robinson, Sellrich, Völkel, Wissell, Zernicke.

2. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Arbeitsnachweis. Achtung!

Der Pfingstfeiertag wegen findet die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in folgender Weise statt: Kollegen, deren Woche mit dem 12. endet, geben Buch und Karte am 11. ab, erhalten am 12. Unterstützung. 13., 14., 15. endet, geben Buch und Karte am 12. ab, erhalten am 13. Unterstützung. 16., 17. endet, geben Buch und Karte am 13. ab, erhalten am 14. Unterstützung. Sonnabend, den 14. bleibt der Arbeitsnachweis nachmittags geschlossen. Montag, den 16. und Dienstag, den 17. bleibt der Arbeitsnachweis den ganzen Tag geschlossen.

Achtung! Achtung!

Sammellisten für die ausgesperrten Bauarbeiter sind nur im Bureau Charitéstr. 3, Hof 2 Tr., Zimmer 2a, zu haben. 115/9 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc.

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4787.

Donnerstag, 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung der Sektion der Lackierer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Der politische Massenstreik. Referent: Genosse H. Zeuner. 2. Diskussion. 3. Geschäftsbericht des Sektionsleiters. 4. Berichtsangelegenheiten. 197/5

Regen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Geschäfts-Verlegung des Möbel- und Warenkredit-Hauses A. J. Grebler.

Meiner werten Kundschaft die ergebene Anzeige, daß ich mein seit 12 Jahren bestehendes

Möbel- und Waren-Kredit-Geschäft

in bedeutend vergrößertem Maßstabe nach Weinbergsweg 4

(früher Nr. 21) verlegt habe.

Ich sichere meinen geschätzten Kunden weitere kulante Bedienung bei billigen Preisen zu. Lagerbesuch sehr lohnend. Auf Wunsch sende Vertreter.

A. J. Grebler, Weinbergsweg 4.

Amor

bleibt das beste Metallputzmittel.

Die Marke aller Feinschmecker unter den Rauchern sind

JOSETTI-VERA

Cigaretten.

Sie bilden eine Klasse für sich und bieten auch verwöhntesten Rauchern dauernden Genuß.

Josetti-Vera-Cigaretten m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.

Wormit erkläre ich: Es ist niemand imstande Ihnen unter so günstigen Bedingungen

Kredit

einzuräumen, wie Deutschlands größtes Kredit-Institut

B. FEDER

Brunnenstr. 1 | Frankfurter Allee 89 | Kottbusar Damm 103

Nur bei mir gibt es eine grosse Auswahl, billige Preise, zuverkömmende Bedienung, kleine Anzahlung

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Damenhüte, Schuhwaren, Manufakturwaren, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche, Steppdecken usw.

Jede Abteilung gleicht einem Spezial-Geschäft

10% der geleisteten Anzahlung erhält ein jeder sofort vergütet, der sich nach geschahem Einkauf auf diesen Interz. bezieht.

Zu den Pfingstfeiertagen

PILSATOR-BOCK

in Flaschen, KANNEN und SYPHONS

durch alle einschlägigen Geschäfte oder direkt durch uns zu beziehen.

BÖHMISCHES BRAUHAUS BERLIN N.O.

Telephon VII, 4005/90

Berliner Spar- u. Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	
Bekante Grundstücke	7 576 026,42
Zellweise bekante Grundstücke	515 134,71
Rechtsbauten	294 950,30
Unbekante Grundstücke	279 800,90
Bau-Rentine	6 500,—
Vorkaufszins	1,—
Vorrat	1,—
Anlage-Kto. d. Siegfried Leon-Schenkung	50 000,—
Rücklagen-Kto. Tempelhof	17 725,—
Rückständige Mieten	88,73
Berzopapier	33 903,05
Bauspar-Konten	121 982,—
Stafsen-Bestand	35 681,62
Gesamt	8 931 794,65

Passiva.	
Siegr. Leon-Schenkung	56 291,85
Helene Bernheim-Schenkung	90 019,10
Küftstellung für d. Bauhaus Charlottenburg	26 042,10
Küftstellung für die Vorkaufszins-Tempelhof	17 725,—
Referenzfonds	30 931,55
Geschäfts-Guthaben	439 405,65
Bermehrung L. 3. 1909	43 471,10
Gesamt	482 876,75
Schuldverschreibungen	512 000,—
Hypotheken	5 782 875,85
Sparenlagen d. Genossen	1 874 169,70
Sonstige Darlehen	12 163,35
Einbehaltene Provisionen	18 075,—
Nach zu zahlende Schuldverschreibungen	10 620,—
Reingewinn	17 998,90
Gesamt	8 931 794,65

Gewinnverteilung.

3/4 Proz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1908: 14 354,90 Mk.

Dem Referenzfonds gutgeschrieben: 3 644,60 Mk.

Gesamt: 17 999,50 Mk.

Mitgliederzahl.

Am 1. Januar 1909: 4839

Eingetreten im Jahre 1909: 742

Gesamt: 5581

Am 31. Dezember 1909 schieden aus infolge Ausschlus, Tod und Austrittung: 421

Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1910: 5160

Die Gesamtsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1908: 1 472 100 Mk.

Sie hat sich vermehrt um 96 000 —

Gesamt-Gesamtsumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1909: 1 568 100 Mk.

Der Vorstand.

L. Schmidt, Ernst Roscher.

Möbelfabrik „Berolina“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz für das Geschäftsjahr 1909.

Aktiva.	
Raffensbestand	278,77
Barenbestand	13 520,—
Materialienbestand	8 494,95
Maschinenkonto	1 700,—
Werkzeugkonto	3 100,—
Vorrat	450,—
Bankkonto	299,98
Geldkonto	1 900,—
Debitoren	9 778,80
Kautionen	250,—
Rente Dublo	1 000,—
Beschäftigter	1 081,20
Gesamt	41 845,30

Passiva.	
Kreditoren	9 151,89
Darlehen	29 322,29
Anteil-Rente	270,—
Uthepie	2 104,95
Berolin- u. Berolin-Konto	1 999,67
Gesamt	41 845,30

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres: 14. Ausgeschlossen sind: 5. Folgebesser bleiben am Ende des Jahres: 9 Genossen mit einer Gesamtsumme von 270 Mk. Das Geschäftsguthaben und die Gesamtsumme haben sich um je 150 Mk. verringert.

Berlin, 11. Mai 1910. 30996

Der Vorstand.

G. Reib, Karl Müller.

Schneiderei für elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.

Fertig und nach Mass. — Garantie für tadelloser Sitz und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 Mk.

J. Kurzberg, Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. L. Etage

Verleih-Institut: Frack

Friedrichstr. 115/1, a. Oranien-Lor. Str. 72, Wollstr. 72, 1.50, Hofe 1.00, Wette 50 Pf.

Steppdecken

unsere eigene Fabrikation im Hause. Einzelst. an Ort und Stelle zu Fabrikpreisen.

Bernhard Strohmandel, Berlin, 72, Wallstr. 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. — Zusfr. Preisliste gratis.

